



Einblicke Höhepunkte Diskussionen

13. DJHT 2008

# Einblicke Höhepunkte Diskussionen

## Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!



Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!

**Bildung** **Integration** **Teilhabe**

### 13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008





# Einblicke Höhepunkte Diskussionen

## Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!



**Bildung** **Integration** **Teilhabe**

13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008

# Impressum

**Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ (Hg.)**

„Einblicke – Höhepunkte – Diskussionen. Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!  
13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008. Bildung – Integration – Teilhabe.“

**Redaktion:**

Sabrina Langenohl  
V.i.S.d.P.: Peter Klausch

**Eigenverlag und Vertrieb:**

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ  
Mühlendamm 3, 10178 Berlin  
Tel.: (030) 400 40 200, Fax: (030) 400 40 232  
E-Mail: agj@agj.de, Internet: www.agj.de

**Gestaltung und Satz:**

Susanne Stumpf, Kommunikation & Design, Lauf a. d. Pegnitz

**Fotos:**

Journalistenbüro Röhr & Wenzel, Berlin

**Korrektorat:**

Birgit Gottschalk, Nümbrecht

**Druck:**

Druckhaus Dresden

Diese Publikation wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplan des Bundes, des Kinder- und Jugendhilfeplans des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Essen.

<b>Einführung</b> .....	8
<b>Eröffnung</b>	
Bundespräsident Horst Köhler Was Kinder brauchen .....	12
Norbert Struck Gerechtes Aufwachsen ermöglichen! .....	21
Fachpolitische Eröffnung: Gerechtes Aufwachsen zwischen Vision und Realität	
Auszüge aus der Podiumsdiskussion .....	36
<b>Bildung</b>	
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach Gerechtigkeit durch Bildung. Ein Zwischenruf am Horizont der Kinder- und Jugendhilfe .....	44
Symposium „Gerechtigkeit durch Bildung“	
Auszüge aus der Podiumsdiskussion .....	54
„ ‚Bildung im Lebenslauf‘ ist ohne die Kinder- und Jugendhilfe nicht möglich.“ Interview mit Staatssekretärin Vera Reiß .....	56

**Integration**

Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning  
Gerechtigkeit durch Integration ..... 60

Symposium „Gerechtigkeit durch Integration“  
Auszüge aus der Podiumsdiskussion ..... 78

„Die Jugendhilfe steht in dieser Situation immer für den Benachteiligungsausgleich ein.“  
Interview mit Prof. Dr. Franz Hamburger ..... 81

**Teilhabe**

Prof. Dr. Dr. h. c. mult Hans-Uwe Otto  
Gerechtigkeit durch Teilhabe. Anmerkungen zu einem grundlegenden Thema  
der Kinder- und Jugendhilfe ..... 86

Symposium „Gerechtigkeit durch Teilhabe“  
Auszüge aus der Podiumsdiskussion ..... 95

„Wichtig ist, dass die unterschiedlichen Zugänge zu Teilhabe nicht  
gegeneinander ausgespielt werden.“ Interview mit Andrea Hoffmeier ..... 98

**Aus den Fachveranstaltungen der AGJ:  
Meinungen und Diskussionen ..... 102**

**Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!  
Kinder- und jugendpolitisches Leitpapier der Arbeitsgemeinschaft  
für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ ..... 115**

**Rückblick und Ausblick**

Sabrina Langenohl  
Der 13. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag in Zahlen ..... 143

## Einführung

„Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ – Unter diesem Motto stand der 13. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag (13. DJHT) vom 18. bis 20. Juni in Essen und knüpfte damit an die Themen der letzten Jugendhilfetage „Leben gestalten – Innovation wagen – Zukunft fordern“ vom 11. DJHT in Nürnberg und „Leben lernen“ vom 12. DJHT in Osnabrück an. Der 13. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag 2008 in Essen war insgesamt ein voller Erfolg für die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Das Motto „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ mit den thematischen Schwerpunktsetzungen „Bildung – Integration – Teilhabe“ wurde in den Strukturen, von Trägern und Akteuren der freien und öffentlichen Jugendhilfe und von der Öffentlichkeit angenommen und durch vielfältige Aktivitäten, Veranstaltungen und Präsentationen begleitet. Viele Rückmeldungen an die AGJ belegen: Der 13. DJHT war informativ – lebendig – kommunikativ – politisch.

Der Kinder- und Jugendhilfetag 2008 setzte zugleich ein deutliches jugend- und sozialpolitisches Signal. Dass es eine Gerechtigkeitslücke gibt in Deutschland, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet und dass dies Entwicklungen sind, die zuvörderst auch die Kinder- und Jugendhilfe und Jugendpolitik betreffen, wurde in den vergangenen Monaten immer deutlicher. Die Erkenntnis, dass die soziale Herkunft den Bildungserfolg bestimmt, dass ein zu großer Teil der Kinder in Deutschland in Armut aufwächst und dass nicht jeder mit den gleichen Chancen ausgestattet ist, ist nun in der Wahrnehmung der breiten Öffentlichkeit und der Politik angekommen.

Gerechtigkeit und die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen sind wieder Themen in Deutschland, und die Kinder- und Jugendhilfe hat die Aufgabe sich einzumischen, sich zu positionieren und die Richtung der Diskussionen durch ihre Fachlichkeit mitzubestimmen.

Mit dem kinder- und jugendpolitischen Leitpapier hat die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe im Vorfeld des DJHT das komplexe Thema der Gerechtigkeit einzufangen versucht. Bereits an der Arbeit am Leitpapier wurde deutlich, dass die drei Themenschwerpunkte des 13. DJHT Bildung – Integration – Teilhabe einerseits konstituierend für das gerechte Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen sind, sich in ihrer jeweiligen Bedeutung andererseits aber schwer voneinander abgrenzen lassen.

In den Diskussionen auf dem 13. DJHT, in der fachpolitischen Eröffnung und auch in den drei Eröffnungssymposien setzte sich dieser Eindruck fort: Zurzeit wird – auch in der Kinder- und Jugendhilfe –

Gerechtigkeit vor allem unter dem Blickwinkel der Bildungsgerechtigkeit diskutiert. Hier wird es für die Zukunft eine wichtige Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe sein, sich in den öffentlichen und politischen Diskursen um Bildung als wichtiger Partner auf Augenhöhe zu präsentieren.

Besonders hervorzuheben ist hier der Aspekt, dass Bildung nicht mehr ausschließlich als die Leistung des Einzelnen diskutiert wird. Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen verfügbar zu machen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in der die Kinder- und Jugendhilfe eine besonders wichtige Rolle spielt.

Aber auch wenn Bildung als zentraler Aspekt der Befähigungsgerechtigkeit im Sinne des Leitpapiers anzusehen ist, darf die Kinder- und Jugendhilfe ihre Rolle als Mahnerin im Hinblick auf die Verwirklichungsgerechtigkeit nicht vernachlässigen und muss sich in den jugendpolitischen Diskussionen und Prozessen als gesellschaftliche Kraft präsentieren und positionieren.

Dass das Thema des 13. DJHT Mitte des Jahres 2008 eine solche Konjunktur haben würde, konnte der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ nicht wissen, als er das Motto festlegte. Dennoch war dies sicherlich mit ein Grund für die breite öffentliche Resonanz und den großen Erfolg dieses Kinder- und Jugendhilfetages. In über 2.000 Zeitungsberichten und fast 40 Fernsehbeiträgen wurde bundesweit breit über den 13. DJHT berichtet.

Mit der Wahl der gastgebenden Stadt Essen als einer Metropole des Ballungsraumes Ruhrgebiet konnte darüber hinaus ein Signal gesetzt werden. Denn das Ruhrgebiet ist eine der Regionen Deutschlands, die besonders stark von Struktur- und demografischem Wandel betroffen sind.

40.000 Besucherinnen und Besucher, ein großer Teil davon aus der Region, zog der 13. DJHT an den drei Veranstaltungstagen an. Diesen wurde viel geboten: Über 230 Fachveranstaltungen und Präsentationen und über 350 Ausstellungsstände boten ein Bild von der Vielfalt der Kinder- und Jugendhilfe und informierten über aktuelle Entwicklungen und neue Erkenntnisse.

In der Messe Essen und dem angeschlossenen Congress Center wurden 20.000 qm Ausstellungsfläche genutzt und über 20 Veranstaltungsräume inklusive der Grugahalle durch Fachveranstaltungen belegt. Besonders die Grugahalle bot einen repräsentativen Hintergrund für den Auftritt des Bundespräsidenten und für die Verleihung des Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises 2008 sowie für den Schlusspunkt: politisches Kabarett mit Georg Schramm.

Die Deutschen Kinder- und Jugendhilfetage erfüllen viele Aufgaben und auch im Jahr 2008 ist dies hervorragend gelungen. Einerseits handelt es sich um eine Veranstaltung, die den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe einen Raum für Austausch, Information und Diskussion bietet, auf der Kontakte geknüpft werden und die Einblicke in unterschiedliche Praxisfelder ermöglicht. Andererseits ist sie aber auch eine Möglichkeit, Öffentlichkeit herzustellen. Damit kann die Kinder- und Jugendhilfe die Bürgerinnen und Bürger über ihre Angebote und ihr Leistungsspektrum informieren, aber insbesondere auch die Politik ansprechen, sich präsentieren und für Kinder, Jugendliche und Familien und deren Interessen eintreten.

Dieser Band bietet einen Einblick in die Hauptereignisse des 13. Kinder- und Jugendhilfetages, in die Themenvielfalt, die Diskussionen und die Atmosphäre – soweit dies durch ein Buch möglich ist. Die zentralen Redebeiträge aus der Eröffnung und den Symposien bilden den Mittelpunkt dieser Dokumentation; Zitate und Interviews zu den Themenschwerpunkten vermitteln ein Bild der Diskussionen und nicht zuletzt bieten die vielen Fotos die Möglichkeit, einen Eindruck vom 13. DJHT zu bekommen.

Allen Autorinnen, Autoren und Mitwirkenden an dieser Publikation und am 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag insgesamt sei an dieser Stelle nochmals ausdrücklich gedankt.

Ein besonderer Dank der AGJ gilt dem Bundesjugendministerium sowie dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Essen für die Förderung des 13. DJHT. Nur durch diese Förderung ist es möglich, eine solche Großveranstaltung wie den 13. DJHT 2008 zu planen, zu organisieren und durchzuführen.

Peter Klausch  
Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

# Eröffnung

## Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!



## 13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008

## Was Kinder brauchen

### Rede von Bundespräsident Horst Köhler

beim 13. Kinder- und Jugendhilfetag am 18. Juni 2008 in Essen



Bundespräsident Horst Köhler bei der feierlichen Eröffnung

Hier im Hintergrund sehen Sie viele junge Gesichter – jedes davon gehört einem einzigartigen Menschen mit Ideen, Begabungen und Bedürfnissen.

„Kinder sind Hoffnungen“, sagt Novalis. Kinder sind ein Stück Zukunft, das uns anvertraut ist. Wie es diesen jungen Menschen heute geht, das entscheidet mit darüber, wie es morgen um unser Land bestellt sein wird. Wenn es ein Land sein soll voller selbstbewusster, verantwortungsbereiter Menschen, ein Land mit breitem Wohlstand und innerem Frieden, dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass jedes Kind die Chance hat, all das Gute zu entfalten, das in ihm steckt.

Jedem Kind gerecht zu werden – das sind wir vor allem den Kindern schuldig, das schulden wir aber auch uns selber und unserer Verantwortung für dieses Land.

Kindheit ist nicht gleich Kindheit. Das gilt zunächst einmal in historischer Perspektive, denn die Kinder von heute wachsen unter sehr anderen Bedingungen auf als ihre Eltern und Großeltern.

Dabei gehört zunächst einmal viel gute Normalität ins Bild: Das Leitbild „Ehe mit Kindern“ ist offensichtlich weiter attraktiv. Drei Viertel der Kinder leben bei ihren miteinander verheirateten Eltern. Viele Menschen erleben es als Glück – auch meine Frau und ich mit unseren Kindern. Und ob verheiratet oder nicht: Die allermeisten Mütter und Väter tun ihr Bestes, um für ihre Kinder zu sorgen und sie zu erziehen.

Alles zusammen ist von unschätzbarem Wert für die Kinder und für unsere Gesellschaft als ganze, denn in den Familien wird eingeübt, was auch für den Zusammenhalt der Gesellschaft als ganzer unverzichtbar ist – Zuwendung, Vertrauen, Verantwortung für sich selbst und für andere.

Wie geht's den Kindern? Fragt man sie selbst, so ist die große Mehrzahl mit ihrem Familienleben und ihren Lebensverhältnissen zufrieden. Darüber können wir uns freuen.

Aber wir wissen auch: Wie Kinder aufwachsen, wie ihr Familienalltag aussieht und ihr soziales Umfeld; all das hängt in allererster Linie von der Lebenssituation der Eltern ab. In Deutschland gibt es offenbar zum Guten wie zum Schlechten einen geradezu eisernen Zusammenhang zwischen der Herkunft und der Zukunft von Kindern. Ein erfahrener Jugendamtsleiter kann zum Beispiel schon anhand des Wohnorts und der Schulbildung der Eltern mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhersagen, welche schulische Laufbahn einem Kind bevorsteht und welche Chancen es auf dem Arbeitsmarkt haben wird. So verläuft ein Leben, das in Essen-Katernberg begonnen hat, meist auf einem völlig anderen Pfad als eines, das in den gutbürgerlichen Verhältnissen von Bredeneay begann. Dürfen wir eine solche Spannweite zulassen? Was sind dann die Versprechen von Chancengerechtigkeit und Aufstieg durch Leistung für Hunderttausende wert? Und wie lange hält unsere Gesellschaft das noch aus, ehe der soziale Zusammenhalt zerbricht, weil die Lebenspfade der einen und der anderen nicht einmal mehr in Sichtweite voneinander verlaufen?



Feierliche Eröffnung des Marktes der Kinder- und Jugendhilfe

Was also müssen wir tun, um jedem Kind heute gerecht zu werden? Ich will drei Aufgaben nennen – drei Felder, auf denen die Kinder- und Jugendhilfe Experte ist:

- Familien stärken,
- gute Bildung für alle ermöglichen,
- ein kinder- und jugendfreundliches Umfeld schaffen.

Die Familie bleibt der erste und wichtigste Ort für Kinder. Hier erfahren die allermeisten von ihnen verlässlich Geborgenheit, Fürsorge und Anregungen. Hier lernen sie, zu teilen und sich mitzuteilen. Wir können gar nicht hoch genug einschätzen, was Eltern leisten, um ihre Kinder auf das Leben vorzubereiten – beseelt von dem Wunsch, ihre Kinder möchten es einmal genau so gut wie die Eltern, vielleicht sogar besser haben. Wie erfolgreich Eltern sind, das hängt neben ihrem liebevollen Einsatz auch von anderen Faktoren ab: von ihrer eigenen Bildung, ihren Interessen, ihrem Zeitbudget und natürlich auch von ihren finanziellen Möglichkeiten: Welche Wohngegend können sie sich leisten? Was können sie auf den Esstisch bringen? Welches Spielzeug wählen sie für ihre Kinder? Wir wissen, dass viele Familien von Armut bedroht sind – besonders dann, wenn ein Elternteil alleine für mehrere Kinder sorgen muss.

Und wir wissen, dass Armut für die Kinder weit mehr bedeutet als der Verzicht auf ein Extra-Eis oder einen Zoobesuch. Armut bedeutet, ausgeschlossen zu sein von Chancen zur Entwicklung der eigenen Talente.

Wer den Kindern gerecht werden will, muss es den Eltern ermöglichen, selbstständig für sie sorgen zu können; staatliche Hilfe kann und soll immer nur ein Notanker sein. Wer Eltern in Arbeit bringt, der dient auch den Kindern – vorausgesetzt, diese leiden nicht unter der Erwerbstätigkeit, sondern werden währenddessen gut betreut. Gute Kindertagesstätten erleichtern den Eltern die Berufsausübung und eröffnen vor allem Kindern, die zuhause zu

wenig Zuwendung und Anregung finden, frühe Chancen auf Bildung, auf Freude und Freunde. Deshalb lohnt sich die Anstrengung doppelt, die öffentliche und private Träger unterstützt von Bund und Ländern jetzt beim Ausbau von Krippen und Kitas auf sich nehmen müssen – je entschlossener sie das tun, desto besser.



Musikalische Untermauerung der Eröffnungsveranstaltung

Anstrengen muss sich auch die Wirtschaft. Sie kann noch viel mehr dafür tun, dass Mütter und Väter das Familien- und das Berufsleben in Einklang bringen können. Mehr Rücksicht auf Familien, mehr Mitdenken für die Belange von Familien – das wünsche ich mir generell in unserer Gesellschaft.

Dass Eltern in Deutschland sich oft allein und unverstanden, ja unter Druck fühlen, muss uns aufrütteln. Die Gründe dafür mögen von Situation zu Situation, von Familie zu Familie verschieden sein: Wichtig ist, dass Eltern und Kindern mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht wird – gerade weil es im Vergleich zu früher weniger von ihnen gibt. Die Diskussion über ein Familienwahlrecht zeigt: Viele Menschen sorgen sich, dass in einer alternden Gesellschaft politisch zu wenig an die Kinder gedacht und zu sehr auf deren Kosten gelebt wird. Es ist gut, dass die Rechte der jungen Generation heute vehementer angemahnt werden als früher. Dabei denke ich zum Beispiel an das Engagement der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, deren Einsatz über Parteigrenzen hinweg für die jüngsten Mitglieder unseres Gemeinwesens mich immer wieder beeindruckt. Herzlichen Dank dafür!

Ich bin zuversichtlich: Das Bewusstsein dafür, was Kinder brauchen, wächst in Deutschland und zunehmend wird auch anerkannt, dass Vater sein und Mutter sein heute einer der schwierigsten Berufe ist, zumal junge Menschen um ihren Platz in der Arbeitswelt und der Gesellschaft ganz anders ringen müssen als in meiner Generation. Und es gibt gottlob seit einigen Jahren einen über die Regierungswechsel hinweg stabilen Konsens aller wichtigen politischen Kräfte, die Familie nach Kräften zu stärken. Das zeigt sich in den jüngsten politischen Initiativen zur Gesundheitsfürsorge, zum verbesserten Kinderschutz und zu einer familienfreundlicheren Steuerpolitik, aber auch am Beispiel der Lokalen Bündnisse für Familien, die es inzwischen an vielen Orten gibt. Ich freue mich darüber, dass Eltern und Kinder nach wie vor auf die Solidarität der älteren Generation setzen können – in den Familien, aber auch darüber hinaus, wenn zum Beispiel „Leihomas“ die Kinder hüten oder Senioren bei den Hausaufgaben helfen. Wir brauchen mehr von diesem Miteinander. Die Freundschaft zwischen den Generationen ist ein Schatz, der uns alle reich macht und der wächst, je mehr er genutzt wird.



Besucherinnen und Besucher am Stand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ





Aktion „Jugend nicht in die Tonne kloppen“



Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ begrüßt Herrn Bundespräsidenten Horst Köhler

In der Familie sind Kinder am besten aufgehoben, in manchen Fällen aber auch gefährdet – bisweilen schon vor ihrer Geburt, wenn wir zum Beispiel an die Folgen von Alkoholmissbrauch in der Schwangerschaft denken. Es gibt Eltern, die gar zu sorglos leben oder die über ihre eigenen Sorgen ihre Kinder vergessen; es gibt Eltern, die lieblos und brutal sein können. Und es gibt Eltern, die sich redlich bemühen und dennoch merken, dass sie es allein nicht schaffen. Deswegen ist es so wichtig, dass Eltern Hilfe finden, wenn sie auf ihre Verantwortung nicht vorbereitet sind.

Gefahren für die Kinder frühzeitig zu erkennen und angemessene Lösungen zu finden – mit dieser enorm schwierigen Aufgabe dürfen die Jugendämter und die Familiengerichte nicht allein gelassen werden. Wir brauchen ein zuverlässiges Netz, das Kinder mit ihren Eltern trägt – sie im äußersten Fall auch vor ihren Eltern schützt. Zu einem solchen Netz gehören aufmerksame Hebammen und Kinderärzte, engagierte Erzieherinnen, Lehrer, die auch außerhalb der Schule ansprechbar sind, und starke Jugendhelfer. Dazu gehören Nachbarn, die nicht wegschauen, und Menschen, die Kindern zur zweiten Familie werden können, wenn die Eltern versagen. Das ist für den tatsächlichen Schutz der Kinder mindestens so wichtig wie ein zusätzlicher Artikel im Grundgesetz.

Wir wollen, dass alle Kinder möglichst gute Startchancen bekommen. Bildung ist dafür eine entscheidende Voraussetzung. Aber wir wissen auch: Die Schulranzen sind sehr unterschiedlich gepackt, im wörtlichen Sinne ebenso wie im übertragenen. Hat ein Kind morgens gefrühstückt, wird es pünktlich zur Schule geschickt? Findet es Anregungen für seine Phantasie, wird es unterstützt bei der Entdeckung seiner Welt? Wird ihm vorgelesen, wird genug miteinander gesprochen, um gut Deutsch zu lernen? PISA hat uns gezeigt, dass unser Bildungssystem nicht auszugleichen vermag, was zuhause versäumt wird. Darüber wissen und reden wir noch immer mehr, als dass wir etwas dagegen tun. Neben ausreichenden und verpflichtenden Angeboten für gute frühe Bildung brauchen wir bessere Schulen: mit Lehrerinnen und Lehrern, die darauf brennen und darauf vorbereitet sind, jedes Kind in seiner Einzigartigkeit zu fördern und die dafür auch genügend Zeit und Möglichkeiten haben. Schulen, die mit Kitas ebenso zusammenarbeiten wie mit Arbeitgebern, um den Kindern und später den Jugendlichen Übergänge zu erleichtern. Schulen, die gerade auch die Eltern als die wichtigsten Förderer ihrer Kinder mit einbeziehen. Schulen, die mehr sind als nur ein Ort zum Lernen, die Kindern Raum geben, die Welt zu erfahren, zu erleben, mitzugestalten. Solche Schulen gibt es – und viele von ihnen sind Ganztagschulen. Sie dürfen nicht einsame Leuchttürme bleiben, ihr Beispiel muss – unabhängig von der Schulstruktur – endlich Schule machen.

Dabei kommt es auch auf die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Kinder- und Jugendhilfe an. Wenn Schulen und Kitas ihre Räume öffnen für Elterncafés und Sprach- oder Erziehungskurse für Mütter und Väter, dann hilft das den Eltern und es dient letztlich den Kindern. Wenn Schulen Vereine und Jugendverbände einbinden, profitieren davon die Kinder – vor allem diejenigen, die in ihrer Freizeit nicht selbstverständlich den Weg zu den Pfadfindern oder in den Fußballclub finden. Im Veranstaltungsprogramm dieses Kinder- und Jugendhilfetages bin ich auf ein schönes Beispiel gestoßen: Mit Viertklässlern – viele davon mit Migrationshintergrund – haben Jugendliche aus dem Alpenverein in der Schule Klettern geübt. Vermutlich haben die Grundschüler dabei viel gelernt über die Bedeutung guter Planung, über Teamarbeit, über Vertrauen in sich selbst und andere. Vielleicht hat der eine oder andere dabei soviel Freude gehabt, dass er jetzt nachmittags lieber seinen Mut an der Vereins-Kletterwand erprobt als auf der Straße oder im Cyberspace. Das jedenfalls entspräche dem Titel des Schulprojekts: „Gemeinsam nach oben“.

Denn was Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeit tun, das ist Teil ihrer Bildung zur Persönlichkeit und entscheidet mit darüber, ob sie eine glückliche Kindheit erleben und welche Aufstiegschancen sie später haben. Dieser Zusammenhang wird in Deutschland noch immer unterschätzt. Wer viele Stunden alleine vor dem Fernseher oder mit der Spielkonsole verbringt, der hat nicht nur weniger Zeit für Hausaufgaben und Bücher, sondern auch für Freunde, für Sport, für Musik, für Engagement. Was jungen Menschen das Erleben von Gemeinschaft, die Möglichkeit zum Selbstgestalten und Mitentscheiden,

der Einsatz für andere bedeuten kann, und wie sehr sie daran zu wachsen vermögen, das erfahre ich immer wieder – ob ich nun junge Naturschützer treffe, bei „jugend forscht“ bin oder mit Jugendvertretern debattiere. Deswegen ist es so wichtig, dass es genügend attraktive Angebote für Freizeit und Engagement gibt. Wer hier spart, spart am falschen Ende. Im Gegenteil: Es muss viel mehr dafür getan werden, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche diese Angebote entdecken und nutzen können – unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Hier in Nordrhein-Westfalen läuft gerade ein Projekt an, das in vielerlei Hinsicht beispielgebend ist: „Jedem Kind ein Instrument“ – der Name ist Programm, denn es will jedem Grundschüler die unschätzbare Erfahrung ermöglichen, selbst und mit anderen Musik zu machen. Dafür nehmen Bund, Land, Kommunen und private Förderer viel Geld in die Hand, dafür arbeiten Schulen eng mit Musikschulen zusammen, reden Sozialarbeiter mit Kulturredakteuren, Erzieher mit Eltern. Wir brauchen mehr solcher gemeinsamer Anstrengungen.

Wir brauchen einen ganzheitlichen, zeitgemäßen Blick dafür, was zu tun ist und wie es erreicht werden kann. Ein Kinderleben lässt sich nicht in Schubladen aufteilen: hier die Erziehung im Elternhaus, da die Bildung in der Schule, dort die Freizeit im Verein und das Spiel mit den Freunden. Deshalb sollten Zuständigkeiten nicht zu Hindernissen werden – hier das Jugendamt, da das Schulamt, dort der freie Jugendhilfeträger. Es geht um Zusammenarbeit zum Wohl der Kinder.

An vielen Orten wird schon entsprechend gehandelt: mal unter der Überschrift „Kinderfreundliche Kommune“, mal unter dem Stichwort „Lokale Bildungslandschaft“. Die Hemmnisse für diese Zusammenarbeit liegen dabei oft im Detail: wenn es schwer ist, dass sich Erzieher mit Lehrern über den Förderbedarf eines Kindes austauschen, wenn sich Elterninitiativen nicht am Abend treffen können, weil der Hausmeister um 17:00 Uhr die Schule zusperren muss, wenn Haftungsfragen unklar sind



Pressekonferenz zur Eröffnung des 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages. (v.l.: Norbert Struck, Thomas Rauschenbach, Peter Klausch, Hans-Uwe Otto, Heidemarie Rose)

scheinen. Aber lassen sich nicht oft pragmatische Lösungen finden? Viel ist gewonnen, wenn Kinder in einer Kommune Chefsache sind, wenn aus der Bürgermeisterstube kontinuierlich Impulse und Mittel für die Pflege der Bildungslandschaft kommen – und wenn die Türen des Rathauses auch offen sind für die Kinder und Jugendlichen selbst, die als Experten in eigener Sache ihre Vorstellungen darüber einbringen können, wie es zugehen und aussehen sollte in ihrer Lebenswelt.

Einen neuen Aufbruch für Kinder und Jugendliche: das wünsche ich mir für unser Land. Was aber ist mit den jungen Menschen, die heute bereits an der Schwelle zum Erwachsenenalter stehen und denen der Ausbau der Kinderbetreuung, die intensivere Elternhilfe, die bessere Schule kaum nutzen werden? Gilt für diese jungen Menschen auf bittere Weise Charlie Chaplins Ausspruch „Die Jugend wäre eine schönere Zeit, wenn sie erst später im Leben käme“?

Wenn Jugendliche – unter ihnen sind besonders viele Jungs – ihren Weg bisher nicht gefunden haben und abgelenkt drohen in Gewalt oder Lethargie – welche Antworten geben wir darauf heute? Welche Angebote halten wir offen für Schulabbrecher, welche Chancen geben wir denjenigen, die keine Ausbildung und keine Arbeit finden? Keinen verloren geben: das ist und bleibt eine enorme Herausforderung für die Jugendhilfe – aber bei weitem nicht für sie alleine. Die Jugendlichen brauchen Orte, an denen sie ihren Wert erfahren können, an denen sie spüren, dass



Veranstaltungsort des Abends der Begegnung: Die Zeche Zollverein in Essen

sie gebraucht und geschätzt werden. Und sie benötigen starke Partner, die ihnen dabei helfen, ihr Leben in den Griff zu bekommen. Dabei denke ich an den Sozialarbeiter im Jugendhaus ebenso wie an den Chef im Ausbildungsbetrieb, an den Lehrer in der Berufsfachschule ebenso wie an den Übungsleiter im Sportverein. Und ich denke an die vielen Ehrenamtlichen, unter ihnen übrigens besonders viele Senioren, die sich als Hausaufgabenbetreuer oder als Trainer in der Berufsvorbereitung engagieren. Ich danke allen, die sich auf diese Weise für junge Menschen einsetzen.

Der große Kinderfreund Erich Kästner schließt sein Buch von Pünktchen und Anton mit den Worten: „Die Erde soll früher mal ein Paradies gewesen sein. Möglich ist alles. Die Erde könnte wieder ein Paradies werden. Alles ist möglich“. Ich bin überzeugt: Es ist möglich, Deutschland zu einem Land zu machen, in dem alle Kinder die Chance haben, stark und selbständig zu werden. Lassen Sie uns alle daran gemeinsam nach Kräften arbeiten, und geben Sie in der AGJ dafür bitte weiter Ansporn und Ideen. Darin will ich Sie unterstützen, darum bin ich hier. Herzlichen Dank und weiterhin viel Erfolg!



Bundespräsident Horst Köhler, Minister Armin Laschet und der Vorsitzende der AGJ beim Eröffnungsrundgang

## Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!

### Eröffnungsvortrag durch den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Gerechtes Aufwachsen ermöglichen! – Bildung – Integration – Teilhabe, das ist das Motto des 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages hier in Essen.



Haupteingang

Zur Einstimmung auf diesen Kinder- und Jugendhilfetag hatten wir kurze Statements verschiedener Persönlichkeiten aus Verbänden und Politik zu diesem Thema auf der Jugendhilfetags-Homepage und im Forum Jugendhilfe publiziert.

Dabei wurde eine Vielzahl von Facetten aufgegriffen. Einige Schlaglichter hieraus möchte ich zitieren:

- Der Staat soll seine Rahmenbedingungen so gestalten, dass das Recht eines Kindes auf die Chance zum Glück erfüllt wird.
- Kinderarmut – jedes sechste Kind ist betroffen! – wirkt sich auf die Bildungschancen, auf Gesundheit und Teilhabe aus und wirft bedrohliche Schatten auf die Zukunft dieser Kinder.
- Auch ehrenamtliches Engagement kann dazu beitragen, dass aus Betroffenen Beteiligte werden, kann Achtung und Wertschätzung vermitteln.
- Ein Kind braucht eine materielle Grundsicherung und das Gefühl, vorbehaltlos angenommen und geliebt zu sein.
- Bildung ist die Grundlage unserer modernen und sehr komplexen Gesellschaft und bewahrt Menschen vor den Verführungen einfacher und radikaler Lösungen.
- Junge Migrantinnen und Migranten erfahren strukturelle Diskriminierungen – dem muss entgegen gearbeitet werden.
- Integration ist von der Bildungschancengleichheit abhängig – für junge Migrantinnen und Migranten erfordert das auch die Förderung ihrer Sprachenkompetenz.
- Gerechtes Aufwachsen zu ermöglichen, erfordert auch ein Bekenntnis zu einer bundesweit leistungsfähigen Kinder- und Jugendhilfe und eine politische Prioritätensetzung zum Wohl der Kinder.
- Kein Kind und kein Jugendlicher darf unserer Gesellschaft verloren gehen!

Es gibt offensichtlich einen ziemlich breiten und engagierten Konsens in Bezug auf das, was nicht sein soll, und das, was zu verändern ist, wenn gerechtes Aufwachsen ermöglicht werden soll. Im Zentrum steht dabei das Problem der Armut!

Bei der Vorbereitung dieser Rede habe ich es fast als schikanös erlebt, wie viele Berichte und Strategiepapiere zu diesem Thema kurz vor der Eröffnung dieses Kinder- und Jugendhilfetages veröffentlicht wurden und verarbeitet werden wollten:

- der Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung liegt seit zwei Wochen vor;
- der aktuelle zweite Bildungsbericht liegt seit letzter Woche vor;
- der aktuelle Länderreport zur Erziehung, Betreuung und Bildung in der Kinder- und Jugendhilfe seit einer Woche;
- das Kompetenzzentrum des BMFSFJ hat sich aktuell zur Familienpolitik und Kindertagesbetreuung geäußert und zu Fragen der Kinderarmut;
- im Deutschen Bundestag fand am letzten Freitag eine Anhörung zur Frage spezifischer Kinderregelsätze statt, nachdem der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert hatte, hier tätig zu werden,
- und die Parteien überbieten sich gerade im Wettbewerb von Konzepten zur Bekämpfung von Kinderarmut...

Warum benenne ich diese ganzen Veröffentlichungen?

Weil wir mit unserem Thema „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ eine tagespolitische Aktualität haben, die so überhaupt nicht planbar war! Das kann man als Glück bezeichnen. Aber die Inhalte, die damit zur Sprache gebracht werden, sind größtenteils alles andere als glücklich! Der Anteil derer, die als einkommensarm gelten, ist zwischen 2000 und 2006 von 11,8 auf 18,3 Prozent gestiegen. Das sind ca. 15 Millionen Menschen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben! Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Gutverdiener um 2,5 Prozent auf 9,2 Prozent erhöht.

Und wie sieht es mit den Kindern und Jugendlichen aus?

Die Armutsrisikoquote für Kinder und Jugendliche insgesamt stieg in sechs Jahren um 10 Prozent – schneller als bei jeder anderen Bevölkerungsgruppe! Die Armutsquote von Familien mit Kindern liegt bei 19,2 Prozent – sie stieg allein zwischen 2003 und 2006 um 5 Prozent! Stark betroffen sind die Haushalte Alleinerziehender – jeder dritte dieser Haushalte ist arm!

Das sind alarmierende Zahlen! Zahlen, deren Problemgehalt sich offenbar in der letzten Zeit immer stärker ins politische Bewusstsein schiebt.



Eines aber wurde dabei bisher weitgehend verdrängt: Der Begriff „Kinderarmut“ bezieht sich nicht nur auf „kleine Kinder“! Kinderarmut betrifft in besonderem Maße Jugendliche und junge Volljährige. Das Armutsrisiko ist für diese jungen Menschen weit überproportional hoch: 28,3 Prozent beträgt das Armutsrisiko bei den 16- bis 24-Jährigen! Mehr als jeder Vierte dieser Altersgruppe lebt unter Armutsbedingungen! Und der Anteil derer, die in dieser Altersgruppe weder einen Schulabschluss noch einen Berufsabschluss haben, steigt. Wir müssen dieses Thema der Jugendarmut ins öffentliche Bewusstsein bringen!

Wir haben im letzten Jahr ein jugendpolitisches Forum veranstaltet und eine Konferenz mit den Jugendämtern in Deutschland hier in Essen veranstaltet, um dem „Vergessen der Jugend“ entgegenzuarbeiten. Ausgangspunkt war, dass die politische Aufmerksamkeit für Familien und Kinderpolitik in den letzten Jahren erfreulich angestiegen ist – doch leider offenbar auf Kosten der Wahrnehmbarkeit von Jugend! Das Thema Jugend trat aus unserer Sicht – zwar zu Unrecht, aber dennoch deutlich – immer stärker in den Hintergrund.



Auftritt auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

Die aktuellen Armutsdaten unterstreichen, wie wichtig es ist, diese Aufmerksamkeit gesellschaftlich zu erzwingen!

Jeder Zweite der Hauptschüler und Hauptschülerinnen erreicht – auch nach langen Bemühungen – keine Chance zu einer Ausbildung, sagt der aktuelle Bildungsbericht. Für junge Menschen ohne deutschen Pass liegt die Armutsrisikoquote doppelt so hoch wie für junge Menschen mit deutschem Pass – sagt der Armuts- und Reichtumsbericht. Da zeichnet sich ein Explosionspotenzial für die Zukunft ab, das angesichts von manchem Populismus beim Thema Jugendkriminalität nur den Kopf schütteln lässt!

Glauben wir denn wirklich, dass wir so große Gruppen junger Menschen einfach ausgrenzen und an den Rand stellen können?

Glauben wir denn wirklich, dass wir das tun können, ohne dass diese jungen Menschen uns behelligen:

- mit ihrem Frust,
- mit ihrer Perspektivlosigkeit,
- mit ihren Kränkungen, verweigerter Anerkennung,
- mit ihren ganz unkonventionellen Aneignungsformen
- und leider auch der Gewalt, die aus gestörter und verweigerter Kommunikation entsteht?

Und glaubt man wirklich, dass das mit verstärkter Repression, sog. „klaren Ansagen“ und „hartem Durchgreifen“ vermeintlich „in den Griff“ zu bekommen ist?

Es ist alarmierend, wenn die neuesten Zahlen zur Personalentwicklung in der Jugendarbeit von dramatischen Einbrüchen berichten! Am Stand des DJI können Sie nachher das KOM<sup>pat</sup> – Jubiläumsheft zu diesem Kinder- und Jugendhilfetag erhalten. Demnach wurden in der Jugendarbeit innerhalb von vier Jahren die Personalressourcen im Westen um 24 Prozent und im Osten gar um 40 Prozent gekürzt! Die Zahl der Einrichtungen blieb dabei annähernd gleich: Die Gebäude stehen – das Personal wird abgezogen!

Das Ausmaß dieses Abbaus erklärt sich übrigens nicht aus dem Rückgang der Zahl junger Menschen. Sowieso müssen wir dafür kämpfen, dass der Kinder- und Jugendhilfe ihre Mittel für den qualitativen Ausbau der Leistungen für junge Menschen erhalten bleiben. Denn dem Rückgang von Jugendlichen steht eine Zunahme ihrer Belastungen entgegen.

Im Integrationsplan spricht sich die Bundesregierung dafür aus, „Haushaltsmittel, die aufgrund der demografischen Entwicklung und des Rückgangs der Bildungsteilnehmer und Bildungsteilnehmerinnen frei werden, für die Verbesserung der Bildung zu nutzen“ – das muss auch für die Kinder- und Jugendhilfe gelten!



Besucherinnen auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

Es ist also offensichtlich, dass gegengesteuert werden muss: im Hinblick auf die materielle Situation junger Menschen, im Hinblick auf ihre Unterstützung auch durch Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherische Hilfen und im Hinblick auf ihre Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitschancen oder eben: im Hinblick auf Bildung, Integration und Teilhabe.

Jugendarmut mit all ihren Dimensionen verweist auf ein massives Problem verweigerter Gerechtigkeit.

Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hieß es: „Der Staat kann Chancen eröffnen. Darunter fallen z. B. politische Beteiligung und Mitbestimmung, Arbeitsmarktzugang, Zugang zu Bildung und Gesundheitswesen, Wohnen, Infrastruktur für Kinderbetreuung, soziale Sicherheit. Aber jede und jeder Einzelne entscheidet darüber, ob sie oder er die Chancen nutzt.“<sup>1</sup>

Mit Blick auf die Armutssituation von jungen Menschen und ihren Familien muss dann aber – jetzt auf der Basis des 3. Armuts- und Reichtumsberichts – bilanziert werden: Vielen Kindern und Jugendlichen wurden Chancen zu freien Entscheidungen nicht eröffnet, sondern verbaut! Und für immer mehr Mädchen und Jungen hört sich die zynische Ansage tatsächlich so an: „Du hast keine Chance – aber nutze sie!“



Runder Tisch zur Perspektive Europäischer Jugendpolitik

Weshalb wird eigentlich quer durch die Parteien die wachsende Armut von Kindern und Familien zunehmend als Problem benannt, ohne dass es bisher zu wirksamen Gegenmaßnahmen kommt?

Wie kommt es, dass die soziale Selektionsfunktion des viergliedrigen Schulsystems schon so lange bekannt ist und so eindeutig durch Studien belegt ist und dennoch keine Reformen in Sicht sind, die als wirksame Gegenmaßnahmen imponieren könnten?

<sup>1</sup> Lebenslagen in Deutschland – Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. XVI.



Impressionen vom Markt der Kinder- und Jugendhilfe

In einem kürzlich erschienenen Buch wird auf diese Frage die Antwort gegeben, dass die Verteidigung des Bildungsprivilegs eines der vornehmsten Anliegen akademisch gebildeter Eltern sei. Deshalb brauchen sie das Gymnasium nach der vierten Grundschulklasse, deshalb brauchen sie mehr Privatschulen – deshalb sei Chancengleichheit unerwünscht. Kann es sein, dass soziale Gerechtigkeit zunehmend als Hemmfaktor im entfesselten Konkurrenzkampf empfunden wird – und insofern eher sonntagsreden- als politikauglich ist?

Soziale Gerechtigkeit ist ein Kriterium, das ohne Umverteilung von Ressourcen nicht erfüllbar ist. Wenn wir Einkommensarmut von Jungen, Mädchen, Jugendlichen und Familien tatsächlich als die Basis sozialer Barrieren erkennen, und wenn wir wissen, dass Einkommensarmut tatsächlich die Zugänge zu Bildung, zu Integration, zu Teilhabe, zu Gesundheit und zu eigenem Einkommen langfristig unterbindet, dann müssen wir Wege finden, dieses Problem nicht kosmetisch zu übertünchen, sondern real zu verändern!



Gespräche zu Beginn des 13. DJHT

Armut hat selbstverständlich nicht nur den Aspekt monetärer Armut. Sie hat auch die Dimensionen Gesundheit, Bildung, Arbeit, Wohnen und Partizipation – das ist richtig und das ist wichtig – auch im Hinblick auf eine Infrastrukturpolitik gegen Armut und Ausgrenzung.

Aber dennoch muss sich Armutsbekämpfung immer auch zentral mit dem verfügbaren Einkommen befassen. Wir brauchen dringend eine Erhöhung der Eckregelsätze bei Hartz IV. Und wir brauchen dringend eine realistische Neuberechnung der Regelsätze für Kinder. Kinder sind nicht lediglich 60 Prozent Erwachsener und Jugendliche sind nicht lediglich 80 Prozent Erwachsener, wie die Regelsatzfestlegungen derzeit unterstellen, sondern Persönlichkeiten mit ganz eigenen Bedürfnissen und Bedarfen, die in die Festlegung der Kinderregelsätze einfließen müssen.

Die dem Kinderzuschlag zugrunde liegende Idee, dass niemand, der seinen eigenen Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten kann, nur deshalb in das Hartz IV-System geraten soll, weil er Kinder hat, ist ja richtig, sie wird aber auch durch die aktuell vorgesehenen – dringend notwendigen – Korrekturen noch nicht konsequent umgesetzt. Auch die Anhebung des Kindergeldes ist ein notwendiger Schritt, der aber erst dann wirklich konsequent ist, wenn er die Kindergeldbeträge auf das Niveau der entsprechenden steuerlichen Entlastung der Spitzenverdiener bringt.

Letztendlich aber muss diese Gesellschaft sich für eine Kinder-Grundsicherung entscheiden, gekoppelt mit einer verlässlichen und qualitativ belastbaren Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien! Dazu müsste erkannt sein, dass der Ausbau der Kinderbetreuung und dass soziale Leistungen zur Verhinderung von Kinderarmut keine Luxuslasten sind, sondern sehr verspätete Nacharbeiten! Denn die Bekämpfung von Armut in dem Ausmaß, in dem sie sich derzeit in Deutschland verfestigt hat, lässt sich aus keiner Portokasse finanzieren und schon gar nicht kostenneutral, sondern erfordert eine bewusste gesellschaftliche Investition in die Zukunft. Der Luxus, den man benennen könnte, ist der Luxus der Vergangenheit. Diese Gesellschaft hat sich den fragwürdigen Luxus der Nachkriegszeit geleistet, das patriarchale Modell des männlichen Familienernährers mit aller Gewalt wieder einzuführen – flankiert von der Adenauer'schen Doktrin „Kinder bekommen die Menschen immer“. Es hat die unzuverlässige Halbtagschule weitergeführt und den Kindergarten lange Zeit zum Luxus erklärt. Und dieses patriarchale System hat über Jahrzehnte vermieden, klar zu benennen, dass die Basis dieses Luxusystems die Ausbeutung und Nichtanerkennung der weiblichen Reproduktionsarbeit war. Dieses patriarchale System zerbröselte seit 1968 fortschreitend. Und wir haben viele Fortschritte im Hinblick auf Fragen der Gleichberechtigung, auf Fragen der Thematisierung von Gewalt in den Geschlechterverhältnissen, auf Fragen der Thematisierung häuslicher Gewalt und auch der Gewalt in Erziehungsverhältnissen zu verzeichnen.

Aber die sozialen Sicherungssysteme, große Teile unseres Sozialstaats, haben nach wie vor diesen patriarchalen Bias – ein Luxus, dessen Ausbeutbarkeit definitiv an seine Grenzen gekommen ist!

Es ist eindeutig das Verdienst von Renate Schmidt und Ursula von der Leyen, wesentlichen Blockierungen dieser Wahrnehmungen den politischen Garaus gemacht zu haben. Man muss nicht mit allen Facetten ihrer Wege und Positionen übereinstimmen, aber klar ist, dass sie einiges Überfällige bewegt haben – teils im harten Kampf mit Not leidenden Männerfraktionen aller Parteien. Aber das Bewusstsein, dass es sich bei diesen Veränderungsbewegungen nicht wirklich um Revolutionen handelt, sondern weitestgehend um das Nacharbeiten hartnäckiger patriarchaler Versäumnisse der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte ist noch kein politisches Gemeingut. Zu einem solchen politischen Gemeingut muss diese Erkenntnis aber werden, wenn die Wege zu einem gerechten Aufwachsen junger Menschen tatsächlich in dieser Gesellschaft gebahnt werden sollen.

Gewiss ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige eine wichtige Infrastrukturerweiterung. Er ist auch armutspolitisch wichtig im Hinblick auf Chancen zu Erwerbstätigkeit, im Hinblick auf die frühkindliche Bildung und im Hinblick auf die Sprachförderung von Kindern. Damit diese Effekte aber eintreten können, muss parallel zum quantitativen Ausbau unbedingt der Aspekt der Strukturqualität im Auge behalten werden. Wenn Ausbauquoten dadurch erhöht werden, dass einzelne

unter Dreijährige in Kindergartengruppen gesteckt werden – und das ist nach den Zahlen des DJI bei fast einem Drittel der in Westdeutschland neu geschaffenen Plätze der Fall –, dann sind das keine akzeptablen Lösungen!

Wenn in Kindertageseinrichtungen immer weniger Erzieherinnen und Erzieher vollzeitbeschäftigt sind, dann wirkt sich das auch auf die Möglichkeiten der Qualitätsentwicklung im Team aus. Die Erziehung von Kleinkindern lässt sich nun mal nicht „just in time“ bewältigen, sondern verlangt auch Konstanz und Kontinuität! Mit Teilzeitarbeit und dem derzeitigen Lohnniveau befinden sich mittlerweile eine Reihe von Erzieherinnen und Erzieher selbst an der Schwelle zur Armut – eine Entwicklung, die dringend gebremst werden muss – auch im Hinblick auf das fehlende Fachpersonal für den Ausbau der Kindertagesbetreuung. Und wenn mit der Sprachförderung auch für Kinder mit Migrationshintergrund ernst gemacht werden soll, dann müssen auch spezielle Konzepte und Ressourcen entwickelt werden für die 7 Prozent von Kindertageseinrichtungen, in denen ihr Anteil bei über 50 Prozent liegt, um ihre sprachlich bedingten Nachteile gezielt auszugleichen. Ebenso besorgniserregend im Hinblick auf die qualita-

tative Dimension des Ausbaus ist die Tatsache, dass die Freistellungen für Leitungskräfte in den Kindertageseinrichtungen kontinuierlich zurückgehen!

Das Potenzial der frühen Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege zur Überwindung arbeitsbedingter Nachteile und somit zu einem gerechteren Aufwachsen kann nur ausgeschöpft werden, wenn die Fragen der Strukturqualität mitbeachtet werden! Wir werden in Deutschland nichts erreicht haben, wenn der quantitative Ausbau zulasten der Qualität erfolgt!

Gerechtes Aufwachsen ermöglichen! – Das erfordert auch die Unterstützung der Eltern bei

ihren Erziehungsaufgaben: „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ hatte das der 11. Kinder- und Jugendbericht genannt. Auch der Schutz des Kindeswohls ist nach wie vor primär eine Aufgabe hinreichender und zuverlässiger Unterstützung von Eltern, die ihre Kinder oft unter schwierigsten Bedingungen erziehen. Wenn das nicht hilft, dann hat der Kinderschutz zu Recht auch die kontrollierende und



Am Stand der AGJ

eingreifende Seite. Und das ist nicht etwa eine Seite, die die Kinder- und Jugendhilfe verkennt, sondern eine, die zum Alltag sozialer Dienste gehört. Etwa 25.000 Inobhutnahmen werden jährlich durchgeführt! Und natürlich gibt es auch Hausbesuche.

Gesetzliche Vorschriften zu verpflichtenden Hausbesuchen bei jedem Hinweis auf eine Kindeswohlgefährdung sind allerdings kein Mittel der Wahl. Schließlich gibt es auch Gefährdungen, die man nicht durch Inaugenscheinnahme erkennt – wie z. B. einen sexuellen Missbrauch! Es wäre nicht förderlich, wenn diesbezüglich solche Grobmechanik zum Einsatz käme. Kinderschutz braucht Feinmotorik – nicht Grobmechanik!

Jugendämter sehen sich heute ganz widersprüchlichen Kritiken ausgesetzt: Einerseits gibt es das mediengerechte Gemurmel vom Versagen der Jugendämter im Kinderschutz. Hier werden das zu späte Eingreifen, die übermäßige Suche nach Konsens mit Eltern usw. ins Zentrum der geharnischten und unbekümmert pauschalisierten Kritik gestellt. Zum anderen wird ihnen aber auch genau das Gegenteil

vorgeworfen: Dann wird das zu frühe Eingreifen lautstark beklagt und Deutschland als willkürlicher Kinderklausstaat gebrandmarkt. In diese Richtung gehen eine Reihe von Veröffentlichungen zu angeblichen Menschenrechtsverletzungen deutscher Jugendämter, die im Petitionsausschuss des Europarats verhandelt werden. An der Spitze dieser „Bewegung“ steht Frau Oeschger als Präsidentin der Konferenz der Internationalen Nichtregierungsorganisationen des Europarats mit der sog. „Bamberger Erklärung“. Das ist eine Tirade wirrer Anschuldigungen, denen jede Basisinformation über Gewaltenteilung und die Aufgaben von Jugendämtern, Familiengerichten und Verwaltungsgerichten fehlt. Beide Positionen sind schrill genug, um in den Medien für Schlagzeilen zu sorgen, aber beide Positionen sind falsch!





Diese pauschalisierten Jugendamts- und Jugendhilfescheitern sind für den Schutz von Kindern und Jugendlichen völlig kontraproduktiv! Jedem, der auch nur kurz darüber nachdenkt, müsste klar sein, dass sich ein tatsächlicher Schutz von Kindern vor Gefahren für ihr Wohl nur mit den Jugendämtern und den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, ihren Kompetenzen, ihren Ressourcen und ihrer Präsenz im Sozialraum verwirklichen lässt – und nicht gegen sie!

Die Forderung „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ ist einerseits ein Appell an die Sozialpolitik und die Infrastrukturpolitik. Aber „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ ist auch eine Forderung, die sich auch auf die Binnenverhältnisse pädagogischer Institutionen und Interaktionen beziehen muss! Auch die Gestaltung des pädagogischen Alltags in den verschiedenen Handlungsfeldern hat eine Gerechtigkeitsdimension, die wir ausleuchten müssen!

Nun kann die Geschichte der Pädagogik in Deutschland über lange Phasen auch als Geschichte einer „schwarzen Pädagogik“ geschrieben werden, einer „schwarzen Pädagogik“ des Zwangs, der Disziplinierung, der Ausbeutung und der Dressur –

auch ehemalige Heimkinder werden hier von diesen dunklen Traditionslinien berichten. Es gab querliegende Denk- und Handlungsansätze zu dieser „schwarzen Pädagogik“. Diese querliegenden Denk- und Handlungsansätze hatten zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem auch durch jüdische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen – Sigmund Freud wäre hier zu allererst zu nennen, aber auch Siegfried Bernfeld – einiges an Reife und Kraft gewonnen. Diese kritischen, auf Freiheit, Emanzipation und Solidarität gerichteten pädagogischen Denk- und Handlungsformen sind in Deutschland der Verfolgung und Vernichtung durch die Nationalsozialisten zum Opfer gefallen: ihre Protagonistinnen im Holocaust ermordet oder ins

Exil verbannt worden – ein unermesslich tiefer Einschnitt! Erst sehr langsam und sehr spät kamen dann einige der Überlebenden – zunächst aus dem Exil – wieder zu Wort und noch langsamer wieder zu Gehör. Erst mit den Aufbrüchen der 60er-Jahre begann die Geschichte der Wiederaneignung und Weiterentwicklung Kritischer Theorie in Deutschland.



Auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe



Impressionen vom Markt der Kinder- und Jugendhilfe

Ohne diesen mühsamen Erinnerungs-, Wiederentdeckungs- und Rückkehrprozess wäre nicht denkbar, was sich dann als kritische Erziehungswissenschaft, als kritische Sozialarbeit und als neu bestimmte Theorie und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe konstituierte und im Konzept der Lebensweltorientierung dicht beschrieben wurde. Dieser späten Erinnerungsarbeit verdankt die Kinder- und Jugendhilfe ganz wesentlich ihre theoretischen Rahmungen und emanzipatorischen Praxen. Während aber derzeit allenthalben Materialien und Publikationen zum 40. Jahrestag von 1968 erscheinen, ist das Wissen um diese Zusammenhangsgeschichte heute eher bedroht.

Mit dem „Lob der Disziplin“ und verschiedenen gesellschaftlichen Ermunterungen zum „Mut zur Erziehung“ oder zu „Erziehungscamps“ gewinnen Kontrapunkte dieser kritischen Sozialarbeit – flankierend zum neoliberalen Managerialismus – an Wirksamkeit. Darin liegen Gefahren – Gefahren auch für die Fragen nach Gerechtigkeit. Denn gerechtes Aufwachsen verlangt auch eine Pädagogik der Achtung von Autonomie junger Menschen und eine Pädagogik des Respekts vor ihren Anstrengungen und Leistungen. Und eine solche Pädagogik muss immer wieder die Erziehungsverhältnisse hinterfragen und sie aufbrechen, wann immer ihre Macht in Herrschaft umschlägt.



Junge Besucher auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

Es wird heute immer öfter „Evidence-Based Practice“ gefordert. Das bezieht sich auf die Forderung, nur Wissen, das aus kontrollierten Versuchsanordnungen und dort erfolgten Messungen gewonnen wurde, als einzig vertrauenswürdig anzusehen und nur so gewonnenes Wissen als Beweis für kausale Beziehungen zwischen Behandlungen und Wirkungen gelten zu lassen. Demgegenüber sollten wir selbstbewusst auf die Evidenz kritischer Pädagogik, auf die Evidenz der Bedeutung der Achtung von Kinderrechten in den Erziehungsverhältnissen und auf die Evidenz der pädagogischen Wirksamkeit einer substanziellen Beteiligung von Eltern, aber vor allem auch von Jungen und Mädchen an der Hilfeplanung und Hilfebringung verweisen.

Die Beteiligungsbewegung in den Hilfen zur Erziehung ist ein solcher Versuch, Verdinglichungen in pädagogischen Verhältnissen entgegenzuarbeiten. Ein Versuch von vielen gleichsinnigen Anstrengungen – aber ein evident notwendiger Versuch! Dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz Beteiligungsverfahren ins Zentrum von Entscheidungsfindungen gestellt hatte, war evidenzbasiert! Dass wir uns heute vielfach noch immer mit der Umsetzung schwertun und teilweise wieder ableiten in die Mythen einer einfachen Korrekturdisziplinierung – das ist ein zentrales fachliches Problem, dem wir uns stellen müssen – und es ist ein Gerechtigkeitsproblem denen gegenüber, die Unterstützung auf der Höhe unseres Wissens brauchen – und nicht Drill und Disziplinierung!

Mit dieser Rede zur fachlichen Eröffnung des Kinder- und Jugendhilfetages geht es mir in gewisser Hinsicht so, wie es Ihnen nachher auch mit der Fachmesse gehen wird: Man hat nur eine begrenzte Zeit und muss sich entscheiden, was man in dieser Zeit wahrnehmen bzw. ansprechen will – und dabei bleibt vieles ausgespart, was auch mit guten Gründen hätte angesprochen werden sollen. Ich habe mich jetzt auf die Frage der Armut – speziell der Jugendarmut – und auf Gerechtigkeitsfragen in pädagogischen Konzepten konzentriert. In den Symposien nachher werden die Untertitel unseres Mottos „Bildung – Integration – Teilhabe“ speziell vertieft.

In unserem kinder- und jugendpolitischen Leitpapier zu diesem Kinder- und Jugendhilfetag haben wir als Schlusspunkt formuliert: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ – das ist der erste Satz des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Und wir haben dann den Schlusspunkt gesetzt: „Gerechtes Aufwachsen ist möglich!“  
Möglich! Keinesfalls selbstverständlich!

Es liegt auch an uns, ob aus dieser Möglichkeit eine Realität wird. Die Kinder- und Jugendhilfe kann mit ihrem Engagement und ihrer Fachlichkeit ihre Beiträge leisten. Lassen Sie uns in diesen Tagen einige Schritte auf diesem Weg machen!



## Gerechtes Aufwachsen zwischen Vision und Realität Fachpolitische Eröffnung



Jens Schneider, Süddeutsche Zeitung:

„Schön wäre ja Folgendes: Jedes Mal, wenn einer sagt, es muss gerechter zugehen, wird die Welt auch gerechter.“



Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung:

„Ich würde am liebsten allen, die von Bildung ausgeschlossen sind – und das sind viele Millionen –, eine Trillerpfeife geben.“

## Gerechtigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe



Von links: Mike Corsa, Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Prof. Dr. Karin Böllert

### Prof. Dr. Karin Böllert, Universität Münster:

„Für Mädchen zahlen sich ihre Bildungsanstrengungen und ihre Bildungserfolge in Institutionen in Bezug auf den Arbeitsmarkt nach wie vor nicht aus. Und dafür – muss ich dann auch selbstkritisch anmerken – ist auch die Kinder- und Jugendhilfe leider ein gutes (oder schlechtes) Beispiel, die Kinder- und Jugendhilfe ist ja auch ein Frauenarbeitsmarkt, der Frauen schlecht bezahlt, der sie mit schlechten Arbeitsbedingungen ausstattet, der sehr viel Teilzeit und befristete Beschäftigung hat und keine existenzsichernden Möglichkeiten für Frauen schafft.“



### Dr. Matthias Kollatz, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank:

„Ich sehe meine Aufgabe darin, darauf hinzuweisen, dass es bestimmte gesellschaftliche Fragestellungen gibt, die wir nur mit kollektiver Vernunft bewältigen können und eben nicht damit, dass wir glauben, dass jeder alleine seines Glückes Schmied sein soll und kann.“



### Mike Corsa, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ:

„Wir haben Pädagogen, die schon debattieren, dass Arme mit ihrer Armut leben lernen müssen. Das sind junge Menschen mit Migrationshintergrund, das sind Hauptschüler. Unter diesen Vorgaben akzeptiert Pädagogik, dass diese Menschen gar keine Chance mehr haben und handelt entsprechend.“

## Wirtschaft und Kinder- und Jugendhilfe

### Dr. Matthias Kollatz:

„In der Wirtschaft spricht man von Humankapital. Wie entsteht Humankapital? Ohne Arbeit und Teilhabe bildet sich gar nicht ausreichend Humankapital und das ist notwendig, um überhaupt ausreichend Forschung und Innovation zu entwickeln. Dass heißt also, wenn ausgerufen wird – insbesondere auch von der Wirtschaft –, dass wir uns in einem weltweiten Wettbewerb befinden, dann können wir als Hochlohnland in diesem Wettbewerb nur bestehen, wenn wir ausreichend Humankapital bilden.“



Titel: von links: Tissy Bruns, Dr. Matthias Kollatz, Reiner Pröbß



**Tissy Bruns, Berliner Tagesspiegel:**

„Wir betrachten Kinder und Jugendliche als Effizienzfaktor, es beschäftigt uns das Humankapital, unsere Ressourcen, Bildung als Wirtschaftsfaktor. Das führt dazu, dass die Kinder und Jugendlichen, mit denen wir uns beschäftigen, gewissermaßen gesichtslose Kinder und Jugendliche geworden sind. Wir haben ja in der öffentlichen Wahrnehmung von Jugendlichen nur zwei Pole: Es gibt einen Jugendkult und eine Problemwahrnehmung von Jugendlichen – Gewalt, Schulabbrecher usw. Und dazwischen eine kolossale Entfremdung gegen die Lebenswirklichkeit von Jugendlichen.“

## Modellprojekte

**Jens Schneider:**

„Früher hieß es in der Politik: Wenn Du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis. Jetzt: Ist nicht alles ganz perfekt, versuch's mit einem Modellprojekt?“



**Prof. Dr. Karin Böllert:**

„Ich rede bei Modellprojekten gerne von Placebos oder eben Pseudo-Politik, weil immer so getan wird, als würden wir nichts wissen. Wir wissen eine ganze Menge, aber uns fehlen die Rahmenbedingungen, dieses Wissen auch handlungspraktisch umsetzen zu können. Und diese Rahmenbedingungen werden durch Modellprojekte nicht geschaffen. In den Frühwarnsystemen – wie gesagt, ich bin gar nicht gegen Frühwarnsysteme – aber in den Frühwarnsystemen wird angetreten mit dem politischen Willen, Kinder aus armen Familien nicht noch

einer Vernachlässigung auszusetzen. Aber es diskutiert keiner, wie wir dafür Sorge tragen können, dass diese Familien erst gar nicht arm sind oder nicht arm bleiben. Und das ist Pseudo-Politik!“

## Kinder- und Jugendhilfe in Politik und Medien

**Reiner Pröbß, Stadtrat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg:**

„Meine Angst ist allerdings, dass der Ruf nach gerechtem Aufwachsen, der jetzt wieder in aller Munde ist, auch schnell wieder verhallt, weil einfach nicht erkannt wird, dass Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Jugendpolitik nicht so funktioniert wie ein Lichtschalter – zum An- und Ausschalten –, sondern dass Wege aus der Kinderarmut, dass Strategien für mehr und gerechtere Bildung in Generationenfolgen gedacht werden müssen. Und deswegen ist es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass das nicht von heute auf morgen geht und dass da auch keine kurzfristigen Kampagnen helfen, sondern dass letztendlich, wie Max Weber formuliert hat, nur das Bohren dicker Bretter zum Erfolg führt.“



# Bildung

**Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!**



**13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008**

## Gerechtigkeit durch Bildung

Ein Zwischenruf am Horizont der Kinder- und Jugendhilfe<sup>2</sup>

Eröffnungsvortrag des Symposiums „Gerechtigkeit durch Bildung“  
von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach



Ich beginne mit einem Zitat: „Bildung ist der umfassende Prozess der Entwicklung und Entfaltung derjenigen Fähigkeiten, die Menschen in die Lage versetzen, zu lernen, Leistungspotenziale zu entwickeln, zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen zu gestalten (...)“. Mit diesem Satz beginnt die erste von elf so genannten „Leipziger Thesen“ zur aktuellen bildungspolitischen Debatte, die im Juli 2002 gemeinsam vom Bundesjugendkuratorium, der Sachverständigenkommission des 11. Kinder- und Jugendberichts sowie der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe unter dem Motto „Bildung ist mehr als Schule“ vorgelegt wurden.

Spätestens mit diesen Thesen wurde von der Kinder- und Jugendhilfe der Hut in den heiß umkämpften Ring der öffentlichen Bildungsdiskussion geworfen. Das ist nun fast auf den Tag genau sechs Jahre her. Es lohnt sich also, eine kurze Zwischenbilanz zu ziehen.

Dies soll in drei Schritten geschehen. Unterteilt in jeweils drei Unterpunkte, möchte ich zunächst einige Ambivalenzen in puncto Bildung aufzeigen, danach auf das immer noch – oder mittlerweile wiedererlangte – Unbehagen der Kinder- und Jugendhilfe gegenüber dem Thema Bildung eingehen und schließlich auf drei perspektivische Baustellen an der Schnittstelle von Bildung und Kinder- und Jugendhilfe hinweisen.

<sup>2</sup> Eine Vorfassung dieses Textes findet sich im DJI Bulletin 81 (1/2008).

### 1. Zu den ungelösten Ambivalenzen des Themas Bildung

Vermutlich gibt es zu dem viel beschworenen Hoffnungsträger Bildung keine wirkliche Alternative, zielt doch Bildung am konsequentesten auf die je individuelle Ausstattung der nachwachsenden Generation, also auf jene Fähigkeiten und Kompetenzen, die für eine eigenständige und verantwortungsvolle Lebensführung im Dreiklang von Beruf, Familie und sozialer Teilhabe unerlässlich sind. Niedrigschwellige, herkunftsunabhängige Zugänge zu den Bildungsangeboten, ausgleichende Wirkungen der Bildungssysteme in Anbetracht unterschiedlicher individueller und sozialer Ausgangslagen sowie möglichst wenig selektionsverstärkende Übergänge zwischen den Bildungsinstanzen sind von hier aus wesentliche Maßstäbe einer sozialen Bildungsgerechtigkeit. Vor diesem Hintergrund kennzeichnen zumindest drei Widersprüchlichkeiten gegenwärtig das Zukunftskonzept Bildung.

(1) Deutlich zutage trat eine erste Widersprüchlichkeit bereits im Anschluss an die Präsentation der ersten PISA-Ergebnisse. Im Kern, so das damalige Fazit, hängen die getesteten Kompetenzen bei den Schülerinnen und Schülern in Deutschland weniger von der Schule als vielmehr von nicht schulischen Einflüssen, sprich: von ihrer sozialen Herkunft ab. Mit anderen Worten: Das gegenwärtige Bildungssystem schafft es offenbar nicht, die herkunftsbedingten Unterschiede so abzufedern und auszugleichen, dass am Ende tatsächlich die individuelle Leistung und nicht die soziale Herkunft für den Erfolg in Ausbildungs- und Beschäftigungsleben ausschlaggebend ist. Im Gegenteil: Die Schere zwischen sozial belasteten



und zu Hause gut geförderten Kindern und Jugendlichen öffnet sich beim Durchlaufen des formalen Bildungssystems weiter, sodass unter dem Strich dieses gegenwärtig Ungleichheit nicht abbaut, sondern zu deren Stabilisierung beiträgt. In Anbetracht dessen muss sich die Kinder- und Jugendhilfe laut zu Wort melden und nachdrücklich darauf hinweisen, dass dies auch ein Resultat einer halbierten, einer schulzentrierten, kognitiv ausgerichteten Bildungsidee im öffentlichen Bildungsdiskurs ist. Die andere Seite der Bildung, die Alltagsbildung, könnte sich hier als eine weitaus wichtigere Weiche in eine andere Zukunft erweisen, als ihr dies bislang zugestanden wird.

(2) „Bildung von Anfang an“ gehört als Formel fast schon zum Standardrepertoire des modernen Einmaleins der Bildung. Paradox muss es in Anbetracht dessen daher anmuten, dass die Investitionen in Bildung tendenziell geringer ausfallen, je jünger die Kinder sind. Eindrücklich zeigt sich dies beim Personal: Während bei den unter Dreijährigen vielfach Kinderpflegerinnen und unausgebildete Tagesmütter eine nennenswerte Rolle spielen, überwiegen im Kindergarten die an Fachschulen ausgebildeten Erzieherinnen. Ab der Grundschule beginnen dann die Hochschulausbildungen, allerdings auch hier mit dem Alter der Kinder ansteigend im Hinblick auf die Ausbildungsdauer, die fachlichen Anforderungen

und die – anschließende – Vergütung. Diese Hierarchie in puncto Ausbildung und letztlich auch die dahinter zum Ausdruck kommende ungleiche Wertschätzung – in der Politik oft mit einem generösen, aber folgenlosen Bekenntnis für das gegenwärtige Personal im frühkindlichen Bereich garniert –, verhält sich diametral entgegengesetzt zu der immer stärker ins Blickfeld gerückten Wichtigkeit der frühen Bildungsjahre. Wer Bildung von Anfang an propagiert, muss endlich auch konsequent in diese investieren. Mit einer Quantitätsoffensive allein ist das nicht getan. Auch frühkindliche Bildung braucht Zeit, erfordert Kompetenz und ist zum Nulltarif nicht zu haben.



Auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

(3) Ein wesentlicher, für Deutschland bedrückender Befund aller PISA-Studien offenbart, dass die getesteten Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich weniger Probleme in der Spitze als vielmehr im Durchschnitt haben. Oder anders ausgedrückt: Fast nirgends war die Kluft zwischen den gut und den schlecht abscheidenden Jugendlichen so groß wie in Deutschland. Und hierauf muss Bildungspolitik mit Strategien reagieren, die gezielt zu einem Abbau dieser Kluft führen. Dies kann man nur erreichen – will man die Leistungsstarken nicht künstlich an ihrer Entwicklung hindern –, indem man zusätzlich gezielt die Leistungsschwächeren fördert. Diese Ambivalenz wurde zuletzt aus Anlass des vorgelegten Bildungsberichts 2008 erneut ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Und das ist – wann nimmt das die Bildungspolitik endlich ernsthaft zur Kenntnis? – beileibe kein schulinternes und schulimmanentes Problem.

Hierzu bedarf es vielmehr weiterführender Strategien, die z. B. gezielt auch die unterrichtsabwehrenden Facetten von Bildung mit einbeziehen. Dazu gehört die Schulsozialarbeit ebenso wie die Jugendberufshilfe, dazu gehört aber ganz elementar auch die Kinder- und Jugendarbeit. Und darüber hinaus könnte auch das bundesweite Programm zur Einführung und zum Ausbau von Ganztagschulen (IZBB) in diesem Zusammenhang ein Schritt in die richtige



Pressekonferenz zur Eröffnung des 13. DJHT



Verleihung des Schutzbengel-Awards auf dem 13. DJHT



Richtung sein, da das Projekt Ganztagsbildung nur gelingen kann, wenn genau diese „andere Seite der Bildung“ gezielt miteinbezogen wird, wenn also gerade jene Inhalte und Themen, jene Lernorte und Lernmodalitäten gestärkt werden, die ansonsten vergessen und übersehen werden, die aber für viele Kinder und Jugendliche ein elementares, ergänzendes oder alternatives, jedenfalls chronisch unterschätztes Feld sozialer Anerkennung und sozialer Integration sind. Für die Kinder- und Jugendhilfe als viel gefragter Partner in diesem Projekt Ganztagsbildung stellt sich daher die Herausforderung, vor allem diese flüchtigen, unterbelichteten Seiten der Bildung, also auch der sozialen Bildung, der praktischen Bildung und der Persönlichkeitsbildung, die sich durch Informalität, Alltagsnähe und Offenheit kennzeichnen lassen, verstärkt in die Prozesse des Aufwachsens jener Kinder und Jugendlichen einzu beziehen, die nicht ohne ihr Zutun und von Anfang an auf der Sonnenseite des Lebens stehen, die nicht beim ersten Versuch auf Anhieb alle Hürden überspringen und sämtliche Hindernisse auf dem Weg des Erwachsenwerdens beiseiteräumen. Und dies wäre zugleich eine elementar wichtige Bildungsaufgabe, wäre eine große Chance zur Verbesserung des Leistungspotenzials der „Ergänzungsspieler“ bei den gegenwärtig – erlauben Sie mir aus aktuellem Anlass diesen Vergleich – so beliebten internationalen PISA-Meisterschaften.



Szenische Lesung durch Jugendliche beim Eröffnungsrundgang

## 2. Das latente Unbehagen der Kinder- und Jugendhilfe in Sachen Bildung

Zweifelsohne ist das Thema Bildung in den letzten Jahren auch in der Kinder- und Jugendhilfe angekommen. Eine Vielzahl an Veröffentlichungen, Stellungnahmen und Tagungen sind Indiz für diese neue Selbstvergewisserung. Dass auch der 13. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag sich diesem Thema zuwendet, ist nur folgerichtig und konsequent. Intensiv und kontrovers diskutiert wird allerdings, welche Rolle zum einen die Bildung innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe und welche Rolle zum anderen die Kinder- und Jugendhilfe innerhalb der Bildungsdebatte aktuell spielt bzw. im günstigsten Fall spielen sollte. Und in beiden Richtungen macht sich erneut – oder immer noch – ein latentes Unbehagen bemerkbar, das einen Teil der Stimmungslage in der Kinder- und Jugendhilfe widerspiegelt. Auch hierzu drei Anmerkungen.

(1) In manchen Diskussionen wird das Thema „Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen“ fast völlig mit Bildung gleichgesetzt, fast so, als ob alles im Leben eines jungen Menschen auf Bildung, auf Zukunft, auf Verwertbarkeit, auf das Erwachsenendasein ausgerichtet wäre. Aber: Lässt sich Kindheit und Aufwachsen wirklich auf Bildung reduzieren? Entsteht dadurch nicht eine schwierige Gleichsetzung des Aufwachsens mit einer allumfassenden, entgrenzten Dauerqualifizierung, einer Hegemonialität von und einer Instrumentalisierung durch Bildung, die das Anrecht der Heranwachsenden auf zweckfreie Zeiten und Räume, auf Verwirklichung statt Verwertbarkeit zu kurz kommen lässt? Muss man sich nicht wenigstens darauf verständigen, dass es auch für Kinder und Jugendliche dispo nible Zeiten und Räume geben muss, in denen sie sich eigenständig entfalten, bestenfalls Prozesse der Selbstbildung entstehen können? Mit anderen Worten: Es ist notwendig, auch die kontraproduktiven Wirkungen einer allumfassenden Instrumentalisierung durch Bildung im Auge zu behalten, die Grenzen auszuloten, deren Überschreitung zum Gegenteil dessen beiträgt, was Bildung eigentlich bezwecken soll.

Oder mit einem Bild aus dem Sport formuliert: Wenn der bisherige schulisch ausgerichtete, engere Bildungsbegriff erweitert wird, dann entsteht ein gleicher Effekt wie beim Übergang von einem Einzelwettkampf zu einem modernen Fünfkampf. Durch das Nebeneinander unterschiedlicher Wettkampfdisziplinen gleichen sich zwar die Spezialbegabungen etwas aus – die Allrounder verbessern mithin ihre Möglichkeiten – und eine generalisierende Vielseitigkeit ist auf einmal gefragt. Allerdings ist dann ein Problem immer noch nicht gelöst. Denn auch bei diesem Mehrkampf kann man scheitern, auch diese neuen, erweiterten Bildungsziele kann man verfehlen.

(2) Die Aufforderung an die Kinder- und Jugendhilfe, sich verstärkt am Projekt Bildung zu beteiligen, wurde von Anfang an aufseiten der Kinder- und Jugendhilfe mit einer gehörigen Portion institutioneller Skepsis begleitet. „Kooperation auf Augenhöhe“ wurde infolgedessen auch zu der vielleicht am meisten gebrauchten Redensart in den Debatten um den richtigen Weg und das richtige Ausmaß der Beteiligung an diesem politischen Großprojekt. Zu stark waren und sind offenbar die Befürchtungen, dass der Juniorpartner Kinder- und Jugendhilfe bei diesem Joint Venture-Projekt mit dem etablierten Bildungssystem, allen voran mit der Schule, seine Eigenständigkeit, seinen Eigensinn und seine Identität verliert. Dieses nicht ganz unberechtigte Unbehagen, zum unverzichtbaren, aber unbedeutenden Ersatzrad am Wagen der Bildung zu werden – das man immer dabei hat, aber hoffentlich nie benötigt –, durchzieht nach wie vor viele Auseinandersetzungen an den Schnittstellen zum Bildungssystem, an denen die Kinder- und Jugendhilfe beteiligt ist.



„Jugend nicht in die Tonne kloppen“ – Aktion anlässlich des 13. DJHT



Gespräch mit Staatssekretär Gerd Hoofe auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

Hinzu kommt, dass es offenkundig auch in den Reihen der Kinder- und Jugendhilfe im Zuge der Kooperation mit dem Bildungssystem Gewinner und Verlierer gibt. Die Jugendarbeit im Sport lässt sich beispielsweise ungleich selbstverständlicher auf die Mitwirkung am Projekt Ganztagschule ein, während etwa die kirchlichen Jugendgruppen die nicht von der Hand zu weisende Sorge haben, im Zuge dieser Zusammenarbeit mit ihren weltanschaulichen Anteilen noch weiter an den Rand des Geschehens gedrängt zu werden. Allerdings gilt auch hier, wie im richtigen Leben: Verharren und Aussitzen in der diffusen Hoffnung auf Wetterbesserung ist ein denkbar schlechter Ratgeber, hilft in dieser Situation am allerwenigsten. Gefragt ist stattdessen vielmehr eine konstruktive Auseinandersetzung mit dieser neuen Gemengelage.

(3) Schließlich stehen auch ungeklärte Fragen mit Blick auf die konzeptionelle Gesamtausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe im Raum. Verlieren kategoriale Grundbegriffe wie Hilfe, Sorge oder Unterstützung, wie Beratung, sozialer Bedarfsausgleich oder die Gestaltung einer gemeinsamen Alltäglichkeit gegenüber dem Allmachtsbegriff Bildung und dessen Omnipräsenz an Bedeutung? Ist auch in der Kinder- und Jugendhilfe alles nur noch Bildung, oder was?

Mit dieser Frage einher geht innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe nicht zuletzt die Befürchtung, dass mit dem Projekt Bildung – mal wieder – eine flächendeckende Umdeutung sozialer und politischer Herausforderungen in pädagogische Fragen einhergeht, dass dies, wenn man so will, zu einer unsachgemäßen Entpolitisierung der dahinterliegenden Themen von sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, von Armut, Ausgrenzung und Benachteiligung führt. Beides wäre unterdessen fatal: dass politische Fragen in pädagogische umgedeutet werden, aber auch umgekehrt, dass pädagogische Aufgaben unnötigerweise politisiert werden. Hinsichtlich der Austarierung dieses Spannungsverhältnisses besteht immer noch erheblicher Klärungsbedarf.

Diese nur ganz ausschnitthaft angedeuteten Formen des Unbehagens an einer ganzen Reihe von ungeklärten Sachfragen erklärt die bisweilen fast aufreizend wirkende Zurückhaltung in puncto Bildung aufseiten der Kinder- und Jugendhilfe, die außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe immer wieder verblüfft und einigermaßen verständnislos wahrgenommen wird. Ich plädiere in diesem Punkt jedoch deutlich für einen offensiven, einmischenden Dialog.

### 3. Die offenen Baustellen des Zukunftsprojektes Bildung

Mit einem Blick auf die konkreten, praktischen Entwicklungen in puncto Bildung zeigen sich einige derzeit ungeklärte Sachverhalte. Auch hierzu will ich abschließend drei Punkte herausgreifen.

(1) Noch befinden sich die Kindertageseinrichtungen in einem zukunftsffenen Umgestaltungsprozess. Geklärt zu sein scheint, dass ganz generell ihre Bedeutung im Kleinkindalter steigt, dass dabei dem Thema Sprache besondere Beachtung geschenkt werden muss, dass allerorten erstellte Bildungspläne zu einer gezielten Stärkung der Bildungs- und Erziehungsarbeit in Kindertageseinrichtungen beitragen und dass vor allem das Angebot für die unter Dreijährigen ausgebaut werden soll. Ungeklärt sind aber nach wie vor eine ganze Reihe von wichtigen Fragen, etwa wie der Aspekt der Bildung neben der Betreuung und der Erziehung nachhaltig verstärkt werden kann, wie und auf welchem Niveau das künftige Personal ausgebildet werden soll, wie nahe und mit welchem Grad an Eigenständigkeit die Kindertageseinrichtungen an die Schule und das Bildungswesen herangerückt werden, wie mit dem



Impressionen vom Markt der Kinder- und Jugendhilfe

massiv bedrängenden Thema der Kinder mit Migrationshintergrund umgegangen werden soll, ob und in welchem Maße der Aus- und Umbau durch Gutscheinsysteme, Gütesiegel und privat-gewerbliche Anbieter flankiert und die Kindertagesbetreuung dadurch zugleich marktkonformer gemacht werden soll, ob und in welchem Umfang weitere Finanzmittel für eine Qualitätsoffensive bereitgestellt werden müssen. Entscheidend wird unter dem Strich sein, ob es gelingt, nicht nur ein Mehr an Plätzen, Öffnungszeiten und Flexibilisierung, sondern auch ein Mehr an Bildung und Qualität in die Tageseinrichtungen für Kinder zu bringen, ohne dass dabei deren Identität und Eigensinn als alltags- und familiennahe Lernwelt und somit die Differenz zur Lernwelt Schule verloren geht.

(2) Ganztagschulen sind ganz unübersehbar ein Schlüsselthema der künftigen Gestaltung der Schule in Deutschland. Ungeklärt ist aber dabei immer noch die strategische Rolle der Kinder- und Jugendhilfe. Empirisch zeigt sich, dass sie mengenmäßig weitaus weniger beteiligt ist, als sich dies vermutlich viele Strategen wünschen. Vor allem die kommunalen Jugendämter sind als lokale Anbieter mit ihrer gesetzlich geregelten Generalverantwortung für Angebote für Kinder und Jugendliche dabei vorerst auf

breiter Ebene wenig, auf jeden Fall zu wenig erkennbar. Die Kooperationen zwischen Schule und Jugendhilfe begrenzen sich vielfach eher auf partikuläre bilaterale Kontakte mit Einzelakteuren und Einzleinrichtungen vor Ort, basieren jedoch weniger auf einer flächendeckenden, konzeptionell ausgerichteten Gesamtstrategie der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule im Geiste eines erweiterten Bildungsverständnisses und im Interesse der Kinder und Jugendlichen. Diesbezüglich könnten lokale Bildungslandschaften sich vielleicht zu einer strategischen Variante der verbesserten Organisation einer ganztägigen Bildung unter systematischer Beteiligung der Kinder- und Jugendhilfe entwickeln.

(3) Die Kinder- und Jugendarbeit tut sich innerhalb der Jugendhilfe immer noch am schwersten im Umgang mit dem Thema Bildung. So hat sie auf der einen Seite mit der ungelösten sozialen Herausforderung zu kämpfen, dass sie – unter dem Strich – ebenfalls, wie die Schule, ungewollt jene stärkt, die ohnehin schon oft zu den Gewinnern des Bildungssystems gehören. Oder anders formuliert: Auch der Kinder- und



Eröffnungssymposium Bildung

Jugendarbeit gelingt es bislang offenkundig nicht besonders gut, vor allem jene zu erreichen und zu fördern, die davon am meisten profitieren könnten: die benachteiligten Kinder und Jugendlichen mit erhöhtem Förderungsbedarf. Diesem Punkt muss in Zukunft verstärkt Aufmerksamkeit zuteilwerden.

Auf der anderen Seite scheint aber gerade die Jugendarbeit das „Bauernopfer“ zu werden, von dem man am ehesten glaubt, darauf verzichten zu können. Ein Abbau von 50 Prozent der Vollzeitstellen im Osten und von fast 40 Prozent im Westen innerhalb von acht Jahren seit 1998 spricht jedenfalls eine deutliche Sprache. Wenn es nicht ganz rasch gelingt, eine offensive Debatte zur Zukunftsfähigkeit der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch zu ihren Wirkungen und Effekten zu führen, könnte für sie das Licht am Ende des Tunnels angesichts ihrer schwachen rechtlichen Verankerung immer schwächer werden. Und das wäre – in Anbetracht der vielen ungelösten sozialen Probleme und der spezifischen Probleme des Jugendalters – auch für die Kinder und Jugendlichen fatal.

Ich komme zum Schluss. Was bleibt unter dem Strich? Das Thema Bildung und Gerechtigkeit konturiert sich nicht so einfach und so eindeutig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Im Namen der Bildung können nämlich nur dann die erhofften Erfolge verbucht werden, wenn Bildung dazu beiträgt, vorhandene, herkunftsbedingte Nachteile tatsächlich auszugleichen, wenn sie also auch für jene Kinder Perspektiven bereithält und eine zweite oder dritte Chance eröffnet, die von zu Hause aus nicht mit einem üppigen sozialen und kulturellen Erbe ausgestattet worden sind, sprich: Wenn Kinder im Laufe des Aufwachsens durch die Möglichkeiten der Bildung ihre individuellen Fähigkeiten unabhängig von ihrer sozialen Herkunft entwickeln können. Und dazu bedarf es neben der Schule auch der anderen Orte und Akteure der Bildung sowie des Aufwachsens von Kindern, und dazu bedarf es zugleich eines guten Mix aus Bildung, Betreuung und Erziehung auf der einen sowie Teilhabe, Freiräumen und Ermöglichungspotenzialen auf der anderen Seite.

Empirisch scheint das Projekt Bildung diese Aufgabe allerdings noch nicht wirklich erfüllt zu haben. So lange muss die Kinder- und Jugendhilfe auf die ergänzenden Aspekte der Thematik immer wieder hinweisen. So lange müssen Nachfragen, Nachdenklichkeiten und Vorbehalte in Sachen Bildung erlaubt sein. Sie dienen letztlich der Schärfung des Konzeptes – und damit der Sache selbst. Und deshalb ist es gut, dass sich der 13. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag diesem Thema und dieser Herausforderung stellt.



Impressionen vom Markt der Kinder- und Jugendhilfe

## Symposium „Gerechtigkeit durch Bildung“

Auszüge aus der Podiumsdiskussion

### Bildung des Subjekts – Subjekt der Bildung?



**Ute Theisen, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendringes:**

„Ich glaube, dass Gerechtigkeit durch Bildung und Bildung durch Gerechtigkeit nur dann möglich sind, wenn wir wieder mehr dahin kommen, junge Menschen nicht so sehr als Objekte eines Bildungsprozesses zu betrachten, sondern verstärkt zurückkehren zu einer Subjektorientierung.“



**Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstitutes**

„Kinder werden nicht durch die Schule, sondern durch die vielfältigen Bildungsorte des Lebens zu selbstständigen und verantwortlichen Menschen. Dabei ist für mich Bildung ein zutiefst koproduktiver Prozess, bei dem wir insbesondere jene Kinder, die niemanden zu Hause haben, der sich um sie kümmert, der mit ihnen diskutiert, einbinden müssen. Dazu bedarf es geeigneter öffentlicher Orte und Gelegenheiten“

## Jugendhilfe und Schule

**Dr. Vera Reiß, Staatssekretärin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz**

„Bisher haben sie ja auch schon kooperiert miteinander – die Jugendhilfe und die Schule –, aber ich glaube, der Kooperationsprozess hat vielen viel abverlangt, an Toleranz, auch an Leidenschaft, an Kompromissen die gemacht worden sind.“

**Peter Renzel, Beigeordneter für Jugend, Bildung und Soziales der Stadt Essen**

„Die Kinder- und Jugendhilfe kann auf der Grundlage eines sicheren eigenen pädagogischen Fundaments und in der Bedeutung für die Gesellschaft einen wichtigen Stellenwert zu Recht für sich reklamieren. Gleichwohl muss sie sich aber auch den wichtigen Zukunftsfragen einer Wissensgesellschaft stellen. Deshalb muss sich die Jugendhilfe in diese Debatte um den Bildungsdiskurs auf der Grundlage eines eigenen mehrdimensionalen Bildungsverständnisses und dem Bewusstsein der Verschränkung von Bildung, Betreuung und Erziehung selbstbewusst einmischen und dabei ihre Beiträge für gelingende Bildungsprozesse definieren.“



**Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker, Fachhochschule Kiel**

„Kämpfen wir in unserer Profession noch für diese Professionalität, die unseren eigenen Erziehungs- und Bildungsauftrag ernst nehmen könnte? Bevor wir helfen, den Brand des Hauses Schule zu löschen, sollten wir uns fragen, ob es nicht längst in der eigenen Hütte einen Schwelbrand gibt, dessen Qualm gute Erziehung und Bildung langsam zu ersticken droht.“



## „ ‚Bildung im Lebenslauf‘ ist ohne die Kinder- und Jugendhilfe nicht möglich.“

Interview mit Vera Reiß



**Frau Staatssekretärin Reiß, Sie haben am Symposium „Gerechtigkeit durch Bildung“ des 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages teilgenommen. Was ist aus Ihrer Sicht der zentrale Gesichtspunkt in der Diskussion zum Thema Bildung?**

Ein zentraler Gesichtspunkt besteht in dem Beitrag, den Bildung zu einer gesellschaftlichen Teilhabegerechtigkeit zu leisten hat. Leider bestimmt in Deutschland die soziale Herkunft in viel zu hohem Maß über Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg. Dies zu ändern ist unsere zentrale Aufgabe. Daran müssen wir uns in den nächsten Jahren messen lassen.

Politik und Gesellschaft müssen sich dem Ziel verschreiben, dass jeder Mensch – unabhängig von seiner sozialen Herkunft und den damit

verbundenen finanziellen und kulturellen Ressourcen – die Möglichkeit der Bildung und Ausbildung entsprechend seiner Fähigkeiten und Bedürfnisse erhält.

**In der Diskussion um Bildung steht oft die Beziehung zwischen der Kinder- und Jugendhilfe und der Schule im Mittelpunkt. Was können diese beiden Systeme tun, um diese Beziehung möglichst produktiv für Kinder und Jugendliche und ihre Familien zu nutzen?**

Kinder- und Jugendhilfe sowie Schule haben ihr jeweils eigenständiges professionelles Bildungsverständnis. Es muss darum gehen, diese Ressourcen im Sinne einer sozial gerechten Bildungsbeteiligung sinnvoll einzusetzen und kooperativ zu vernetzen.

Dass „Bildung im Lebenslauf“ ohne die Kinder- und Jugendhilfe nicht möglich ist, zeigt die aktuelle politische Debatte um den Ausbau der „Frühen Bildung“. Bund, Länder und Kommunen haben in einer gemeinsamen Kraftanstrengung dafür gesorgt, dass wir in Deutschland ab 2013 einen Rechtsanspruch auf Förderung ab dem ersten Lebensjahr haben. Die Potenziale des Erwerbs sozialer Kompetenzen in der Schule, aber auch außerhalb von Schule durch die Familie, die „peer-group“ und die Träger der Kinder- und Jugendhilfe fordern uns dazu heraus, die politischen Rahmenbedingungen für ein erweitertes Bildungsverständnis zu entwickeln und nicht die Institutionen in den Mittelpunkt zu stellen.

**Der 13. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag hatte als Thema „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“. Was wären Ihrer Meinung nach die drei zentralen Forderungen, um gerechtes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen?**

1. Ein konsequenter Ausbau der „Frühen Förderung“ von Kindern im Sinne der Trias „Erziehung – Bildung – Betreuung“, um allen Eltern die ihrem Bedarf entsprechende kostenfreie Unterstützung zu ermöglichen.
2. Ein Schulsystem, das Durchlässigkeit nach oben ermöglicht. Kein Kind darf daran scheitern, dass Bildungswege sich schon in den ersten Schuljahren zu „Sackgassen“ entwickeln.
3. Ein neues Verständnis für lokale und regionale Kooperationen der unterschiedlichen Bildungs- und Jugendhilfeträger zusammen mit den Vereinen und Verbänden im kulturellen, sportlichen und gesellschaftspolitischen Bereich muss sich zu einer „Anregungskultur“ für Kinder und Jugendliche entwickeln, die dazu beiträgt, dass allen – unabhängig von der Herkunft – die beste Förderung ermöglicht werden kann.

**Die Kinder- und Jugendhilfetage richten sich vorrangig an die Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe. Was würden Sie diesen mit auf den Weg geben wollen?**

Kinder- und Jugendhilfe lebt zu einem ganz großen Teil von ehrenamtlichem Engagement. Das erste, was ich allen dort Engagierten mit auf den Weg geben will, ist ein großer Dank für dieses Engagement, denn ohne dieses wäre unsere Gesellschaft ärmer und unsozialer.

Ein Zweites ist der Wunsch, dass die Erkenntnisse aus vielen guten Kooperationsbeispielen von Schule und Kinder- und Jugendhilfe den Weg in die Köpfe der Fachleute auf beiden Seiten finden mögen, um noch bestehende Barrieren abzubauen und die vorhandenen fachlichen Energien der Entwicklung eines kohärenten Gesamtsystems der Förderung von Kindern und Jugendlichen zukommen zu lassen.

**Welchen Stellenwert haben für Sie Großveranstaltungen wie die Deutschen Kinder- und Jugendhilfetage und welche Wirkung hat aus Ihrer Sicht eine solche Veranstaltung?**

Die alle vier Jahre stattfindenden Kinder- und Jugendhilfetage sind in dieser Dimension ohne Vergleich und eine äußerst eindrucksvolle Leistungsschau der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Um dies mit einem persönlichen Eindruck zu ergänzen: Der qualitative und quantitative Umfang an Information und Diskussionsmöglichkeit ist im besten Sinne des Wortes „überwältigend“!

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die AGJ diese Veranstaltungsform in der gelungenen Mischung aus Fachdiskussion, Kommunikation und Leistungsschau erhalten könnte.

# Integration

**Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!**



**13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008**

## Gerechtigkeit durch Integration

Eröffnungsvortrag des Symposiums „Gerechtigkeit durch Integration“  
von Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning



### Vorbemerkung

Während der Begriff der Gerechtigkeit als „der angemessene Ausgleich von Interessen bzw. die angemessene Verteilung von Gütern oder Chancen zwischen beteiligten Personen, Gruppen oder innerhalb eines Gesellschaftsverbands“ (wikipedia 2008) nur mit der Unklarheit darüber belastet ist, was unter „angemessen“ zu verstehen ist, haben wir es bei der Integration mit einem äußerst mehrdeutigen Begriff zu tun. Nicht wenige Entscheidungsträger fordern in Deutschland von den Eingewanderten eine Anpassung in vielen oder sogar den meisten Lebensbereichen, andere verweisen auf die Freiheit von Kultur- und Religionsausübung in einer pluralistischen Gesellschaft. Kaum bestritten wird, dass Ge-

rechtigkeit für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in zentralen gesellschaftlichen Bereichen nicht gegeben ist. Dieses gilt für den gesamten Bereich der Bildung, in dem Migrationsschüler und -schülerinnen (auch) aus Gründen, die in ihrer ethnischen Herkunft liegen, benachteiligt sind, ebenso wie für den Übergang in Ausbildung und Beruf. Aber auch in der Kinder- und Jugendhilfe und zwar in allen präventiven und beratenden Angeboten ist die Teilnahme und Teilhabe dieser Zielgruppe nicht hinreichend gesichert. In für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und für ihre Zukunft wesentlichen Bereichen sind Migrationsangehörige relativ depriviert; Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden zu einem erheblichen Teil nicht angemessen bei der Verteilung von Gütern berücksichtigt.

## 1. Die Entwicklung zur multiethnischen Stadtgesellschaft

Die Städte Westdeutschlands sind multiethnisch. Die Stadtgesellschaft hat sich verändert und wird sich in den nächsten Jahrzehnten noch stärker verändern: Sie wird sich – wie es im Titel eines Buches über Demografie und Kultur formuliert ist – als „älter, bunter, weniger“ darstellen (Stiftung Niedersachsen 2006). Die demografischen Indikatoren – die Kinderzahl pro Frau, der Anteil der unter 35-Jährigen, der Anteil der Älteren und Alten – wirken sich auf die Bevölkerungsprognosen aus. Aus ihnen und aus Zu- und Abwanderungen, die auch von sozioökonomischen Merkmalen wie Armutsraten, Arbeitslosenquoten und Wirtschaftswachstum abhängig sind, wird die „demografische Lage“ einer Region bestimmt. Die Einwanderung von Menschen anderer nationaler und ethnischer Herkunft, beginnend mit der Anwerbung von Arbeitskräften seit 1955, gefolgt von der Aufnahme von Flüchtlingen und (vorläufig) beendet mit der Einreise von (Spät-)Aussiedlern und Aussiedlerinnen, seit 1990 überwiegend aus der GUS, hat darüber hinaus die Bevölkerung – im Westen und in den Städten weitaus stärker als im Osten und in den ländlichen Regionen – zu einer multiethnischen Gesellschaft werden lassen.

Die Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung durch die Einwanderung findet seit Kurzem das besondere Interesse der Öffentlichkeit. Vier Gründe sind dafür verantwortlich:

Erstens wächst im Bewusstsein der Öffentlichkeit die Erkenntnis, dass zwar seit vielen Jahren der Anteil der Ausländer und Ausländerinnen an der Wohnbevölkerung in Deutschland konstant ca. 10 Prozent ausmacht, dass aber die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund inzwischen doppelt so groß ist. Dieser Sachverhalt wurde erst durch den Mikrozensus 2005 deutlich, in dem erstmalig nicht das Merkmal mit **ausländischem Pass**, sondern das Merkmal mit Migrationshintergrund zugrunde gelegt wurde: Als Personen mit Migrationshintergrund sind neben Ausländern und Ausländerinnen auch diejenigen erfasst, die selbst auf Antrag eingebürgert wurden, sowie die Kinder, die nach der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes ab 1.1.2000 –



Kurze Ruhepause auf dem Markt  
der Kinder- und Jugendhilfe



Impressionen vom Markt  
der Kinder- und Jugendhilfe

vorläufig – die doppelte Staatsangehörigkeit erhalten oder die aus einer Ehe stammen, bei der einer der Eltern Deutsche oder Deutscher ist, kraft Geburt oder kraft Einbürgerung; nicht zuletzt zählt hierzu die große Gruppe der Aussiedler und Aussiedlerinnen mit Kindern und Kindeskindern. Deutlich höher sind die Anteile der Personen mit Migrationshintergrund in der Gruppe der jüngeren Bevölkerung: Bei den Geburten sind es schon ein Drittel der Kinder, die keinen nur deutschen Hintergrund haben, dieses bezogen auf Deutschland insgesamt. Wird zusätzlich berücksichtigt, dass die Migrationsangehörigen deutlich häufiger im Westen als im Osten Deutschlands wohnen und arbeiten und häufiger in den Großstädten als in den ländlichen Regionen leben, so verwundert es nicht, dass der Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund an den Jugendlichen in den Großstädten Westdeutschlands 40 bis 50 Prozent beträgt, die Zahl der Schulanfänger aus Migrationsfamilien in diesen Städten nähert sich der 50-Prozent-Grenze. Nach dem Mikrozensus 2005 haben in sechs Großstädten mehr als 60 Prozent der Neugeborenen einen Migrationshintergrund. In den Ruhrgebietsstädten dürften es zwischen 50 und 60 Prozent sein. In vierzig Jahren werden – wiederum ohne neue Einwanderung – mehr als die Hälfte der Stadtbevölkerung mittleren Alters ethnisch nicht nur Deutsche sein. Allein diese Zahlen berücksichtigend, ist die Vorstellung einer Integration der Eingewanderten und ihrer Kinder und Kindeskinde schwierig.



Rundgang mit  
Staatssekretär  
Gerd Hoofe

bestimmte Entwicklungen und durch eine relativ konsequente Orientierung an den Interessen der einheimischen Mehrheit bzw. eines Teiles dieser Mehrheit, aber nicht an den Interessen der Minderheit. Das lag daran, dass die Politik davon ausging, dass die Migrationsfamilien, die in Deutschland bleiben, sich zumindest in der zweiten oder dritten Generation integrieren würden, wobei unter Integration eine

**Zweitens** begann die Einwanderung vor nunmehr über 50 Jahren als Migration von Arbeitskräften und war von allen Beteiligten als vorübergehender Aufenthalt lediger Personen verstanden worden. Das Nachholen von Ehepartnern und Kindern in den siebziger Jahren verlief ungeplant. Auch für die folgenden Einwanderungsbewegungen, die der Flüchtlinge und die der Aussiedler und Aussiedlerinnen, wurden keine vorausschauenden Konzepte entwickelt. Die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland war vielmehr gekennzeichnet durch – in vielen Fällen halbherzige und widersprüchliche – Reaktionen auf ökonomisch

Anpassung an unveränderte deutsche Normen verstanden wurde. Demgegenüber muss heute konstatiert werden, dass sich ein erheblicher Teil von Zuwanderern nicht in dem obigen Sinne eingegliedert hat. Mindestens seit zehn Jahren, eigentlich schon früher, hätte erkannt werden müssen, dass die Einwanderer sich häufig nicht an die deutsche **Leitkultur** anpassten, sondern – teilweise – subkulturelle Lebensformen und Orientierungen ausbilden.

**Drittens** wurden von Beginn der Einwanderung an Fragen der Migrationsbevölkerung und des Zusammenlebens in der Öffentlichkeit an Krisensymptomen festgemacht. Fehlende Schul- und Berufserfolge von jungen Menschen mit Migrationshintergrund, psychische Störungen bei jungen Frauen, Gewalt von jungen Männern – von Letzteren auch abweichendes Verhalten und Kriminalität – Ehrenmorde und Zwangsheiraten, religiöse Radikalisierungen werden in der Diskussion als migrationspezifische Erscheinungen präsentiert und von der einheimischen deutschen Bevölkerung als solche wahrgenommen. Häufig werden solche unerwünschten, ja alarmierenden Vorkommnisse und Erscheinungen mit bestimmten Einwanderergruppen verbunden und zwar bevorzugt mit Jugendlichen muslimischer Religion und solchen aus Spätaussiedlerfamilien aus der GUS. Viele einheimische Deutsche – auch die im Bereich der Sozialarbeit und der Fachkräfte – haben die defizitäre Sicht der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft auf junge Menschen mit Migrationshintergrund übernommen.

**Viertens** werden Ressourcen, über die Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer familiären Erfahrungen und ihres Aufwachsens in Deutschland verfügen, bislang kaum thematisiert. Auffällig ist, dass bei der Diskussion um soziokulturelle Ressourcen, die zur Gestaltung der Gesellschaft im Zuge des europäischen Einigungsprozesses und zunehmender Globalisierung notwendig sind, die spezifischen Kompetenzen dieser Gruppen nicht einbezogen werden. Die kulturelle Bereicherung, welche die Einwanderung und weltweite Öffnung und Mobilität gebracht hat, findet kaum Erwähnung.



Gespräche am Rande des Marktes



Schon heute sind zwei Drittel aller Kinder unter 18 Jahren mit ausländischem Pass in Deutschland geboren. Hinsichtlich der Herkunft der Kinder ist auf erhebliche Verschiebungen in den letzten Jahren hinzuweisen. Zwar hat die überwiegende Zahl der Kinder noch immer die Nationalität der Staaten, mit denen bis 1973 Anwerbeverträge bestanden, aber die Zahl der Kinder mit anderer Nationalität oder Herkunft wächst stetig. Inzwischen gibt es weit mehr als 100 **mitgebrachte** beziehungsweise in den Familien gesprochene Sprachen. Kinder und Jugendliche werden in Deutschland in naher Zukunft zu einem erheblichen Teil in Migrationsfamilien aufwachsen. Wegen unterschiedlicher Geburtenraten steigen die Anteile in den nächsten Jahren auch ohne weitere Einwanderung beachtlich.

Die Lebensbedingungen und die Orientierungen eines erheblichen Teils der eingewanderten Familien unterscheiden sich auch heute noch – anders als zu Beginn der Einwanderung vor nunmehr 50 Jahren erwartet wurde – von denen der deutschen Familien. Für diese Entwicklung lassen sich Gründe benennen. Die zu Beginn der Migration entstandenen **ethnischen Communities** haben sich für einen geringeren Teil der eingewanderten Familien verfestigt und zu einer ethnisch oder migrationsbestimmten Subkultur geführt. Zu der Verfestigung haben drei Prozesse beigetragen:



Aktionen auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

In den industriellen Ballungszentren lebt **erstens** ein kleinerer Teil der Familien in den ethnischen Communities oder im ethnischen Milieu, ein größerer Teil im Einwanderungsmilieu, das sind Wohngebiete mit hohen Zuwandereranteilen, die in der Regel von sozialräumlichen Defiziten bestimmt sind. Die Nachteile des Aufwachsens von Kindern in sozial vernachlässigten Stadtbezirken, sei es im **sozialen Brennpunkt**, sei es im **ethnischen Milieu**, können nicht hoch genug veranschlagt werden. Die räumliche Konzentration von Armut wirkt sich im Stadtteil und hinsichtlich seiner Einrichtungen aus: auf die Kindertagesstätten, auf die Qualität der Schulen sowie der Kinder- und

Jugendzentren. Stets – auch bei informellen Treffen – sind die benachteiligten Gruppen unter sich. Sicherlich mobilisiert die multikulturelle Stadtgesellschaft auch Kräfte und ihre Bewohner und Bewohnerinnen bringen Stärken und Kompetenzen ein, aber sie bedarf zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten politischer Unterstützung, vor allem in der Bereitstellung von Ressourcen im Bildungsbereich.

Zu beachten ist **zweitens** die Zunahme ethnischer oder religiöser Vereine oder Gruppierungen, zum Beispiel von Elternvereinen, Moscheevereinen oder kirchlicher Gruppierungen.

Die Heiratsmuster eines Teils der Kinder der Zugewanderten führen **drittens** zu einer Verfestigung der Bindung an die Herkunftskultur beziehungsweise an die Migrationskultur. Die Erfahrung von Diskriminierung in vielen Lebensbereichen sowie die Wahrnehmung fehlender Gerechtigkeit schaffen und verstärken das Bemühen, Lösungen in der eigenen ethnischen Gemeinschaft zu suchen.

Durch die aufgezeigten Entwicklungen wurde die Ausbildung ethnisch subkultureller Lebensformen und Orientierungen eines Teils der Einwanderungspopulation begünstigt. Ausdruck dieser subkulturellen Formen sind die ethnischen Vereine. Zahlenmäßig größere Bedeutung haben zum heutigen Zeitpunkt die religiösen und die Kulturvereine sowie die Begegnungszentren, gleiche Wichtigkeit die sozialen und humanitären Vereine. Vermutlich wird die Zahl der ethnischen Gruppierungen in den nächsten Jahren wegen der Zunahme des Anteils von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund steigen, wegen der bedeutsamer werdenden kleinräumig angelegten ethnischen Wohnbezirke und wegen der steigenden Bedeutung einer eigenen Funktions- und Professionselite, zum Beispiel Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen, Ärzte und Ärztinnen, Steuerberater und Steuerberaterinnen sowie Geschäftsleute. Sie werden manchmal initiativ, um Privatschulen oder Vereine zur Verbesserung der Situation von Migrationsjugendlichen zu gründen.



Impressionen vom Markt der Kinder- und Jugendhilfe

## 2. Die Unterversorgung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

Die Migrationskinder und -familien werden von den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe nicht hinreichend erreicht. Trotz der rechtlichen Einbeziehung eines großen Teils der Kinder, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund in die Kinder- und Jugendhilfe und trotz der Tatsache, dass vielen Migrationsfamilien alle Angebote grundsätzlich offenstehen, wird durch die Inanspruchnahmestatistiken ihre Unterrepräsentation in allen Formen der Beratung und Hilfen seit Jahren belegt. Kinder und Jugendliche mit nicht deutscher ethnisch-kultureller Herkunft werden schlechter als deutsche Kinder und Jugendliche mit institutionellen Erziehungs- und Beratungsangeboten versorgt. Hier besteht eine Gerechtigkeitslücke.

Mit Vorsicht, da die Jugendhilfestatistik teilweise auf die Gruppe ohne deutschen Pass (Ausländer und Ausländerinnen), teilweise auf Kinder, Jugendliche und Familien mit Migrationshintergrund ausgerichtet ist, lässt sich auch heute noch eine Unterrepräsentation dieser Gruppe in der Jugendverbandsarbeit (nicht in der offenen Jugendarbeit, s. Stüwe 2004, S. 254) und hier insbesondere der Mädchen und

jungen Frauen belegen. Ebenso werden sie weniger als einheimische deutsche Jugendliche von Angeboten der Jugendsozialarbeit erreicht, wenn auch ihr Anteil sich in den letzten zehn Jahren erhöht hat. Gleiches gilt für die Hilfen zur Erziehung (Späth 2000, S. 46 f.) Eindeutig belegt ist auch die geringere Inanspruchnahme in vielen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe durch ausländische Familien, in der Erziehungsberatung, bei der Hilfe in familiären oder persönlichen Problemlagen, in der sozialpädagogischen Familienhilfe sowie in Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses (s. dazu Statistisches Bundesamt 2008).



Der Vorsitzende der AGJ, Norbert Struck, im Gespräch mit dem WDR

Auffällig ist ein hoher Ausländeranteil in spezifischen Jugendhilfeeinrichtungen wie der Jugendgerichtshilfe oder der Jugendberufshilfe sowie in den Jugendheimen und in Notunterkünften für Frauen und Mädchen wie auch in der Inobhutnahme. Offenbar werden Jugendliche und Familien mit Migrationshintergrund erst bei massiven Konflikten von den Hilfeangeboten erreicht. Von der Inobhutnahme sind Mädchen und junge Frauen mit ausländischem Pass, wahrscheinlich auch mit Migrationshintergrund, deutlich häufiger als junge Männer betroffen, wobei Erstere sich zu einem erheblichen Teil selbst melden.

Wegen der schwierigen Datenlage lässt sich nur vorsichtig formulieren, dass es im präventiven und beratenden Bereich nach wie vor eine Unterversorgung von Migrationsfamilien gibt, dass aber die Inanspruchnahme in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen ist. Differenzierte Daten nach nationalem oder ethnischem Hintergrund liegen nicht vor, es kann aber auf Grundlage einer Befragung von Mädchen mit Migrationshintergrund angenommen werden, dass – bei geringer Inanspruchnahme insgesamt und fehlendem Hilfesuchen selbst bei massiver Wahrnehmung von Bedrohung – junge Frauen aus Ausiedlerfamilien besondere Distanz zu Beratungseinrichtungen haben. Gründe für die Inanspruchnahmebarriere der Migrationsangehörigen gegenüber den Formen von Beratung und Hilfen werden in der fehlenden konzeptionellen Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe an den Interessen und der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (so Stüwe 2004, S. 257) sowie an der unzureichenden Form (Kommstruktur statt mobiler aufsuchender Arbeit) gesehen (Haubrich / Frank 2002, S. 135 ff.).

Vor allem in den Großstädten Westdeutschlands gibt es zwar spezifische ausländerpädagogische Angebote, aber die Jugendhilfeplanung bezieht diese Zielgruppe bisher nicht



Die Delegation aus Ghana am Stand der AGJ

systematisch ein. Es werden kaum Anstrengungen unternommen, die Zugangsbarrieren der Familien und der Kinder und der Jugendlichen mit Migrationshintergrund abzubauen, etwa indem die Einrichtungen interkulturell geöffnet werden. Für die fehlenden Fortschritte bei der interkulturellen Öffnung der Kinder- und Jugendhilfe wird die finanzielle Situation der Kommunen angeführt. In Zeiten, in denen man um den Erhalt des Status quo kämpfen muss, sei es nicht möglich, neue Aufgabengebiete zu bearbeiten, auch wenn dies fachlich dringend geboten sei.

Neben den Diensten, die sich an die Gesamtbevölkerung richten – an einheimische Deutsche wie an Migrationsfamilien – gibt es für die Einwanderergruppen spezifische Migrationsdienste. Ein Blick auf die Ergebnisse einer Untersuchung bei jungen Frauen mit Migrationshintergrund belegt, dass auch diese Zielgruppen nicht hinreichend erreichen. Die Versorgungsdefizite und die fehlenden Inanspruchnahmebarrieren müssen vor dem Hintergrund eines großen Versorgungsbedarfs gesehen werden.



Station beim Eröffnungsrundgang: Der Stand des BMFSFJ

alarbeiterischer Praxis jenseits des Paternalismus (Scherr 2007) zu immer spezielleren Aspekten wie z. B. „Interkulturelle Aspekte bei der Durchführung des Hilfeplanverfahrens“ (Kappel/Strauss/Weiter-schan 2004) erstellt.

### 3. Wo stehen wir heute: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und die Jugendhilfe

Vieles hat sich in der letzten Zeit in der Jugendhilfe zugunsten der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verändert. Es wurde und wird thematisiert, dass es besonderer Anstrengungen und Veränderungen in der Jugendhilfe bedarf, um diese Gruppe einzubeziehen. Konzepte der interkulturellen Öffnung von Jugendhilfe und deren Einrichtungen werden gefordert und teils als eingeführt beschrieben. Die Literatur zu diesem Thema und zur interkulturellen Kompetenz, über die Sozialarbeiter verfügen und für die sie aus- und weitergebildet werden sollen, nimmt sichtbar zu. Es werden immer deutlicher Forderungen nach sozi-

In Kürze gibt es kaum noch eine Stadt oder eine städtische Region ohne die Erarbeitung eines interkulturellen Leitbildes, ohne Integrationsgespräche bzw. -konferenzen, in die die Jugendhilfe eingebunden ist. Thematisiert wird dann auch (fast) immer eine Vernetzung unter Einbeziehung der Migrantenorganisationen, auch der Moscheevereine. Migrationsangehörige werden gebeten, ja aufgefordert, an jedweder Aktivität teilzunehmen, soweit sie sich an die eigene Zielgruppe wendet. Kurse und Weiterbildungsmaterialien für die Erlangung von interkulturellen Kompetenzen des einheimischen deutschen Personals oder zum interkulturellen Konfliktmanagement werden in großer Zahl angeboten. Allorts steigt die Nachfrage nach Migrationsangehörigen als interkulturelle Vermittlerinnen und Vermittler und es gibt erste Versuche, parallel zum Gender Mainstreaming einen „Cultural“ Mainstreaming als Prüfkriterium für Programme und Aktivitäten einzuführen.

Alles, was mit Migration oder Interkulturalität zusammenhängt, hat zurzeit Konjunktur. Dennoch reichen alle die gut gemeinten Ansätze nicht aus. Die Fehler und Fehlentwicklungen nahezu seit Beginn der Einwanderung, die alten Irrtümer, lassen sich nicht durch neue Fehler eliminieren. Nicht wenige der vorgelegten Konzepte, Aktivitäten und Projekte zeichnen ein Bild, in der die Eingewanderten und ihre Nachkömmlinge, die „anderen“ als pädagogisch, der Hilfe zur Integration bedürftigen Menschen dargestellt und als Sondergruppe der einheimischen deutschen Bevölkerung gegenübergestellt werden. Ihre Lebensform wird manchmal mit Begriffen umschrieben, die schon vor dreißig und mehr Jahren nicht richtig waren. Viele Texte, Konzepte, Stadtteilkonferenzen vermögen sich auch heute noch nicht von alten Stereotypisierungen der Migrationsbevölkerung zu lösen oder fügen sogar neue Stereotypen hinzu.

Bedeutsamer als das Festhalten an alten und als die Orientierung an neuen Irrtümern ist aber, dass es im Denken der in der Sozialarbeit (und anderen Tätigkeitsfeldern) Tätigen – meistens einheimischen Personen – nicht hinreichend verankert ist, dass es erstens um die Arbeiten, ja um ein Ringen um die gemeinsame



Besucherinnen und Besucher auf dem Weg zum DJHT

multiethnische Stadtgesellschaft und nicht um die Integration der Migrationsfamilien geht. Viel zu selten wird zweitens der defizitäre Blick auf die Kinder, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund überwunden. In nicht wenigen Stadt- oder Stadtteilkonferenzen, die der Integration gewidmet sind, stehen fehlende deutsche Sprachkenntnisse, fehlende Integrationsbereitschaft der Migrationsbevölkerung im Mittelpunkt der Gespräche. Fehlende Bildung, Schwierigkeiten im Übergang in die berufliche Ausbildung, abweichendes Verhalten, Arbeitslosigkeit und Armut, Rückzug in die eigene Ethnie u. a. werden benannt. Ressourcen und Kompetenzen werden meist als Zweisprachigkeit und

interkulturelle Kompetenz formelhaft einbezogen, wenn gefordert wird, nicht von einem Defizit-, sondern von einem ressourcenorientierten Ansatz auszugehen, aber die Ressourcen werden nicht anschaulich beschrieben und damit nicht kommunizierbar gemacht.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden von der Kinder- und Jugendhilfe nicht in der Vielfalt und Differenziertheit wahrgenommen, die sie heute aufweisen, und zu wenig Pädagogen und Pädagoginnen hinterziehen sich der Mühe, sich auf eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ernsthaft einzulassen, indem sie sich über deren Lebenssituation hier in Deutschland, über ihre Sozialisation in einer Migrationsfamilie und über ihre Fähigkeiten und Orientierungen informieren und das große Spektrum berücksichtigen, das selbst innerhalb einer ethnischen Gruppe vorhanden ist. Noch gravierender wirkt sich aus, dass für Mängel wie größere Anteile von Bildungsversagern, von Jugendlichen, die nicht in Ausbildung einmünden, von Familien, die Hilfen (z. B. in der gesundheitlichen Vorsorge für die Kinder, bei Erziehungsproblemen) nicht in Anspruch nehmen, die Lebensbedingungen, das familiäre Umfeld und die Einstellungen der Migranten verantwortlich



Aktionen auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

gemacht werden. Erst mit einem zweiten Blick, der längst nicht immer erfolgt, wird das Versagen der Institutionen, z. B. die Selektivität des Schulsystems, die Diskriminierung beim Übergang in die berufliche Ausbildung, die für Migrationsfamilien unzureichenden oder falschen Ansätze der Kinder- und Jugendhilfe und Unzulänglichkeiten der in ihr tätigen Personen, registriert.

Wird ein Perspektivenwechsel angestrebt, dann kann es nicht heißen: Die Eltern kommen nicht zu der Einrichtung, dem Elterngespräch u. a., sondern: Die Einrichtung schafft es nicht, die Eltern anzusprechen; die Kinder mit Migrationshintergrund haben nicht schlechte Schulerfolge, weil sie das oder jenes nicht beherrschen, sondern die deutsche Schule schafft es nicht, Unterschiede nach Migrationshintergrund zu kompensieren und deswegen scheitern Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund häufiger als einheimisch deutsche an der Schule. Jugendliche mit Migrationshintergrund münden nicht deswegen seltener in eine Ausbildung ein, weil sie schlechtere Schulabschlüsse und unzureichende deutsche Sprachkompetenzen haben, sondern sie haben auch dann Nachteile, wenn sie über gleiche Kompetenzen und gleiche Abschlüsse wie einheimisch deutsche Jugendliche verfügen. Das Ausbildungssystem wirkt – aus beschreibbaren Gründen – diskriminierend. Kinder und Jugendliche sind nicht deswegen im präventiven oder beratenden Teil der Kinder- und Jugendhilfe unterrepräsentiert, weil sie nicht über die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten für die Inanspruchnahme verfügen, sondern vielmehr, weil die nicht auf diese Zielgruppe ausgerichtete Organisation, die fehlenden Methoden und Beratungssettings den Zugang verhindern.

Eine interkulturelle Öffnung der Einrichtung wird zudem nicht selten vorschnell mit Angeboten für junge Menschen mit Migrationshintergrund gleichgesetzt, insbesondere dann, wenn für die Klientel mit Migrationshintergrund eine derselben Ethnie angehörende pädagogische Kraft eingestellt wird. Die Arbeit der Fachkraft wird häufig auf die Migrationsgruppe beschränkt, als ob sie nicht für fähig erachtet wird, professionell mit einheimisch deutschen Kindern, Jugendlichen oder Familien zu arbeiten. Relativ selten wird zudem das paternalistische Denken und Handeln überwunden. Zwar wird in jüngster Zeit verstärkt darauf verwiesen, dass einheimisch Deutsche nicht für Migrationsangehörige sprechen und entscheiden dürften, aber vieles deutet auf die alten paternalistischen Muster hin: Die Migranten und Migrantinnen und die Migrantenorganisationen werden zu Sitzungen eingeladen, sie bekommen Räume zur Verfügung gestellt, sie werden unterstützt. Längst nicht immer handelt es sich um eine Kommunikation oder Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Das Thema der Diskriminierung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Bildungseinrichtungen, beim Übergang in eine berufliche Ausbildung und eventuell auch in der Jugendarbeit sowie der alltägliche Rassismus, der in vielen Lebenssituationen vorkommt oder wahrgenommen wird, wird tabuisiert. Eine Untersuchung zu Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe (Melter 2006) ermittelt, dass die interviewten Jugendlichen mit Migrationshintergrund von Ergebnissen berichten, nach denen sie als „anders“, „fremd“ und „nicht dazugehörig“ definiert werden. Einige haben rassistische körperliche Angriffe, nahezu alle Beleidigungen erlebt. Manche erfahren institutionellen Rassismus im Umgang mit Behörden und der Polizei: Mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der ambulanten Jugendhilfe sprechen sie darüber nicht (so Melter 2006, S. 297). Die von den Fachkräften vorgenommene Trennung zwischen „Deutschen“ und „Ausländern und Ausländerinnen“ sowie „zwischen integrationswilligen und kooperativen, sich an die Regeln in Deutschland haltenden und die deutsche Sprache lernenden „guten Ausländerinnen und Ausländer“ auf der einen Seite sowie kriminellen, nicht integrationswilligen, sich separierenden, nicht Deutsch lernenden „bösen Ausländerinnen und Ausländer“ auf der anderen Seite (ebd.) verhindert die Kommunikation über rassistische Erfahrungen auch dann, wenn die Jugendlichen in die Kategorie „gute Ausländer und Ausländerinnen“ eingeordnet werden. Sie wehren solche Themen ab. Melter (2006, S. 311) bezeichnet die Abwehrhaltung der Pädagogen und Pädagoginnen, sich mit dem Thema Rassismus auseinanderzusetzen, die Bagatellisierung und Infragestellung berichteter Rassismuserfahrungen sowie ihre Interpretation einer unangemessenen Instrumentalisierung von Rassismuserfahrungen als sekundären Rassismus.

Die Untersuchungsbasis von Melter ist schmal: Es werden sieben Paaranalysen von Jugendlichen und ihrem Pädagogen oder ihrer Pädagogin ausgewertet. Die Ergebnisse führen zu der Hypothese, dass die in der Gesellschaft vorhandenen negativen Bilder und die Stereotypisierung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sich auch im Denken von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen eingestriet haben. Melter weist jedoch nach, dass und inwieweit solche Bilder sozialarbeiterische Arbeit in der Jugendhilfe verunmöglichen.



Blick in die Galeria

Die Ergebnisse führen zu der Hypothese, dass die in der Gesellschaft vorhandenen negativen Bilder und die Stereotypisierung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sich auch im Denken von Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen eingestriet haben. Melter weist jedoch nach, dass und inwieweit solche Bilder sozialarbeiterische Arbeit in der Jugendhilfe verunmöglichen.

#### 4. Migrantenorganisationen im Feld der Sozialarbeit

Gerechtigkeit wird den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht zuteil. Weder partizipieren sie gleichberechtigt, d. h. mit gleichen Chancen an der Bildung und Ausbildung sowie an den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, noch haben sich die Institutionen in dem Verständnis interkulturell geöffnet, dass die Migrationsangehörigen als Personen oder vertreten durch ihre Organisationen als gleichberechtigte Partner und Partnerinnen partizipieren könnten. In neuerer Zeit beginnen sich die Konstellationen zu verändern. Es deutet sich – so im Bereich des Sports früher und konsequenter schon heute belegbar – eine Entwicklung an, die sich in Kürze auf alle Bereiche der Jugendarbeit ausweiten wird: die Gründung von ethnischen Vereinen, die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe übernehmen (wollen). Oftmals machen die Vereinsnamen den ethnischen Kontext nach außen sichtbar.

In den letzten Jahren ist eine Zunahme solcher ethnischer oder religiöser Vereine zu registrieren, z. B. von Elternvereinen, Moscheevereinen oder kirchlichen Gruppierungen. Im Zentrum der öffentlichen Thematisierung stehen die muslimischen Gruppen wie zurzeit die muslimische Jugend und die muslimischen „Internate“ oder die türkischen Vereine (Fußball- und Kampfsportvereine). Die eigenethnischen Gruppierungen und Einrichtungen anderer Zuwanderungsgruppen (griechische Gemeinde, Kirchen der Mennoniten) finden kaum öffentliches Interesse. Ein wichtiger Schritt im Hinblick auf die Verfestigung der ethnischen Communities verlief unbeobachtet oder zumindest undiskutiert. Ihre politische Kraft wurde durch die schon beschriebene Ausbildung einer eigenen Funktions- und Professionselite gestärkt. Es



Stand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

gibt Initiativen von Migrationsvereinen oder -organisationen, um die oben aufgeführten Lücken zu füllen und eigene Beratungsangebote aufzubauen, wie z. B. im Begegnungs- und Bildungszentrum für muslimische Frauen in Köln, um nur eins von vielen Beispielen zu nennen; es kommt zudem zu ersten Aktivitäten, Jugendverbände oder Wohlfahrtsverbände zu gründen. Es sind die an die Moscheevereine angebotenen muslimischen Einrichtungen, die im Mittelpunkt des Interesses von Politik und Verwaltung stehen, aber auch nicht religiöse Organisationen und Personen (die Bildungs- und Funktionsebenen) fordern, um das Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen ihrer ethnischen Gruppe besorgt, gleichberechtigte Mitsprache. Sie arbeiten in Vereinen mit, die Träger von Privatschulen werden wollen, und sind auch im Jugendfreizeit- und Jugendhilfebereich tätig. Sie wollen ihr Engagement verstärken und wünschen dafür staatliche Unterstützung, auch finanzieller Art.

Diese Aktivitäten haben m. E. ihren Grund in der fehlenden Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund. Migranten und Migrantinnen gründen ethnische Vereine und werden solche in einer Vielzahl von gesellschaftlichen Bereichen gründen, wenn sie sich in den deutschen Vereinen nicht aufgenommen und mit ihrem kulturellen (Migrations-)Hintergrund nicht berücksichtigt sehen. Die deutschen

Einrichtungen haben aus den Veränderungen der Gesellschaft und aus der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund Mitglieder von Vereinen wurden oder werden sollten, nicht die Konsequenz gezogen, sich interkulturell zu öffnen. Es fehlt die Auseinandersetzung mit Wertvorstellungen der Zugewanderten, ohne diese auf der Grundlage der deutschen Dominanzkultur zu bewerten. Und es fehlt die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und von Migrationsverbänden auf allen Ebenen der Verbandsarbeit.



Aktionen auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

Das Hilfesystem in Deutschland war und ist traditionell durch eine enge Verflechtung zwischen freien und öffentlichen Trägern geprägt. Die quasi-verfassungsmäßigen Prinzipien der Pluralität (weltanschauliche Vielfältigkeit der freien Träger samt ihrer Arbeitskonzepte und Methoden) und der Subsidiarität (nach Einführung des KJHG durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit ergänzt) bestimmten die Verflechtung und die Zusammenarbeit. Kaum thematisiert wird, dass die Vorstellung von Pluralität sich nicht auf die Migranten- und Migrantinnenorganisationen und damit nicht auf die Menschen mit Migrationshintergrund erstreckt. Der Bund, die Länder und die Kommunen treten bisher nicht oder nur ansatzweise in eine Diskussion um die Berücksichtigung der Partizipationsinteressen dieser Gruppen ein. Die Zeit, in denen ein paternalistischer Umgang möglich war, geht zu Ende, auch wegen des steigenden Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund mit politischen Rechten. In der Zukunft werden Politik und Verwaltung die Aufnahme der Migrantenorganisationen in die Gruppe der anerkannten Träger der freien Wohlfahrtspflege – und zwar auf allen Ebenen – sowie deren Berücksichtigung bei der Verteilung der Ressourcen gemäß dem Anteil der Zugewanderten im Stadtteil, in der Stadt oder in der Region nicht verwehren können.

Die Einbeziehung des Bevölkerungsteils mit Migrationshintergrund hätte anders gelöst werden können, etwa durch eine frühzeitige interkulturelle Öffnung oder durch eine sozialraumbezogene Zusammenarbeit aller Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe sowie durch passgenaue, kooperative Angebote für die einzelnen Zielgruppen, um optimale Bedingungen des Aufwachsens aller Kinder und Jugendlichen vor Ort zu schaffen. Dieses ist nicht geschehen und nunmehr stehen die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe – wie alle deutschen Organisationen und Einrichtungen – vor dem Problem, dass Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Selbstorganisationen Forderungen stellen. Es geht nicht mehr allein um die Frage von Multikulturalität oder von der interkulturellen Öffnung der deutschen Einrichtungen, vielmehr geht es um die Forderung, ebenso wie deutsche Träger auch eigene Einrichtungen führen zu können und in gleicher Weise wie deutsche Einrichtungen unterstützt zu werden. Es geht um eine Teilhabe an den Ressourcen, die der Staat für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellt und zwar in zweifacher Hinsicht:

- Junge Menschen mit Migrationshintergrund, nicht selten erfolgreicher und oft gleich bildungserfolgreich wie einheimische Deutsche mit deutscher Staatsangehörigkeit, in Deutschland geboren, fordern, dass sie gleiche Chancen haben. Sie wollen nicht als Lehrer und Lehrerinnen, als Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen eingestellt werden, weil sie mit den schwierigen Migrationschülern und -schülerinnen besser umgehen können oder über Kontakte mit den Eltern das Schulumfeld befriedigen können, sondern weil sie die multikulturelle Schule, das multikulturelle Jugendamt repräsentieren und weil einheimisch deutsche Kolleginnen und Kollegen von ihnen lernen können.

- Migrationsangehörige fordern politische und gesellschaftliche Partizipation (auf Augenhöhe) und gleiche Rechte für ihre Vereine und Verbände. Sie haben die Personen, die zu einer Verbesserung in den Kommunen beitragen können und wollen.

Das Prinzip der Gerechtigkeit verlangt, beide Forderungen so bald wie möglich zu erfüllen, wenn es auch den (einheimisch) Deutschen im Einzelfall Positionen und die deutschen Verbände Ressourcen kostet.

## 5. Schlussbemerkung

Die Forderung der gleichberechtigten Einbeziehung der Migrationsangehörigen und noch mehr die nach gleichberechtigtem Status ihrer Organisationen wird auf Widerstände stoßen. Mancher Moscheebau, viele Jugendeinrichtungen und Kinderbetreuungen eines islamischen Vereins werden mit Misstrauen oder sogar von Ablehnung begleitet. Aber nur wenn die Migrationsangehörigen und ihre Verbände, Organisationen und Vereine (selbstverständlich bei gleichen Pflichten und auf derselben Rechtsgrundlage) die gleichen Rechte und die gleichen Partizipationschancen haben wie einheimisch Deutsche und ihre Verbände, ist Gerechtigkeit möglich. Multikulturelle Projekte und eine missverstandene oder zaghafte interkulturelle Öffnung sind heute zu wenig. Alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Bildung und der Bürger selbst müssen sich der Situation stellen, dass ihre Stadtgesellschaft multiethnisch geworden ist und dass sich daraus Anforderungen für eine Reform ergeben. Diese Reformen gilt es gemeinsam voranzutreiben.

## Literatur

Haubrich, Karin/Kerstin, Frank: Schwer erreichbar? Mobile Jugendsozialarbeit für junge Migrantinnen und Migranten. In: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hg.): Migrantenkinder in der Jugendhilfe. München 2002, S. 135-179.

Kappel, Monika/Straus, Florian/Weiterschan, Walter: Interkulturelle Aspekte bei der Durchführung des Hilfeplanverfahrens. Expertise im Rahmen des Modellprogramms zur Fortentwicklung des Hilfeplanverfahrens. München 2004.

Melter, Claus: Rassismuserfahrungen in der Jugendhilfe. Eine empirische Studie zu Kommunikationspraxen in der Sozialen Arbeit. Münster 2006.

Scherr, Albert: Welche Hilfen benötigen Migranten? Perspektiven sozialarbeiterischer Praxis jenseits des Paternalismus. In: nah & fern. Das Kulturmagazin für Migration und Partizipation, 37/2007. Schwerpunktthema: Engagement ohne Bevormundung, S. 9-12.

Späth, Karl: Inanspruchnahme von Erziehungshilfen durch Ausländer. In: Sozialmagazin, Heft 6/2000, S. 46-50.

Statistisches Bundesamt: Kinder- und Jugendhilfestatistiken 2006. Institutionelle Beratung. Online abrufbar unter: <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?CSPCHD=000000010003IHLDbIYcal2542155995&cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020922>; Betreuung einzelner junger Menschen. Online abrufbar unter: <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020829>; Sozialpädagogische Familienhilfe. Online abrufbar unter: <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020853>; Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses (Tagesgruppe). Online abrufbar unter: <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1021064>; Vorläufige Schutzmaßnahmen. Online abrufbar unter: <https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1020627>. Alle abgerufen am: 03.09.2008.

Stiftung Niedersachsen: älter, bunter, weniger. Die demografische Herausforderung an die Kultur. Bielefeld 2006.

Stüwe, Gerd: Migranten in der Jugendhilfe. In: Treichler, Andreas/Cyrus, Norbert (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt am Main 2004, S. 253-268.

Wikipedia Deutschland: Stichwort: Gerechtigkeit. Online abrufbar unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Gerechtigkeit>. Zuletzt geändert am 29.08.2008. Abgerufen am: 03.09.2008.

## Symposium „Gerechtigkeit durch Integration“

Auszüge aus der Podiumsdiskussion



von links: Tatjana Lima Curvello, Karl Janssen, Franz Hamburger (Moderation), Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning, Nihat Sorgec

### Integration – aber wie?

**Karl Janssen, Dezernent für Familie, Bildung, Kultur der Stadt Duisburg**

„Wir brauchen auch die Einstellung, dass eine mangelnde Integration nicht das alleinige Problem von Migranten ist, sondern eine mangelnde Integration ist auch für den anderen Teil der Bevölkerung ein großes Problem angesichts der demografischen Zahlen.“



**Nihat Sorgec, Vizepräsident der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer**

„Deutschland versucht vieles zu machen zurzeit, aber eins noch nicht: nämlich die Herzen dieser Menschen zu gewinnen, die Seele dieser Menschen anzusprechen, dass sie sich endlich hier heimisch fühlen.“

### Bildung und Integration



**Tatjana Lima Curvello, Geschäftsführerin des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften**

„Man kann sagen, dass wir hier in Europa vor einer einmaligen Aufgabe stehen: dass die Integration von Einwanderern nicht über den Arbeitsmarkt gelingt. Und dies klappt aus folgendem Grund nicht: weil ein großer Teil der Migranten aus bildungsfernen Schichten kommt, niedrige Qualifikationen hat und der Arbeitsmarkt für diese Schichten zu ist. Und jetzt versucht man über die Sozialisationsinstanzen, also Bildungssysteme, Erziehung, Soziale Dienste, die sollen das leisten, was die Integrationsmaschine Arbeitsmarkt nicht in der Lage ist zu leisten. Ich gehe davon aus, dass diese Instanzen damit überfordert sind.“





**Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning,  
Universität Duisburg-Essen**

„Ein empirisches Ergebnis ist, dass die jungen Migranten der sogenannten dritten Generation schlechter abschneiden – schulisch – als ihre Eltern. Und ich sage immer, bei den Aussiedlern, die im Moment noch etwas besser wegkommen, wir brauchen nur eine Generation zu warten – unser Schulsystem schafft es, dass auch die nicht klarkommen.“

## Integration in der Kommune



**Karl Janssen**

„Duisburg wird 2030 über 70 Prozent Migranten haben. Und dann muss man doch deutlich sagen, dass Integration doch auf keinen Fall überhaupt noch ein kommunales freies Entscheidungsfeld sein kann und sein darf angesichts dieser Zahlen.“

Ich finde, wenn man die Aussage Gerechtigkeit durch Integration hört und auf sich wirken lässt, dann wirkt das auf mich wie eine Forderung, die richtig ist, natürlich führt Integration zu Gerechtigkeit, aber gleichzeitig finde ich diese Formulierung peinlich angesichts dieser Zahlen. Für mich steht nicht die Frage an, ob wir uns überhaupt für Integration entscheiden und manchmal hat man ja den Eindruck, als gäbe es da noch etwas zu entscheiden: Machen wir nun Integration oder machen wir keine? Da gibt es keine Entscheidung – Integration findet ja statt. Findet tagtäglich in der Kommune automatisch statt. Ich finde gerade diesen Automatismus von Integration ausgesprochen gefährlich.“

## „Die Jugendhilfe steht in dieser Situation immer für den Benachteiligungsausgleich ein.“

Interview mit Prof. Dr. Franz Hamburger, Universität Mainz

**Herr Prof. Hamburger, Sie haben am Symposium „Gerechtigkeit durch Integration“ des 13. DJHT teilgenommen. Was ist aus Ihrer Sicht der zentrale Gesichtspunkt der Diskussion zum Thema Integration?**

Der Gleichheitsgrundsatz ist der zentrale Schlüssel zum Verständnis von Integrationsfragen. Im Hinblick auf Migration gibt es zwar weitgehend die übereinstimmende Auffassung, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. In der Koalitionsvereinbarung von 1998 ist dies festgehalten, doch werden die Konsequenzen nur zögerlich gezogen. Und außerdem haben wir erhebliche Rückschritte zu beobachten, wenn die Regierung vorzugsweise vom „Integrations-“ und nicht vom Einwanderungsland spricht. Wer hauptsächlich von 'Integration' redet, macht sich nämlich die intuitive Assoziation zu-

nutzen, dass die einen integriert sind und die anderen es noch werden sollen durch eigene Anstrengung. Damit wird eine Ungleichheit in der Ausgangssituation geschaffen, die den Einheimischen einen nicht einholbaren Vorsprung verschafft. Man kann dann noch Generationen lang davon reden, dass 'die Ausländer' erst einmal Deutsch lernen sollen – wobei niemand weiß, ob sie das schon können oder nicht. Wie dem auch sei: Gleichheit ist die Prämisse einer demokratischen Integration und Teilhabe; Benachteiligungsausgleich ist der zweite daraus ableitbare Grundsatz. Denn Förderung ist unter Bedingungen tatsächlicher Ungleichheit notwendig, damit jede Person ihre Potenziale ungestört entfalten kann. Dies wiederum ist nur möglich bei Vermeidung von Diskriminierung.

Übrigens: Wir verlangen von keinem Dialektsprecher, dass er erst richtig Deutsch lernen soll, bevor ihm die vollen Rechte zugesprochen werden.



**Wenn über die Integration von Migrantinnen und Migranten diskutiert wird, kommt die Sprache meist automatisch auf das Thema Bildung, vor allem der Schulbildung. Ist Bildung der zentrale Integrationsmotor, und welchen Stellenwert nimmt die Kinder- und Jugendhilfe in diesem Zusammenhang ein?**

Natürlich ist die Erwartung an Eltern und Kinder 'mit Migrationsgeschichte', sie sollten sich für eine erfolgreiche Bildung anstrengen, richtig. Aber das tun sie ja schon und vielfach intensiver als andere Gruppen. Für den, der in Armut lebt, kann es schnell zu einer billigen Vertröstungsstrategie werden, wenn man die Frucht der Anstrengung für die Zukunft verspricht, in der Gegenwart aber nichts gegen die Armut und gegen ein rigide selektives Bildungssystem tut. Die Bildungsaspirationen der Migranten sind hoch, ihre Anpassungsleistungen ebenso. Wenn man die Neunjährigen ausliest für Bildungswege und wenn die sprachliche Förderung im Kindergarten immer noch nicht hinreichend ist, dann kann man sich gut positionieren mit der Forderung nach mehr Bildung für Migrantenkinder. Die bürgerliche Öffentlichkeit hat nämlich kein Problem, durch lautes Klagen über die Bildungsprobleme der Migrantenkinder sich selbst Reputation zu verschaffen, durch ein hoch selektives Bildungssystem aber gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die eigenen Kinder nicht der Konkurrenz durch „die Ausländer“ ausgesetzt werden. Und notfalls wird das eigene Kind bei der Oma angemeldet, damit es aus dem Schulbezirk mit hohem Migrantenanteil herauskommt. Oder noch raffinierter: Man schafft den Schulbezirkswang geich ganz ab.

Die Jugendhilfe steht in dieser Situation immer für den Benachteiligungsausgleich ein. Sie unterstützt auch ohne Rücksicht auf den Migrationshintergrund alle, die gekränkt werden oder sich gekränkt fühlen – auch die Lehrerin, die mit manchen Konflikten nicht mehr zurechtkommt.

**Der 13. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag hatte als Thema „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“. Was wären Ihrer Meinung nach die drei zentralen Forderungen, um gerechtes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen?**

Die erste Forderung lautet: gerechter Lohn für Arbeit. Denn die Eltern von Kindern sollen durch eigene Arbeit ihre Familie ernähren können – alle nachgeschobenen Ausgleichszahlungen für das Armutsrisiko Kind konstituieren erst die Armut und das Almosen. Autonomie sichernde Mindestlöhne sind also das Gebot der Stunde – angesichts von wachsendem Reichtum, Managergehältern und verschwenderischem Luxus eine nicht weiter begründungspflichtige Forderung.

Die zweite Forderung ist die nach einer gut ausgebauten Infrastruktur für Betreuung, Bildung und Erziehung. Der Ausbau der vorschulischen Förderung ist in Gang gekommen, die Ganztagschule breitet sich langsam aus und beim Start in Beruf und Ausbildung gibt es eine strukturierte Infrastruktur – mit starker Beteiligung der Jugendhilfe. Das ist richtig und soll an den Stellen, an denen keine Privilegierungen bestehen, hohe Qualität erreichen.

Deutschland ist nachgewiesenermaßen das Land in Europa mit einer sehr hohen „Diskriminierungsfreundlichkeit“. Deshalb ist die Arbeit an der Durchsetzung der allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsätze eine besondere Aufgabe. Es geht dabei nicht nur um die Einrichtung der erforderlichen operativen Kapazitäten, es geht auch um Mentalitätswandel – wie schwer der auch in Gang zu bringen sein wird. Diesbezüglich kann die Jugendhilfe auch vor der eigenen Türe kehren.

**Die Kinder- und Jugendhilfetage richten sich vorrangig an die Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe. Was würden Sie diesen mit auf den Weg geben wollen?**

Die Fachkräfte nehmen sich sicherlich viele Anregungen mit. „Selbstironische Fehlerfreundlichkeit“ hat Paul Mecheril als die zentrale Aufforderung genannt, die man braucht, wenn man migrationspädagogisch aktiv werden will. Das gilt natürlich generell für Pädagogik und Sozialarbeit. Denn wenn man nicht relativ entspannt über den eigenen Dingen steht, dann wird es schwer, pädagogisch handeln zu können. Selbstkritische Reflexivität, Interesse an der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und humorvolle Geduld im Umgang mit der Unvollkommenheit der Welt – damit ist der Erwartungshorizont weit genug gespannt.

**Welchen Stellenwert haben für Sie Großveranstaltungen wie die Deutschen Kinder- und Jugendhilfetage und welche Wirkung hat aus Ihrer Sicht eine solche Veranstaltung?**

Der Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag ist sicherlich auch ein routiniertes Ritual. Aber er wird lebendige Wirklichkeit durch die vielen Gespräche und Begegnungen, Diskussionen und Debatten. Er ist Fortbildungsveranstaltung, Innovationskongress, Meinungsbildungsdrehscheibe, Selbstdarstellungsarena und Präsentationsgelegenheit für die Kinder- und Jugendhilfe. Jede Alltagsarbeit braucht ihr Gegenstück, braucht den Feiertag und die Ausnahmesituation; die Lokalität braucht überregionalen Austausch. Die Gesellschaft braucht die Kinder- und Jugendhilfe und diese wiederum braucht einen sie finanzierenden Staat. Erlebt man die Jugendhilfe an ihren 'Tagen', dann sieht man auch, wie gut sie ausgestattet ist, was sie kann und was ihre Grenzen sind.

Wenn die Jugendhilfetage eine gewisse Leichtigkeit behalten, bleiben sie attraktiv; wenn sie das gesellschaftspolitische Engagement der Kinder- und Jugendhilfe formulieren, bleiben sie wichtig; wenn sie professionelle Qualität darstellen, sind sie unentbehrlich.

# Teilhabe

Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!



13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008

## Gerechtigkeit durch Teilhabe

### Anmerkungen zu einem grundlegenden Thema der Kinder- und Jugendhilfe

#### Eröffnungsvortrag des Symposiums „Gerechtigkeit durch Teilhabe“ von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Uwe Otto



#### I.

Teilhabe ist ein schillernder Begriff, der in seiner Verwendung oft unklar bleibt. Er wird sowohl in ökonomischen als auch in sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen benutzt und beschreibt in letzteren den Einfluss auf machtbegleitende Konstellationen durch Individuen oder Gruppen ebenso wie das Faktum der „Einbezogenheit in eine Lebenssituation“ (nach einer Definition der WHO). Wenn nun hier Teilhabe als ein wesentlicher Indikator zur Beschreibung und Erklärung von Gerechtigkeit, genauer sozialer Gerechtigkeit, benutzt wird, ist daher eine Präzisierung des Begriffs dringend erforderlich, um ihn von anderen häufig benutzten Termini wie Partizipation oder Teil-

nahme abzusetzen, Begriffe, die oft umfassend, ergänzend oder gar ersetzend verwendet werden. Teilhabe verbleibt in seinem begrifflichen Deutungsfokus dabei „unterhalb“ der Teilhabe, weil eine entscheidungsorientierte Mitwirkungskomponente definitorisch nicht im Mittelpunkt steht. Partizipation (vgl. Schnurr 2001) ist davon wiederum zu unterscheiden als ein übergreifender Begriff, der bei entsprechenden Definitionsvorgaben – und hierauf kommt es an, Teilhabe auch einschließen kann.

Im Folgenden wird Teilhabe daher zur genaueren Deutung weiter abgeklärt und in einer gesellschaftstheoretischen Perspektive mit der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit, hier für Prozesse des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen, verbunden.

#### II.

Wir unterscheiden eine erste Klärung zwischen einer Verortung des Begriffs auf der Subjekt- im Gegensatz zur Strukturebene.

Auf der Subjekt-Ebene geht es um eine wirkungsvolle Beeinflussungsmöglichkeit im personalen Bereich statt in dieser Hinsicht um eine folgenreiche Teilnahme an interaktiven Entscheidungssituationen. Abzuheben hiervon sind Möglichkeiten der Teilhabe an kollektiven Entscheidungen und die Prüfung ihres Wirkungsradius auf den unterschiedlichen Ebenen, z. B. von formal demokratischen Routinen als Wahlrecht oder im Rahmen partizipativ offener Aktivitäten auf kommunaler Ebene wie beispielsweise in Form Runder Tische, Kinder- oder Jugendparlamente usw. (vgl. Olk/Roth 2007).

Auf der Struktur-Ebene geht es um die Teil-Habe als Verfügbarkeit von gesellschaftlichen Ressourcen, statt um deren Vorenthaltung oder gar expliziten Verweigerung.

Teilhabe ist dann Zutritt zu und Realisierung einer spezifischen Nutzerqualität von gesellschaftlichen Ressourcen durch den Einzelnen. Teilhabe ist somit eine Orientierungsmarke für die Qualität des Verhältnisses von sozialer Gerechtigkeit und Betreuung, Erziehung und Bildung, um die Säulen des Aufwachsens nicht nur an die gesellschaftliche Produktivität, sondern auch an die individuelle Entwicklung zu binden. Das gilt in diesem Sinn für vielfältige Erziehungs- und Bildungskontexte, seien sie nun formeller, nonformeller oder informeller Art. Teilhabe wird somit zu einem umfassenden Begriff zur Klärung der Rolle der Heranwachsenden als junge gleichberechtigte Bürger in der Gesellschaft. Der Begriff schließt über die Qualität der Beteiligung Fragen nach der Befähigungs- und Verwirklichungsgerechtigkeit ein, denn sie sind die Voraussetzung für eine wirkliche Teil-Habe.

Teilhabe als ein zentraler Indikator für soziale Gerechtigkeit ist dann realisiert, wenn Kinder und Jugendliche in ihrem Prozess des Aufwachsens ihre individuellen Potenziale mit den vorhandenen gesellschaftlichen Möglichkeiten so verbinden können, dass es zu einer optimalen Grundlegung ihrer Handlungsbefähigung kommt, die sie zur Bewältigung der Anforderung an ihre eigene perspektivische Existenzsicherung in der Zivilgesellschaft und für die subjektive Entfaltung ihrer Identität sowie die dafür notwendige personale Entwicklung ihrer Kompetenzstrukturen benötigen.



Publikum bei der Verleihung des Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises



Auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

### III.

Eine gerechte Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen wird insbesondere dadurch erschwert, dass die Herausbildung von Handlungsbefähigung zum einen unter dem Primat unterschiedlicher sozioökonomischer Voraussetzungen geschieht. Das heißt, dass die notwendige Herausbildung von Handlungsbefähigung im Wesentlichen in gesellschaftlichen Bereichen geschieht, die der milieugebundenen Zuordnung in der sich zunehmend spaltenden Gesellschaft mit entsprechenden folgenschweren institutionalisierten Ausgrenzungen und Disziplinierungen unterworfen sind. Die gespaltene Gesellschaft in Deutschland spiegelt sich daher mit zunehmender Radikalität in der Lebenssituation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen wider. Die Fakten sprechen für sich (Auszüge aus dem nordrhein-westfälischen Sozialbericht 2007):

1. 4,5 % der Jugendlichen verlassen in NRW die Schule ohne Abschluss (14.400).
2. 93,3 % der Personen, die keinen Schulabschluss haben, machen auch keine Berufsausbildung.
3. 30 % der Hauptschüler sind Migranten, unter den Gymnasiasten sind es nur 6,1 %.
4. 24,5 % der Kinder und Jugendlichen in NRW leben im „Armutrisiko“. Das sind mehr als 800.000 von 3,3 Millionen. Bei den Migranten sind es 42,9 % der Kinder und Jugendlichen.
5. Die Ausbildungslücke in NRW wird regierungsamtlich auf 40.000, vom Deutschen Gewerkschaftsbund auf 100.000 geschätzt.

In Deutschland haben insgesamt 80.000 Jugendliche keinen Schulabschluss. 2,5 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. In diesen Fakten, die hier nur beispielhaft wiedergegeben werden, zeigt sich das ganze Ausmaß fehlender Ressourcen, die sich im individuellen Fall gegenseitig verstärken und für viele Betroffene in eine Endlosschleife negativer Entwicklungen führen. So sind Armut und Arbeitslosigkeit als Prägemuster elterlicher Existenzformen in längerfristigen Zusammenhängen auch immer zentrale Beeinflussungsfaktoren für den sozialisatorischen Prozess des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen. Wir hören ständig von Stigmatisierung, Benachteiligung, aber auch von Verzweiflung, wenn Kinder und Jugendliche aus armen Verhältnissen z. B. über ihren schulischen Alltag berichten, der für viele durch bittere Diskriminierungsbelastungen geprägt ist. Die zunehmende Einführung von sogenannten Kindertafeln in deutschen Großstädten lässt erahnen, welches Elend sich auf dem Niveau der alltäglichen Existenzsicherung bereits für diese betroffenen Kinder und Jugendlichen abspielt. Arme Herkunft heißt ganz offensichtlich arme Zukunft, insbesondere in einer Gesellschaft, die wie die unsere darauf beharrt, ihr schulisches Bildungssystem weitgehend klassenspezifisch zu organisieren. Aber wir wissen auch, dass die sozialen Probleme bereits vor dem Klassenraum beginnen, eine Erkenntnis, die auch von der Kinder- und Jugendhilfe entschieden aufgenommen werden muss. Armut ist undemokratisch und unser Bildungssystem ist so lange grundgesetzwidrig, wie es Kinder nach Maßgabe ihrer Herkunft sortiert, klassifiziert und prämiert. Jugendarbeitslosigkeit, neben Armut das zweite große Problem der gerechten Teilhabe, ist ein unverantwortliches strukturelles Vorenthalten von Möglichkeiten einer lebenspraktischen Verselbstständigung durch Arbeit und Beruf als notwendige Grundlage einer stabilen Erwachsenenrolle. Es geht, um es im Sinne des Leitpapiers dieses Jugendhilfetages zusammenzufassen, um die Forderung nach Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer soziokulturellen Herkunft, von Geschlecht und Behinderung und um die Überwindung von Benachteiligung durch individuelle Förderung in institutionellen Zusammenhängen. Das SGB VIII formuliert hier weitreichende Möglichkeiten und Perspektiven, deren Umsetzung aber zunehmend eingegrenzt oder gar abgebaut werden. Nur in einer offensiven Verbindung mit einer gesellschaftspolitischen Klärung lässt sich Teilhabe für Kinder und Jugendliche auf der strukturellen Ebene einfordern. Es geht einerseits darum, junge Menschen zur Teilhabe zu befähigen, andererseits aber auch darum, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ihnen Verwirklichungschancen zur Verfügung gestellt werden. Hier mangelt es in Deutschland nicht nur zunehmend, sondern zunehmend katastrophaler an der Einlösung sozialer Gerechtigkeit.

## IV.

Das Recht auf Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen, das allen Kindern und Jugendlichen zusteht, ist in Deutschland bislang für viele ein leeres Versprechen. Vorenthaltene Teilhabe führt nicht zur Integration, sondern in einer oft kumulativen Abfolge von ausgrenzenden Möglichkeiten und Ereignissen unvermeidlich zur Exklusion, zum gesellschaftlichen Ausschluss. Umso entschiedener muss es daher um die rechtliche, pädagogische und dienstleistungsbezogene Durchsetzung von Teilhabe an individuellen und kollektiven Möglichkeitsräumen zur Entwicklung von Handlungsbefähigung und zur Realisierung von Verwirklichungschancen gehen. Die dafür notwendige Umsetzung formaler und inhaltlicher Vorgaben darf aber nicht dazu führen, Teilhabe lediglich als „Lernfeld“ zu verstehen und damit auf die pädagogische Dimension zu verkürzen (vgl. Bettmer 2008, S. 219). Spätestens hier stellt sich für die Kinder- und Jugendhilfe aber die kritische Frage nach ihrer eigenen Umsetzungsdefinition und ihren Praxisformen von Teilhabe und damit verbunden nach ihrer selbstreflexiven Auseinandersetzung über ihren Status und ihre Professionalität im Kontext sozialer Gerechtigkeit: konkret in der individuellen Erziehungssituation, der institutionellen Verfasstheit ihrer Einrichtungen und der Bereitschaft zur gegenöffentlichen und sozialarbeitspolitischen Durchsetzung notwendiger Formen der Teilhabe von

Kindern und Jugendlichen. In der Konsequenz geht es dabei immer auch um die notwendige Neudefinition der eigenen Rolle der Kinder- und Jugendhilfe, die sich aus einer gerechtigkeitsorientierten Gewichtung von systemischer Funktionalität oder wie es abstrakter auch gerne heißt, gesellschaftlichem Auftrag und sozialpädagogischer Aufgabenstruktur ergibt. Gefragt ist hier die Klärung professioneller Identität.



Podium des Symposiums „Gerechtigkeit durch Teilhabe“

Neben dem zentralen Feld der Hilfen zur Erziehung spielt in diesem Zusammenhang die Selbstorganisation der Jugendverbandsarbeit eine große Rolle, ihre Vorstellung von Teilhabe und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen, die in prekären und armen Verhältnissen aufwachsen und sich oft weitgehend schon selbst durch die nicht verfügbaren Ressourcen des täglichen Lebens aus jugendarbeitsbezogenen Aktivitäten zurückziehen. Im weitesten Sinn geht es hier um eine Neuformulierung der Teilhabeorientierung in Form und Inhalt, z. B. bei der interkulturellen Jugendarbeit, bei der kulturellen Jugendbildung, bei der integrativen Arbeit und bei der Jugendsozialarbeit als Chance, durch eine enge Verzahnung von Bildung, Integration und Teilhabe ein wirksames Zeichen für soziale Gerechtigkeit im Prozess des Aufwachsens zu setzen und neue Formen ihrer Umsetzung zu finden.

## V.

Nicht nur für die Kinder- und Jugendhilfe, sondern auch für die Mitwirkung an Entscheidungen in Familie, Schule und Kommune geht es um eine Qualifizierung der Möglichkeiten durch Teilhabe. „Erst wenn Kinder und Jugendliche an Entscheidungen mitwirken, die sie betreffen, wenn sie in wichtigen Belangen mitwirken und auf diese Weise aktiv ihre Lebensbereiche mitgestalten, kann von Partizipation im eigentlichen Sinne, d. h. hier von Teilhabe gesprochen werden“. In dieser neueren Studie der Bertelsmann Stiftung „Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland“ (2007) wird deutlich, wie schwierig und ungewohnt die Einlösung mitwirkender Teilhabe in den zentralen Sozialisationsinstanzen ist. Eltern sind offenbar weniger bereit, ihre Kinder dann mitbestimmen zu lassen, wenn es sich um Themen und Bereiche handelt, bei denen sie selbst mitbetroffen sind,



Zukünftige Fachkräfte auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

d. h. bei denen sie einen Teil ihrer Verfügungsmacht abgeben müssen. In der Schule sinkt die Möglichkeit der Mitbestimmung an Entscheidung ebenfalls, je mehr sich die Teilhabe in Form von entscheidender Mitwirkung dem Unterricht selbst zuwendet (Festlegung von Regeln im Unterricht, Festlegung von Terminen für Klassenarbeiten, Notengebung etc.). Dagegen geht es wesentlich einfacher bei Entscheidungen, die Lehrerinnen und Lehrer nicht direkt betreffen.

Aktive Teilnahme an Planungen, Entscheidungen und deren Verwirklichungen, die den Lebensraum von Kindern und Jugendlichen selbst betreffen, sind alles Herausforderungen unter dem Anspruch von sozialer Gerechtigkeit, denen sich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe in ihrer täglichen Praxis stellen müssen.

In einer weitergehenden Analyse kann bei Teilhabemöglichkeiten in interaktiven Situationen unterschieden werden zwischen Vorgaben nach dem Top-down- und dem Bottom-up-Prinzip. Beim Top-down-Prinzip sind die Regeln der Beteiligung gesetzt und folgen hierbei oft einer strategischen Variante. Arnstein (1969) spricht in diesem Zusammenhang von einer „Leiter der Partizipation“, die in acht Stufen

die Varianten vordergründiger Formen von Partizipationsangeboten aufzeigt, die von der Manipulation bis eben zur Teilhabe, d. h. hier von Jugendlichen angeregt und von Erwachsenen geteilten Entscheidungen, reicht. Dabei geht es nicht nur um einen offenkundigen Machterhalt, sondern es ist immer wieder erstaunlich, wie Akteure auch gegen beste Absichten sich von diesen Strategien verführen lassen. Wenn die Regeln der Beteiligung nicht mehr hinterfragbar sind und im Kern sogar eine Festlegung auf bereits intendierte Ziele darstellen, wird auch von einer „Tyrannei“ der Partizipation gesprochen (vgl. Jon Roland 2008).



Am Stand der AGJ: Eine Delegation aus Ghana

Gegen diese Form der manipulierten oder machtorientierten Regelsetzung wird das Bottom-up-Prinzip gesetzt, also die gemeinsame Regelfestlegung der Teilhabe durch die Beteiligten.

## VI.

Teil-Habe als entscheidungsorientierte oder entscheidungsbezogene Mitwirkung ist auf gesellschaftlicher Ebene der individuellen Inanspruchnahme von Ressourcen unter der Entwicklungsperspektive personaler Handlungsbefähigung Ausdruck sozialer Gerechtigkeit. Teilhabe in Sozialisationsbereichen ist sowohl Herausforderung als auch Notwendigkeit. Herausforderung für diejenigen, die über Regeln und Positionen bestimmen bzw. sie verwalten, Notwendigkeit für die Emanzipation von Kindern und Jugendlichen im personalen und gesellschaftlichen Zusammenhang. Aber, und das ist wichtig und ergibt sich nahezu zwangsläufig aus dem Diskurs über soziale Gerechtigkeit: Gesellschaftliche und personale Ebene sind nicht zu trennen. Erst in ihrem gegenseitigen Bezug entsteht so etwas wie die Möglichkeit zur Selbstbestimmung der Lebensführung oder deutlicher formuliert: Lebensqualität. Hier liegt die allgemeine und spezielle Herausforderung insbesondere für die Kinder- und Jugendhilfe. Allgemein in der gesellschaftspolitischen Parteinahme für die Ermöglichung gerechten Aufwachsens, speziell in der Beispielwirkung der eigenen Praxis.



Verleihung des Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises an VAJA

### Literatur

Arnstein, Sherry R.: A Ladder of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners, Vol. 35, 1969, No. 4, S. 216-224.

Bertelsmann Stiftung (Hg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland, Gütersloh 2007.

Bettmer, Franz: Partizipation. In: Coelen, Thomas/Otto, Hans-Uwe (Hg.): Grundbegriffe der Ganztagsbildung. Das Handbuch. Wiesbaden 2008.

Olk, Thomas/Roth, Roland: Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Gütersloh 2007.

Roland, Jon (Hg.): Principles of Tyranny. Unter: [www.constitution.org/tyr/prin\\_tyr.htm](http://www.constitution.org/tyr/prin_tyr.htm) (abgerufen am 25.09.08).

Schnurr, Stefan: Partizipation. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. München 2001.

Sozialbericht NRW 2007, Armut- und Reichtumsbericht, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

## Symposium „Gerechtigkeit durch Teilhabe“

### Auszüge aus der Podiumsdiskussion

### Teilhabe und Armut



Von links: Prälat Dr. Peter Neher, Andrea Hoffmeier, Heinz Hilgers, Dr. Vera Birtsch (Moderation), Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans-Uwe Otto, Prof. Dr. Titus Simon

### Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes

„Es ist eine Respektlosigkeit, einem Hartz-IV-Empfänger für ein Kind nur 60 Prozent von einem Erwachsenen zu geben, mit der Begründung, dass die nicht so viel brauchen. Also ich habe noch einen Wintermantel, der ist zehn Jahre alt; das ist bei einem Kind schlecht. Es muss dringend ein spezieller Kinderregelsatz entwickelt werden.“





**Dr. Peter Neher, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege**  
„Ich denke, dass es wichtig ist, Verteilungs- und Befähigungsgerechtigkeit nicht gegeneinander auszuspielen. Beides sind ganz wichtige Momente und die finanzielle Situation vieler Familien mit Kindern ist einfach untragbar und dann kann ich nicht sagen, dass ist nur über die Bildung zu regeln. Es braucht beides.“



**Prof. Dr. Hans-Uwe Otto, Universität Bielefeld**  
„Warum kommen wir nicht zu dem Ziel zurück und definieren klar eine Position, die mit einer Neuaufstellung der Kinder- und Jugendhilfe verbunden ist gegenüber diesem rasanten Armutsproblem?“

## Teilhabe in der Kinder- und Jugendhilfe

**Dr. Peter Neher**

„Teilhabe ist ein dauernder Auftrag, den wir unter je neuen Bedingungen zu verwirklichen haben.“



**Andrea Hoffmeier, Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend**  
„Wir stoßen in der Kinder- und Jugendhilfe immer an Grenzen, die sind entweder förderpolitischer oder strukturell gesellschaftlicher Art und deswegen ist es eine Antwort, die ich mir auch vom Kinder- und Jugendhilfetag wünsche, dass wir politischer werden. Wir werden immer an gesellschaftliche Grenzen stoßen, wenn wir nicht auch politisch nacharbeiten.“

**Prof. Dr. Hans-Uwe Otto**

„Wir leben in einer Zeit, wo uns der neokonservative Geist nicht nur herausfordert, sondern auch selbst deformiert. Wir haben im öffentlichen System der Kinder- und Jugendhilfe Begriffe, die wir heute als Modernisierungsbegriffe bezeichnen, Manageralismus, Effizienz, Effektivität und andere Indikatoren, die irgendwie ihren Sinn in der Organisation haben können, aber keinen Sinn in der professionalisierten Sozialarbeit. Das führt dazu, dass über die Routinen auch durch diese Rationalisierung die Rationalität des Handelns anders wird.“



## Teilhabe und Partizipation



**Prof. Dr. Titus Simon, Fachhochschule Magdeburg**  
„Die Verstetigung von Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird immer schwächer. Insbesondere im Sozialraum Ost, wo Arbeitsverträge manchmal nur ein halbes Jahr gehen, wo die Kollegen mindestens genauso beschäftigt sind, ihre eigene Zukunft zu reflektieren, da fällt es natürlich schwer, sich um emanzipatorische Beteiligungsprozesse für Kinder und Jugendliche zu konzentrieren.“



**Heinz Hilgers**

„Sie können Hilfsbereitschaft und Wertschätzung nicht per Gesetz verordnen, sondern das ist eine Haltungfrage und dann kommen Sie auch zur Partizipation der benachteiligten Gruppen. Die Partizipation des Bildungsbürgertums, die kann man leicht organisieren.“  
„Wenn Sie wollen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Kinder, Jugendlichen und Familien mit Wertschätzung und Hilfsbereitschaft behandeln, dann müssen Sie das als Führungskraft auch mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern machen.“

## „Wichtig ist, dass die unterschiedlichen Zugänge zu Teilhabe nicht gegeneinander ausgespielt werden.“

Interview mit Andrea Hoffmeier



**Frau Hoffmeier, Sie haben am Symposium „Gerechtigkeit durch Teilhabe“ des 13. DJHT teilgenommen. Was ist aus Ihrer Sicht der zentrale Gesichtspunkt der Diskussion zum Thema Teilhabe?**

Dass Teilhabe sehr umfassend verstanden werden muss. Jedem Menschen kommt das Recht zu, die grundlegenden materiellen und immateriellen Möglichkeiten zu haben, um sein Leben in eigener Verantwortung zu gestalten und bei der Gestaltung des Lebens der Gesellschaft mitbestimmen und mitwirken zu können. Es geht also um materielle, kulturelle, gesellschaftliche und politische Teilhabe. Das schließt Fragen der Bildung, der Ausbildung und Arbeit genauso ein, wie Fragen der Partizipation.

Wichtig ist, dass die unterschiedlichen Zugänge zu Teilhabe nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern alle als notwendig in den Blick genommen werden.

**Was kann die Kinder- und Jugendhilfe tun, um einen solchen umfassenden Teilhabebegriff umzusetzen?**

Zum einen, indem sie Kindern und Jugendlichen hilft, Ressourcen bzw. Fähigkeiten, die Beteiligung ermöglichen, bei sich selber zu entdecken und die Entfaltung dieser fördert. Sei es durch Entwicklung von Schlüsselkompetenzen oder politische Bildung oder dem Nachholen eines Schulabschlusses. Grundsätzlich sollte die Kinder- und Jugendhilfe auch selbstkritisch überprüfen, ob sie wirklich konsequent die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in ihren Einrichtungen ermöglicht.

Zum anderen, indem sie strukturelle Hindernisse der gleichberechtigten Teilhabe politisch skandalisiert: wie ein ungerechtes Bildungssystem, eine ungerechte Verteilung materieller Ressourcen, zu wenige Ausbildungsplätze etc.

**Der 13. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag hatte als Thema „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“. Was wären Ihrer Meinung nach die drei zentralen Forderungen, um gerechtes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen?**

1. Kinder- und Jugendarmut wirksam bekämpfen
2. Bildungsgerechtigkeit herstellen (und dabei bitte einen umfassenden Bildungsbegriff zugrunde legen – s. 12. Kinder- und Jugendbericht)
3. wirkliche Partizipation (im Gegensatz zu Alibi-Veranstaltungen) von Kindern und Jugendlichen an den sie betreffenden Entscheidungen

Letztendlich brauchen Kinder und Jugendliche auch Zukunftsperspektiven für ihr Erwachsenwerden, also eine Aussicht auf einen Platz in der Gesellschaft. Dazu gehört das Gefühl, mit den je eigenen spezifischen Fähigkeiten gebraucht zu werden.

**Die Kinder- und Jugendhilfetage richten sich vorrangig an die Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe. Was würden Sie diesen mit auf den Weg geben wollen?**

Neben der fachlichen Weiterentwicklung vorhandene Netzwerke nutzen, um politisch gegen strukturelle Hemmnisse zu agieren. Das erfordert oft eine große Kraftanstrengung, da die infrastrukturelle Ausstattung vieler Einrichtungen immer geringer wird und wenig nachhaltige Projektförderungen und Ausschreibungsverfahren zunehmend den Alltag bestimmen und damit sehr viele Kräfte binden. Aber häufig kann unsere Arbeit nur in veränderten Rahmenbedingungen die volle Wirkung entfalten.

**Welchen Stellenwert haben für Sie Großveranstaltungen wie die Deutschen Kinder- und Jugendhilfetage und welche Wirkung hat aus Ihrer Sicht eine solche Veranstaltung?**

Die großen Besucherströme zeigen ja, dass es ein großes Interesse an fachlichem Austausch, an Informationen zu neuen Entwicklungen/Erkenntnissen in der Kinder- und Jugendhilfe und zur (politischen) Vernetzung gibt. Solche Veranstaltungen sollten diesen Interessen noch besser als bisher im Veranstaltungsdesign gerecht werden. Auch hier ist die Frage von Beteiligung oft nicht unwesentlich.

# Fachveranstaltungen

Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!



13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008

## Aus den Fachveranstaltungen der AGJ: Meinungen und Diskussionen



## Binnenperspektive ...

### Strukturen

#### Kornelia Schneider, Deutsches Jugendinstitut:

Was im Moment hier läuft, ist: Schnell was hochziehen, ohne zu gucken, was ist eigentlich das Fundament der U3-Betreuung? Das Problem ist, dass es nun auf allen Ebenen fehlt. Es ist nicht nur der Punkt, wo kommen die Plätze her, sondern auch, wo kommen die Fachkräfte her und wo kommt das Fachwissen her.



#### Dr. Hans-Jürgen Stolz, Deutsches Jugendinstitut:

Die Peer-Learning-Potenziale sind umso größer, je heterogener die Lerngruppe zusammengesetzt ist. Wir haben aber in Deutschland eine pädagogische Fehlentwicklung – sowohl in der Schule als auch in der Jugendhilfe –, dass wir immer wieder versuchen, eine Homogenisierung der Lerngruppe zu erreichen. Wir haben viele Strukturen, wo man – flapsig gesagt – die schwersten Fälle zusammensteckt und dann versucht, die irgendwie zu pädagogisieren und das können Sie sich ähnlich vorstellen, wie so eine Knastsozialisation.

#### Thomas Morsberger, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht:

In der konkreten Analyse unserer Fehler sind wir in der Steinzeit. Erstens: Die Jugendämter haben kein vernünftiges Beschwerdemanagement. Versuchen Sie sich als Familie mal irgendwo über ein Jugendamt zu beschweren, das wird Ihnen nicht gelingen. Zweitens: Wer kontrolliert denn im System zwischen öffentlichen und freien Trägern die Abläufe?

## Professionalisierung



### Prof. Dr. Bruno Hildenbrand, Universität Jena:

Ja, man muss sich mal vorstellen, man hat eine Blinddarmentzündung und geht in Essen ins Krankenhaus. Dort werden Blinddarmentzündungen üblicherweise mit Handauflegen geheilt. Würde man nach Dortmund gehen, würde man operiert werden. So ähnlich läuft es manchmal in der Kinder- und Jugendhilfe. Und dieser Vergleich zeigt ja, dass es einen Unterschied im Professionalisierungsgrad gibt bzw. in der Ausprägung von professionellem Handeln. Dass die eine Kommune dieses und die andere jenes macht, heißt doch schlicht und ergreifend, dass die dort tätigen Fachleute sehr unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was fachliches Handeln ist. Bis hin zu gar keiner Vorstellung. Also von daher kommen wir jedesmal zu der Frage, was denn Professionalität der Sozialarbeit im Jugendamt und in angrenzenden Bereichen ausmacht.



### Dr. Christian Lüders, Deutsches Jugendinstitut:

Es ist Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu unterstützen und zu fördern, wo es nur geht, und dabei übt sie auch soziale Kontrolle aus, was soll sie denn sonst tun. Und ich bekenne mich dazu, dass wir das machen, denn ich kann mir viele andere gesellschaftliche Instanzen vorstellen, die diese Kontrollaufgaben auch übernehmen könnten, und dann sage ich, dann machen wir es lieber selbst, alle anderen wären schlimmer. Und da verweigere ich mich nicht, sondern stelle die Frage: Wie machen wir das anständig und wie machen wir das professionell?

### Renate Blum-Maurice, Kinderschutz-Zentrum Köln:

Mehr Geld ins System stecken – wunderbar –, ist auch notwendig. Frühe Hilfe ausbauen und früh vertrauensvoll in Kontakt kommen im Stadtteil ist auch wunderbar. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist tatsächlich die Grundhaltung, mit der das geschieht. Ich möchte hier ein Plädoyer halten für eine Situation in der Ausbildung, in der Praxis und im Umgang miteinander, der es erlaubt, dass man in Beziehung tritt und in dieser Beziehung natürlich auch Kontrolle ausübt und das auch klar sagen kann.

## Methoden

### Prof. Dr. Jürgen Blandow, Universität Bremen:

Wir haben eine Menge Methoden. Das Entscheidende ist, dass wir keine Standardentwicklung im Pflegekinderbereich haben. Und ich habe das nie verstanden, warum ein Bereich, der immerhin 50.000 Kinder und Jugendliche umfasst, es sich leisten kann, eben irgendwie irgendwas zu tun oder nicht zu tun. Auch im Pflegekinderwesen gibt es immer wieder innovative Ansätze, sie bleiben aber avantgardistische Ansätze, die auf einzelne Träger begrenzt sind. Und das ist schlicht und ergreifend ein Skandal.



### Ulrike Thiel, Kinder- und Jugendhilfeverbund „Süd“ der EJV-Lazarus:

Werte werden durch Menschen vermittelt. Beziehungen sind die Grundlage, auf der Werte und Haltungen weitergegeben werden. Eine erfolgreiche Vorbildfunktion ist von wertschätzender Haltung geprägt. Wenn wir wollen, dass die uns anvertrauten Menschen andere Menschen respektieren und achten, müssen wir ihnen ebenfalls mit Respekt und Achtung begegnen.

**Prof. Dr. Klaus Wolf, Universität Siegen:**

Also das, was so pauschal unter der Überschrift Partizipation diskutiert wird, ist nicht so ein Kriterium für die Sonntagspredigt, sondern ein ganz konkretes Leistungskriterium, von dem man sagen kann, davon hängt es ab, ob die Kinder diese Belastungen einigermaßen konstruktiv bewältigen können.

**Ulrike Thiel:**

Partizipation trägt ebenso zur Werteerziehung bei: Gelebte Partizipation stellt die Voraussetzung dar, unter der es den jungen Menschen überhaupt erst möglich werden kann, Dialog- und Entscheidungskompetenzen zu erwerben.



**Prof. Dr. Sabine Andresen, Universität Bielefeld:**

Bernhard Bueb sagt aber auch: Es müsse um die unhinterfragte Anerkennung von Autorität gehen, und damit habe ich ein Problem. Weil die unhinterfragte Anerkennung von Autorität kein einziges Erziehungsproblem tatsächlich löst. Er gibt keine Antwort auf konkrete Erziehungsfragen.

## Außenperspektive ...

### Kinder- und Jugendhilfe in der Gesellschaft

**Dr. Peter Marquard, Amt für Soziale Dienste Bremen:**

Ich gehöre mit zu den Kolleginnen und Kollegen aus den Jugendämtern, die darunter leiden, dass wir das Gefühl haben, Kinder- und Jugendhilfe wird nicht mehr in ihrer Breite, in ihrer Gesamtverantwortung mit ihrem integrativen Förderauftrag für alle Kinder und Jugendlichen wahrgenommen, sondern – zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung und Darstellung – immer mehr fokussiert auf den Kinderschutz.

**Renate Blum-Maurice:**

Ich höre von Eltern, die sagen, sie fühlen sich in der derzeitigen Debatte unter Generalverdacht. Prävention wird in diesem Zusammenhang eher zu einer Form von Gefährlichkeitsbezeichnung.

**Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen:**

In einer Gesellschaft, die immer unübersichtlicher wird, ist es wichtig, dass wir das Gemeinsame betonen. Denn unsere Gesellschaft darf nicht auseinanderfallen, nicht in Arme und Reiche, nicht in Junge und Alte, nicht in Einheimische und Zuwanderer, insofern ist das die Herausforderung, die wir angehen wollen.

**Dr. Martin Neubauer, Referat Chancengerechtigkeit und Integration des BMFSFJ:**

Was hat der Nationale Integrationsplan gebracht? Er hat nicht ein Gesamtkonzept gebracht. Was er aber gebracht hat, ist, dass das Thema ein gesellschaftspolitisches Thema geworden ist.

**Prof. Dr. Sabine Andresen:**

Der Wertediskurs ist auch ein Machtdiskurs – und es geht immer auch um ein Versprechen von Eindeutigkeit.

**Dr. Wolfgang Hammer, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Hamburg:**

Die Jugendlichen, die nichts über ihren Wert erfahren haben, höchstens über ihren Unwert, dass die dann anfangen, in besonderer Weise ihren Wert auf anderen Ebenen zu suchen, ist verständlich. Und es ist völlig in die falsche Richtung führend, dies als ein spezielles Integrationsproblem zu diskutieren.



**Renate Blum-Maurice:**

Mir scheint, und das finde ich einen wirklichen Skandal, dass die Jugendhilfe zum Ausputzer gemacht wird in einer Situation, in der gesellschaftliche Umbrüche nachhaltige Konsequenzen haben. Also: Arbeitslosigkeit, wirkliche Spaltungen in der Gesellschaft, immer mehr Bloßstellungen von Menschen, die mit diesem Leistungsprinzip nicht mitkommen, und dass Deutschland aus ideologischen Gründen ganz viel nicht geleistet hat an Betreuung, an Ganztagschulen, an nachbarschaftlichen Unterstützungen. Und jetzt ist die Jugendhilfe daran schuld, dass das alles nicht klappt.

**Thomas Mörsberger:**

Für mich ist die Vernichtung von menschlicher Seele ein so aktuelles Thema, dass ich große Schwierigkeiten habe, mich darüber zu freuen, dass man sich empört über einzelne Gewalttaten, die – so schlimm sie sein mögen – für mich außer Verhältnis zu dem stehen, was strukturell in anderer Weise derzeit mit Menschen passiert.

**Thomas Kufen:**

Wenn eine Frau mit Kopftuch nicht zum Elternsprechtag kommt, wird sie schnell zur Integrationsverweigerin gemacht, wenn eine andere Mutter nicht kommt, dann hat sie einfach keine Zeit gehabt.



**Norbert Hocke, Bundesforum Familie:**

Die Kinder- und Jugendhilfe muss sich stärker als bisher in die Gesellschaft einbringen. Sie muss ihre Lösungen als gesellschaftliche Anklage formulieren und die Strukturfrage zum Thema machen.

### Kinder- und Jugendhilfe und politische Rahmenbedingungen

**Thomas Mörsberger**

Der politische Aktionismus in Sachen Kinderschutz ist von Irrationalität geprägt.

**Dr. Martin Neubauer:**

Ich bin froh, dass Integrationspolitik nicht mehr nur arbeitsmarktpolitisch und innenpolitisch gesehen wird. Auf der anderen Seite macht es mir auch ein bisschen Angst, wenn wir es jetzt nur auf Bildungspolitik verkürzen.

**Dr. Hans-Jürgen Stolz:**

Wenn man integrierte Bildungslandschaften gestalten will, muss man aufpassen, dass nicht die finanzschwächsten Kommunen mit den stärksten sozialen Problemen nachher die am schlechtesten ausgestatteten Bildungslandschaften haben.



**Thomas Kufen:**

Wenn jedes dritte ausländische Kind in Nordrhein-Westfalen von Hartz IV lebt, in manchen Regionen sogar jedes zweite, dann hat das nichts mehr mit Integrationspolitik zu tun, das ist eine sozialpolitische Herausforderung.

**Christa Pennekamp, AWO Landesverband Sachsen-Anhalt:**

Ich appelliere an die Politik und an die Entscheidungsträger: Schaffen Sie einen diskriminierungs- und gebührenfreien Zugang für alle Kinder!

**Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a. D.:**

Es gilt, mühsam Erträgliches zu erhalten! Deutschland hatte mal eines der besten Jugendhilfegesetze, ich möchte nicht, dass es jetzt so peu à peu zerfleddert und reaktiviert wird, die Gefahr ist groß.

**Kooperation und Vernetzung**



**Klaus Hebborn, Deutscher Städtetag:**

Es muss eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung geben. Schule wird bisher von der Jugendhilfe eher als repressives System gesehen, Jugendhilfe wird von der Schule als nicht zielgerichtet gesehen und als „Ausputzer“ für schulisch nicht lösbare Fälle.

**Dr. Hans-Jürgen Stolz:**

Erziehungskompetenz der Schule stärken und Bildungskompetenz der Jugendhilfe stärken!

**Dr. Martin Neubauer:**

Aber ich habe auch noch eine weitere Sorge: Dass im Bereich der Jugendhilfe ganz massiv die finanziellen Anteile zurückgehen. Das ist das große Problem, da werden Mittel aus der Jugendhilfe herausgezogen, um Kita und Bildungsbereiche zu verstärken. Und da habe ich so ein bisschen die Befürchtung, dass jetzt Bildung gegen Jugendhilfe ausgespielt wird, und eigentlich gilt es, beide Seiten zu verstärken.



**Martina Liebe, Bayerischer Jugendring:**

Wir haben bereits im 12. Kinder- und Jugendbericht relativ eindeutige Aussagen getroffen: Wir brauchen in beiden Bereichen personelle Ressourcen, die sich nur und ausschließlich damit beschäftigen, die Kooperationsaufgabenstellung zu bearbeiten.

**Thomas Kufen:**

Die Bildungspolitik ist übergreifig geworden, weil sie festgestellt hat, Schule alleine kann die Probleme nicht lösen. Daher versucht sie Unterstützung im Kindergarten, in Jugendverbänden, in der Gesellschaft zu finden. Alleine kommt keiner mehr klar aber gleichzeitig gilt: Jeder kooperiert am liebsten mit sich selbst.





**Dr. Wolfgang Hammer:**

Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, die nicht gut klappen, und die haben auch mit Strukturen der Macht zu tun, nicht nur mit Ressourcen.

**Prof. Dr. Rita Süßmuth:**

Wenn ich das jetzt unter den Begriff der Vernetzung stelle, dann ist mir ganz wichtig, dass wir die Schubladen, die wir gebildet haben, wer für was zuständig ist, mal öffnen und renovieren oder auch neue bauen. Wir brauchen weniger Schubladen und mehr offene Fächer, wir brauchen mehr Akteure und Akteurinnen in guter Zusammenarbeit. Wer gehört eigentlich in eine Schublade hinein?



**Karl-Heinz Held, Schulausschuss der Kultusministerkonferenz:**

Ich appelliere an die Jugendhilfe, nicht mit mangelndem Selbstbewusstsein in diese Kooperation zu gehen, sondern als ein Partner, der sich versteht als ein eigenständiger Bildungsträger, der eine Fülle von nicht schulisch belegten Zeiträumen abdeckt und damit eine andere Fachlichkeit mit einbringt, die dringend von der Schule gebraucht wird – und zwar von allen Schularten.



# Kinder- und jugendpolitisches Leitpapier

Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!



13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008

## Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!

### Kinder- und jugendpolitisches Leitpapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ anlässlich des 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages

— Vorstand der AGJ im Februar 2008 —

Das Leitpapier der AGJ soll den fach- und jugend(hilfe)politischen Diskurs zum von der AGJ festgelegten Motto „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ in den Strukturen, bei Trägern und Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe anregen.



Es soll damit zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe auf allen Ebenen beitragen und den kritisch-konstruktiven Dialog beim 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag 2008 in Essen unterstützen und fördern.

### Gerechtes Aufwachsen ist möglich – Für eine aktive Kinder- und Jugend(hilfe)politik!

Gesellschaftlicher Wandel, zunehmende Globalisierung und demografische Veränderungen fordern von jungen Menschen in einem bislang unbekanntem Maß Flexibilität, Veränderungskompetenz und Mobilität. Dabei können sie sich im Gegensatz zu früheren Jahren immer weniger auf das Wissen und die Erfahrungen Erwachsener verlassen. Sie müssen vielmehr selbst nach Orientierung suchen und sind mehr denn je gezwungen, ihren spezifischen Zukunftsweg selbst zu finden.

Alle gesellschaftlichen Kräfte stehen daher gleichermaßen vor einer Herausforderung. Sie müssen jungen Menschen den Zugang zu neuen grundlegenden Handlungsfähigkeiten vermitteln und ihnen zugleich ein Mehr an Orientierung geben, damit sie den Anforderungen auch entsprechen können. Dazu gehört die individuelle Förderung genauso wie die Stärkung der Persönlichkeit und die Herausbildung sozialer und kultureller Kompetenzen.

In diesem Zusammenhang ist die Frage nach sozialer Gerechtigkeit neu zu stellen. Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit Kinder und Jugendliche sich optimal entwickeln können? Dazu müssen sie einerseits über notwendige Handlungsfähigkeiten für eine gelingende Lebensführung verfügen, andererseits aber auch entsprechende Verwirklichungsmöglichkeiten vorfinden. Dieses Zusammenspiel von Befähigungschancen und Verwirklichungsmöglichkeiten ist der Kern sozialer Gerechtigkeit.

Ausgehend von einem so verstandenen Gerechtigkeitsbegriff geht es vor allem darum, entsprechende Rahmenbedingungen für alle jungen Menschen zu gestalten. Dies erfordert einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens und Mut, die notwendigen Wege mit Entschiedenheit zu gehen.

Umfassende Bildung, Integration und Teilhabe stellen hierfür den inhaltlichen Rahmen dar und markieren entscheidende Bedingungen und Voraussetzungen für ein gelingendes Aufwachsen. Sie sind der Schlüssel für eine offene Zukunftsgestaltung, für demokratisches Bewusstsein und ein solidarisches Miteinander.



Kerstin Griese, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am Stand der AGJ

Diesen Aufgaben müssen sich, seien es Familie, Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Arbeitsverwaltung, Politik und Gemeinwesen gleichermaßen stellen. Jugendpolitik und Jugendhilfe können und sollten aber der Motor in diesem Prozess sein!

Dabei sind sie in zweifacher Hinsicht gefordert. Sie müssen einerseits aus fachlicher Sicht Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen setzen, entsprechende Angebote vorhalten und Risiken und Gefährdungen abbauen helfen. Hier verfügen sie über ein großes Potenzial und geeignete Instrumente, die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Diese Stärken müssen Jugendpolitik und Jugendhilfe gerade auch in der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren deutlich machen. Andererseits muss eine Politik für Kinder und Jugendliche immer auch Gesellschafts- und Zukunftspolitik sein. Kinder- und Jugendhilfe muss

- ihre Rolle als Fürsprecher für Kinder und Jugendliche offensiv übernehmen
- gesellschaftliche Entwicklungen im Sinne von Kindern und Jugendlichen konstruktiv kritisch begleiten



Norbert Struck und Peter Klausch im Gespräch mit Staatssekretär Gerd Hoofe

- Fehlentwicklungen benennen und – wenn erforderlich – skandalisieren
- ihre Rolle als Anwalt von Kindern und Jugendlichen deutlicher in den Mittelpunkt rücken.
- das Wächteramt für soziale Gerechtigkeit für die nachwachsende Generation wahrnehmen und
- ihre eigenen Aktivitäten ständig daraufhin prüfen, ob und welchen Beitrag sie zu einem gerechten Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen leistet.

Je besser dies gelingt, desto überzeugender kann sie mit anderen Partnern und gesellschaftlichen Gruppen für Lösungen streiten und im Interesse der Kinder und Jugendlichen ihren Beitrag zu einem gerechten Aufwachsen – als Garant von Befähigungschancen und Verwirklichungsmöglichkeiten – leisten.

Die Kinder- und Jugendhilfe als ein gesellschaftlicher Akteur hat die zentrale Aufgabe mit ihren Angeboten, Hilfen und Leistungen dazu beizutragen, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und Benachteiligung zu vermeiden oder abzubauen. Das bedeutet zugleich aber auch, dass die Kinder- und Jugendhilfe vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Veränderungsprozesse ihre Angebote, Inhalte und Methoden kritisch reflektiert und entsprechen weiterentwickelt.

### Grundlagen, Rahmenbedingungen und Perspektiven – Für eine kinder- und jugendfreundliche Gesellschaft!

#### Was ist eine gerechte Gesellschaft?

Europäische Wohlfahrtsstaaten können offensichtlich immer weniger soziale und ökonomische Ungerechtigkeiten kompensieren. Probleme ungleicher Zugangschancen zu Institutionen und Leistungen des Bildungs- und Ausbildungssystems, Herausforderungen durch verhinderte Integration und Teilhabe drängen auch in Deutschland immer stärker in den Vordergrund öffentlicher Auseinandersetzungen. Viele Kinder und Jugendliche werden zunehmend Prozessen der Marginalisierung und Prekarisierung ausgesetzt, vielfach ausweglos.

- 14,9 Millionen (18 %) der Gesamtbevölkerung waren 2007 unter 18 Jahren (Quelle: Statistisches Bundesamt)
- Über 2,5 Millionen (17 %) Minderjährige in Deutschland leben in Armut (Quelle: Deutscher Kinderschutzbund nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit)
- 423.941 Jugendliche unter 25 Jahren waren 2007 arbeitslos (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Gerechtigkeit ist ein Prinzip, die soziale Realität im Hinblick auf einen angemessenen Ausgleich von Interessen und Gütern zu verändern. Für die Kinder- und Jugendhilfe geht es dabei um Fragen der sozialen Gerechtigkeit, also zentral um die Auseinandersetzung, Klärung und Einforderung von angemessenen Bedingungen der Bildung und Teilhabe für die nachwachsende Generation im Prozess ihrer gesellschaftlichen Integration.



Abschlusspressekonferenz



Impressionen vom Markt der Kinder- und Jugendhilfe

Gerechtigkeit ist der Leitbegriff für eine Gesellschaft, die sich zum Ziel setzt, Chancengleichheit, Integration und Teilhabe für Alle gleichermaßen zu gewährleisten. In dieser Aussage liegen aber auch zentrale Herausforderungen für eine moderne Kinder- und Jugendhilfe, verbunden mit notwendigen Auseinandersetzungen, die heute zu führen sind, wenn es für die nachwachsende Generation zu einer umfassenden Realisierung von Möglichkeiten des gerechten Aufwachsens kommen soll.

Aktuelle Vorgaben der Sozial- und Bildungspolitik verändern immer wirksamer die bisherige wohlfahrtsstaatliche Entwicklung. Die Individuen werden zunehmend auf ihre Selbstverantwortung verwiesen, an die das Gelingen des eigenen Lebensentwurfs gebunden wird. Durch diese Entwicklung und den damit verbundenen politischen Interpretationen werden insbesondere diejenigen bedroht, die auf gesellschaftliche Solidarität angewiesen sind. Prekäre Beschäftigungen, soziale Transferleistungen unterhalb des Armutsniveaus, Arbeitslosigkeit und die Folgen für die betroffenen Familien, insbesondere für die Kinder und Jugendlichen, zunehmende Verschuldung in breiten Bevölkerungskreisen sind Kennzeichen der neuen Zeit und markieren zentrale Aspekte des Gerechtigkeitsproblems unserer

Gesellschaft. Die Lebensführung wird für die benachteiligten Gruppen immer riskanter. Am stärksten ist die nachwachsende Generation von dieser neuen Marginalisierung betroffen. Die beiden Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung weisen in aller Deutlichkeit darauf hin, dass Armut zunehmend junge Menschen betrifft und die großen Jugendstudien der letzten Jahre belegen zudem eine Angst, in der sich die Erwartbarkeit von Armut und Arbeitslosigkeit widerspiegelt.

Die Kinder- und Jugendhilfe folgte in den 1990er Jahren weitgehend den modernisierungstheoretischen Annahmen, Aufwachsen, so hieß es allgemein, berge zwar ein hohes Maß an Risiken, strukturelle Ungleichheiten würden aber einer tendenziell herkunftsunabhängigen Vielfalt der Wahlmöglichkeiten und einer individuellen Gestaltbarkeit der eigenen Lebensplanung und -führung weichen. Diese weitverbreitete Rede bewahrheitet sich inzwischen in anderer Form, in dem immer deutlicher wird, dass maßgebliche Chancen und Risiken in der Lebensgestaltung strukturell stärker ungleich verteilt sind, als dies frühere Einschätzungen in Wissenschaft und Politik nahe legten. Deshalb gilt es, auch für die Kinder- und Jugendhilfe die in den Hintergrund getretene Debatte über soziale Gerechtigkeit und ungleiche Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten neu zu führen.

Chancengleichheit wird hier als Forderung definiert, allen Kindern und Jugendlichen strukturelle Möglichkeiten zu eröffnen und personale Fähigkeiten sicherzustellen, die für die gelingende Teilhabe in einer sich als modern und demokratisch verstehenden Gesellschaft unabdingbar sind. Dies betrifft nicht nur die Zugangschancen zur Bildung, sondern gleichermaßen die Bedingungen des Aufwachsens in Familie und Gemeinwesen. Je mehr das Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungssystem in der Lage ist, alle Kinder und Jugendlichen ohne



Norbert Struck und Peter Klausch mit der Staatssekretärin Marion Gierden-Jülich

Ausnahme in ihrer Entfaltung gezielt zu unterstützen und ihnen stets aufs Neue Chancen zu geben um verpasste Gelegenheiten nachzuholen, desto gerechter wird es sein und um so stärker erfüllen sich die Ansprüche, die Bürger an öffentliche Institutionen stellen.

Geht es im Individualisierungsdiskurs um den Reichtum menschlicher Möglichkeiten und die Fähigkeiten des Einzelnen, so stellt der Begriff der Chancengleichheit im Erziehungswesen die Zugangschancen zu Bildung und Betreuung in den Mittelpunkt. Die Anerkennung von Individualität und Differenz sowie die Förderung von Vielfalt ergänzen und präzisieren die grundgesetzlich garantierte Gleichheit vor dem Gesetz und das Benachteiligungsverbot im Bildungssystem.

Ziel der Chancengleichheit ist die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, also der Angemessenheit oder das, was im Einzelfall wichtig und richtig ist. Entscheidende Herausforderungen für ein soziales Zusammenleben sind die Konsequenzen, die sich dafür aus den wesentlichen Themen Armut, Migration und kulturelle Selbstbestimmung ergeben. Für die Kinder- und Jugendhilfe geht es zentral um die Frage der Gewährleistung fairer Lebenschancen und objektiver Zugänge zu gesellschaftlichen Arrangements,

die den Individuen die Entfaltung ihrer unterschiedlichen Fähigkeiten erlauben. Diese realen Entfaltungsmöglichkeiten sind nicht allein durch die Bereitstellung einer Vielfalt von Lebenschancen zu garantieren. Entscheidend ist immer auch, welche potentiellen Lebenschancen ein Individuum überhaupt praktisch verwirklichen kann: Die Frage des gelingenden guten Lebens ist die zentrale Grundlage für eine kinder- und jugendhilfepolitische Interpretation von Chancengleichheit.

Dabei geht es um die Durchsetzung einer Perspektive für alle Jugendlichen, die es erlaubt, den Raum gesellschaftlicher Möglichkeiten, der durch materielle, kulturelle und politische Rahmenbedingungen strukturiert wird, in Beziehung zum Raum der individuellen Fähigkeiten zu setzen.



Besucherinnen informieren sich am Body & Grips Mobil über Ernährungsfragen

Wir sprechen daher von einer Befähigungsgerechtigkeit und von einer Verwirklichungsgerechtigkeit.<sup>3</sup> Die Befähigungsgerechtigkeit meint die auf den Einzelnen bezogene Möglichkeit, die individuellen Fähigkeiten unabhängig von der Herkunft zu entwickeln. Bei der Verwirklichungsgerechtigkeit geht es um die tatsächlich vorhandene, reale Freiheit der Menschen als Möglichkeit, sich für oder gegen eine bestimmte Lebensführungsweise zu entscheiden und eine eigene Konzeption des gelingenden guten Lebens entwickeln und realisieren zu können. Dies bedeutet aber auch, dass unabhängig von materiellen Möglichkeiten den Einzelnen gesellschaftlich verschiedene Optionen als Verwirklichungschancen zur Verfügung stehen.

Je weniger für das einzelne Kind oder den einzelnen Jugendlichen einerseits hinreichende Befähigungschancen und andererseits tatsächliche Verwirklichungschancen vorhanden sind, bzw. je unverbundener diese mit dem individuellen Anspruch eines guten Lebens sind, desto unterentwickelter ist die gesellschaftliche Realisierung von sozialer Gerechtigkeit und desto größer werden die Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe.

- Gerechtes Aufwachsen erfordert Unterstützung und Entlastung für Eltern, die nach wie vor die größten Leistungen für ihre Kinder erbringen.
- Gerechtes Aufwachsen erfordert eine Politik, die Armut und Ausgrenzung von jungen Menschen entgegenarbeitet und Teilhabechancen für sie öffnet.
- Gerechtes Aufwachsen erfordert ein kinderfreundliches Gemeinwesen, eine aktive Kinder- und Jugend(hilfe)politik, die vor Ort Beachtung findet.
- Gerechtes Aufwachsen erfordert eine nachhaltige Reflexion von Geschlechterrollen und die Berücksichtigung des Prinzips von Gender Mainstreaming.

Ziel muss es sein, allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich zu eigenverantwortlichen, kompetenten und verantwortungsbewussten Mitgliedern der Gesellschaft zu entwickeln. Aufwachsen ist und Lebenschancen sind abhängig von sozialen, kulturellen, ethnischen und nicht zuletzt ökonomischen Bedingungen. Diese Rahmenbedingungen können zu individuellen Lebenslagen führen, die Möglichkeiten von Bildung, Integration und Teilhabe einschränken oder gar verhindern.

<sup>3</sup> Dieses Konzept geht auf die Ansätze des Capability Approach von Amartya Sen und Martha Nussbaum zurück. Siehe dazu: Sen, A.: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München 2000; Nussbaum, M.: Gerechtigkeit oder das gute Leben. Frankfurt a. M. 1999; Kymlicka, W.: Politische Philosophie heute. Eine Einführung. Frankfurt a. M./New York 1997.

## Gerechtigkeit durch Bildung

Für die Bundesrepublik Deutschland wird im 21. Jahrhundert prognostiziert, dass Bildung das alles bestimmende Thema sein wird. In diesem Zusammenhang wird Bildung im Kontext der Vorstellung von lebenslangem Lernen in einer Wissensgesellschaft diskutiert. Die Gesellschaft wird dabei als eine „Gesellschaft im Übergang“ gekennzeichnet, in der zunehmend Erfolg über Bildung und Wissen definiert wird. Dadurch gerät besonders die öffentlich verantwortete Organisation und Institutionalisierung von Erziehungs-, Erfahrungs- und Betreuungsprozessen als Voraussetzung für gelingende Bildungsprozesse und zur Verhinderung einer neuen „Zwei-Klassen-Gesellschaft“, die sich in „bildungsnahe“ und „bildungsferne“ Milieus spalten könnte, in den Blickpunkt.

- 8,2 % der Schulabgänger verließen im Schuljahr 2004/2005 die Schule ohne Abschluss (davon 71 % mit Migrationshintergrund) (Quelle: Statistisches Bundesamt)
- Bei gleicher Intelligenz und Schulleistung hat ein Akademikerkind eine 3,12 mal so große Chance, ein Gymnasium zu besuchen wie ein Kind aus einem Facharbeiterhaushalt (Quelle: PISA 2000)
- Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen (für das Jahr 2007): 13,5 % (Quelle: AKJStat)

Dieser Diskurs geht von folgenden Dimensionen in der Bildungsfrage aus:

- Erfahrungs-, Lern und Bildungsprozesse von Heranwachsenden folgen einer eigenen Logik. Sie finden in formellen und informellen Bildungsprozessen und Settings statt und sind nicht an den Ort Schule gebunden.
- Bildung muss deshalb als intersubjektiver Prozess der Aneignung von Welt in ihrer kulturellen, materiell-dinglichen, sozialen und subjektiven Dimension verstanden werden und durch die Herstellung von möglichst vielen Gelegenheiten, an denen entsprechende Kompetenzen erworben werden können, unterstützt werden.
- Eine zeitgemäße Form der Bildung ruht auf einem gesellschaftlich getragenen und institutionell kooperierenden Netzwerk von Erziehung, Bildung und Betreuung, das in Form von Bildungslandschaften immer stärker in den Blickpunkt einer sich zunehmend profilierenden lokalen Bildungspolitik rückt. Für die Kinder- und Jugendhilfe bietet sich dadurch die Möglichkeit einer aktiven Profilierung, die eine notwendig kooperative aber ebenso entschiedene Positionierung erfordert.

Zu beobachten ist, dass in der „neuen“, im Wesentlichen durch die Ergebnisse von PISA ausgelösten öffentlichen Bildungsdebatte, die Gefahr einer Engführung des Themas Bildung auf formelle, schulische Lernprozesse besteht. Gleichwohl muss festgehalten werden, dass dadurch aber auch bildungs- und sozialpolitische Konsequenzen für die Kinder- und Jugendhilfe deutlich werden: Das deutsche Bildungssystem in seiner viergliedrigen Struktur ist nicht in der Lage, die sozialen Unterschiede der Kinder- und Jugendlichen zu reduzieren, im Gegenteil werden sie durch die frühe Selektion nach Schulformen noch verstärkt.

Das gemessene Kompetenzniveau hängt in keinem anderen untersuchten Land so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Die soziale Herkunft bestimmt primär die gemessenen Leistungsunterschiede. Diese Form der sozialen Chancenungleichheit, ist angesichts eines modernen gesellschaftlichen Demokratieverständnisses nicht zu akzeptieren und stellt kritische Anfragen an das Gesamtsystem der öffentlichen Erziehung und damit auch an die (möglichen) kompensierenden Bildungsanteile der Kinder- und Jugendhilfe.

Als drittes wesentliches Ergebnis aus der ersten PISA-Studie ist die Tatsache zu werten, dass fast ein Viertel der Schülerinnen und Schüler in Deutschland eine bildungspolitische Risikogruppe darstellt. Auch der häufige Hinweis auf die Sprachprobleme von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, der nicht selten zu einer Reduktion der Risikogruppe auf eben die ethnische Herkunft führt, ist hier nicht wirklich weiterführend. Hinzu kommt, dass diese große Risikogruppe offensichtlich nicht einmal die basalen Kompetenzen besitzt, die als allgemeine Voraussetzung für die Teilnahme an formalisierten Bildungsprozessen und als Voraussetzungen für die gesellschaftliche Teilhabe insgesamt betrachtet werden können.



Der Vorsitzende der AGJ, Norbert Struck, bei der fachpolitischen Eröffnung

Die PISA-Studie 2006 zeigt damit deutlich, dass die Schule die Bildungsaufgabe nicht alleine bewältigen kann. Damit wird die Aufmerksamkeit auf die Frage gelenkt, wie Kinder- und Jugendhilfe und Schule als Partner in gemeinsamer Verantwortung zukünftig miteinander kooperieren können, um im Interesse der Kinder und Jugendlichen ein aufeinander abgestimmtes und integrales Konzept von Erziehung, Bildung und Betreuung zu entwickeln. Verbunden damit wird das grundlegende Problem der Befähigungsgerechtigkeit des deutschen Schulsystems mit seiner frühzeitigen Differenzierung in den einzelnen Schulformen in den Blick genommen.

### Gerechtigkeit durch Bildung – Wo stehen wir?

Vor diesem Hintergrund sind die eigenständigen Bildungsleistungen, die die Kinder- und Jugendhilfe in ihren vielfältigen und unterschiedlichen Leistungsbereichen der Tageseinrichtungen für Kinder, der Kinder- und Jugendarbeit, in den Hilfen zur Erziehung und der – in letzter Zeit stark in der öffentlichen Wahrnehmung gestiegenen – Familienbildung zur notwendigen Gesamtorganisation von Bildungsprozessen und Bildungsverläufen von Kindern und Jugendlichen erbringt, zu bewerten. Dabei versteht

sich die Kinder- und Jugendhilfe neben Familie, Schule, Ausbildung und Beruf als eine eigenständige Bildungsinstanz die sich auf der Grundlage eines erweiterten und subjektorientierten Bildungsbegriffs im Prozess der Gestaltung eines abgestimmten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung beteiligt. Sie ist weder auf die Funktion der Zubringerleistung noch auf die des Problemsorgers für schulische Bildungsprozesse zu reduzieren, sondern agiert als gleichberechtigte Partnerin. Die Kinder- und Jugendhilfe fördert in den einzelnen Leistungsfeldern und Altersphasen,



Runde Tische zum Thema Europa und Jugend(hilfe)politik

Bildungsprozesse in non-formellen Settings, stärkt Selbstbildungsprozesse bei Kindern und Jugendlichen und damit deren Möglichkeit, sich als soziales, kulturelles und geistiges Subjekt in ihrer Welt zu erfahren und zu erkennen. Dies ist eine Voraussetzung, um aktiv an der demokratischen Gestaltung unserer Gesellschaft teilzuhaben.

In der Kinder- und Jugendarbeit sind die bildungspolitischen Selbstverortungen konsequent weiter zu entwickeln und die kulturellen und politischen Bildungsansätze auszuweiten.

Dieses gilt insbesondere für die Kindertagesstätten, deren Bildungsauftrag gegenüber einer Instrumentalisierung als bloß auf Schule vorbereitenden Institution profiliert werden muss.

Die Jugendsozialarbeit hat in den Feldern der Jugendberufshilfe und der Schulsozialarbeit einen eindeutigen Bezug zum Thema Bildung, das mit seinem eigenständigen Profil für die Gestaltung integrativer Bildungsansätze von besonderer Bedeutung ist.

Auch in den Hilfen zur Erziehung sind Möglichkeiten der vielfältigen und neuen Lern- und Bildungserfahrungen für benachteiligte Kinder- und Jugendliche aus schwierigen sozialen Lebensverhältnissen angelegt. Aktuell besonderer Aufmerksamkeit erfreut sich die (wiederentdeckte) Familienbildung. Gerade in der Vorstellung eines lebenslangen Lernens müssen dabei Bildungsprozesse von Anfang an und hierbei besonders neue Ansätze und Zugangsformen zu Familien mit einem eher bildungsfernen Habitus entwickelt und umgesetzt werden.



Aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer bei der Eröffnung des 13. DJHT



Darüber hinaus beteiligt sich die Kinder- und Jugendhilfe produktiv an der Gestaltung von Ganztagsprojekten und von altersbezogenen Bildungslandschaften und trägt dadurch zur qualitativen Entwicklung einer neuen Schule bei.

Damit die Kinder- und Jugendhilfe diese offensive Rolle in der Gestaltung einer neuen Bildungslandschaft einnehmen kann, sind allerdings kritische und selbstreflexive Anfragen an ihre notwendige Positionierung zu Bildungsfragen zu stellen, um folgende Aspekte ihrer professionellen Identität und ihres Verständnisses von Bildung produktiv zu bearbeiten:

- Die Differenzierung in unmittelbare eigenständige Bildungsleistungen und die Ermöglichung von Bildung durch Erziehungsleistungen sowie von Gelegenheiten zur Teilhabe an Bildungsprozessen durch Betreuungsarrangements ist eine zentrale Voraussetzung für ihre selbstbewussten Zuständigkeits- und Ressourcenzuordnungen.
- Die Kinder- und Jugendhilfe muss sich mit den fachlichen Standards anderer Bildungsträger auseinandersetzen. Kooperation mit diesen bedeutet aber nicht nur kompensatorisch zu arbeiten, sondern auch, sich aktiv in die aktuelle Bildungsdebatte einzubringen.
- Eine verstärkte Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe auf Bildung darf aber nicht dazu führen, dass sie den aktuellen „Verlockungen“, zukünftig als Teil des Bildungssystems betrachtet zu werden nachgibt. Ein solches Verständnis würde die Einheit der Jugendhilfe infrage stellen und es besteht die Gefahr, auf einen kleinen Kernbestand defizitorientierter erzieherischer Hilfen reduziert zu werden.



Begrüßung am Eingang der Messe Essen

## Gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen!

Der im 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zugrunde gelegte umfassende Bildungsbegriff in seinen vier Dimensionen, der kulturellen, sozialen, subjektiven und materiell-dinglichen Weltaneignung, ist sowohl als Grundlage für die bildungspolitische Selbstvergewisserung in der Kinder- und Jugendhilfe als auch für die Gestaltung der zukünftigen Kooperation mit der Schule geeignet.

- Die sozialpolitische Ausrichtung dieses neuen abgestimmten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung muss die Überwindung der gesellschaftlichen Spaltung zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Gruppen zum Ziel haben und darin ein wesentliches Element der Herstellung von Befähigungs- und Verwirklichungsgerechtigkeit sein.
- Die moderne und zeitgemäße Vorstellung von Bildung, wonach sich die Erfahrungs-, Lern- und Bildungsprozesse von Heranwachsenden in fortgeschrittenen Gesellschaften nicht an einem exklusiven Ort, wie z. B. die Schule anbinden lassen, machen eine abgestimmte Vernetzung und Abstimmung zwischen den unterschiedlichen formellen und informellen Bildungsprozessen, den entsprechenden Settings und den darin handelnden Akteuren notwendig.
- Vor allem in der Konkretisierung der zurzeit entstehenden Diskussion um die Ausgestaltung von Kommunalen Bildungslandschaften, in denen ein kohärentes Gesamtsystem von Erziehung, Bildung und Betreuung Realität werden kann, wird die Kinder- und Jugendhilfe einen aktiven Teil einbringen. Bildungslandschaften sind eine geeignete Möglichkeit zur Überwindung von institutionellem Denken und der Zuweisung separierender Einzelzuständigkeiten mit dem Ziel einer umfassenden kommunalen Bildungspolitik.

Aus diesem umfassenden Bildungsverständnis heraus kann die Kinder- und Jugendhilfe selbstbewusst und ohne ihre fachliche Eigenständigkeit in Frage zu stellen Forderungen an das Schulsystem und andere Bildungsträger zur gemeinsamen Gestaltung von zeitgemäßer Bildung in öffentlicher Verantwortung entwickeln.

## Gerechtigkeit durch Integration

Integration beschreibt das politische Ziel in zentralen Gesellschaftsbereichen und Feldern der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik, ebenso in der Sozialpolitik insbesondere mit Blick auf Fragen der Migration. Im Mittelpunkt der Diskussion um Integration stehen in den oben genannten Politikfeldern die Dimensionen Struktur, Kultur, Soziales, Bildung und auch Identität sowie Identifikation. Rund ein Viertel der in Deutschland aufwachsenden jungen Menschen haben einen Migrationshintergrund. Mit ihren besonderen Ressourcen bieten sie unserer Gesellschaft die Chance zur kulturellen Vielfalt.

Integration ist zu begreifen als Aufgabe sämtlicher gesellschaftlichen Kräfte, allen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien die Möglichkeit zu eröffnen, ihr Recht auf Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen wie Eigentum, soziale Sicherheit, Arbeit, Bildung, Gesundheit und Kultur zu verwirklichen wie auch Meinungsbildung und Entscheidungen unserer Gesellschaft mit zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen. Integration setzt Gleichberechtigung und gegenseitige Wertschätzung voraus und ist ein wechselseitiger und dauerhafter Prozess.

In der Kinder- und Jugendhilfe wird unter dem Thema Integration zumeist Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund verstanden, was auch im Folgenden schwerpunktmäßig in den Blick genommen wird.

- 27 % aller Kinder und jungen Menschen bis 25 Jahre in Deutschland sind zugewandert oder haben mindestens einen Elternteil, der zugewandert ist (Quelle: Statistisches Bundesamt)
- 1.274.875 (8,8 %) der in Deutschland lebenden Minderjährigen haben keine deutsche Staatsbürgerschaft (Quelle: Statistisches Bundesamt)
- 23 % der Kinder in Kindertageseinrichtungen haben einen Migrationshintergrund (Quelle: AKJStat)
- Von über 1000 Erziehungsberatungsstellen bieten 44 Beratung in türkischer, 26 in russischer und 16 in polnischer Sprache an (Quelle: www.bke.de, eigene Berechnungen)

Kulturelle Vielfalt ist ein Kennzeichen der Gesellschaft in Deutschland seit jeher. Wanderungsbewegungen nach und aus Deutschland heraus sowie die Wandlung Deutschlands zu einem Einwanderungsland haben ebenso dazu beigetragen wie eine Geschichte mit vielfältigen Umbrüchen.

Vielfalt als solche mit ihren verschiedenen Ausprägungen wurde und wird in Deutschland aber sehr unterschiedlich bewertet und mal mehr oder weniger im öffentlichen Bewusstsein wahrgenommen. Eine Gesellschaft, die sich über Jahrzehnte nicht in der Lage gesehen hat, sogenannten Gastarbeitern und ihren Nachkommen der zweiten und dritten Generation angemessene Integrationsangebote zu machen, steht nun vor der Aufgabe, eine andere Haltung zu entwickeln.

Vielfalt fordert die sie gestaltenden Akteure – und damit auch die Kinder- und Jugendhilfe – immer dann ganz besonders heraus, wenn gleichzeitig Prozesse der Ausgrenzung und Abgrenzung existieren. Ausgrenzung von vermeintlich anderen durch strukturelle Benachteiligung, durch Diskriminierung oder durch Gewalt stellen die Grundlagen unserer Gesellschaft in Frage. Die Organisation der Mitwirkung aller in Deutschland lebenden Menschen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen und die Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen sollen die Ziele des Grundgesetzes: die Sicherung des inneren Friedens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts verfolgen.

Die demografische Entwicklung und die Prozesse der Globalisierung haben in den letzten Jahren in Hinsicht auf Prozesse der sozialen Integration Migration und die Menschen mit Migrationshintergrund ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die Gesellschaften in Deutschland und Europa stehen nach wie vor vor großen Aufgaben, für Menschen, die zugewandert sind und für deren Nachkommen die Voraussetzung für Integration zu schaffen.

Junge Menschen mit Migrationshintergrund und deren Familien sind mehr und höheren sozialen und ökonomischen Belastungen als der Durchschnitt der Bevölkerung ausgesetzt. Hinzu kommen Diskriminierungserfahrungen wegen ihrer Herkunft. Neben diesen erschwerenden Bedingungen des Aufwachsens verfügen junge Migrantinnen und Migranten aber auch über Potenziale wie z. B. die in ihrer Familiengeschichte verankerte Bereitschaft zur Mobilität, die Fähigkeit, sich auf neue Lebensumstände und weitere Kulturen einzulassen und eine selbstverständliche Zwei- und Mehrsprachigkeit. Diese Fähigkeiten nicht zu fördern oder gar gering zu schätzen, wäre ein Verlust für unsere gesamte Gesellschaft – und die Kinder und Jugendlichen selbst.



Gebanntes Interesse auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

### Gerechtigkeit durch Integration – Wo stehen wir?

Die Kinder- und Jugendhilfe hat in einer großen Anzahl von Projekten erfolgreich Ansätze der interkulturellen Öffnung und der interkulturellen Arbeit erprobt und in sehr vielen Einrichtungen treffen sich Jungen und Mädchen mit und ohne Migrationshintergrund, arbeiten Fachkräfte erfolgreich mit ihnen und ihren Eltern. Sie tragen auf diese Weise sehr unspektakulär und kontinuierlich zu gelingenden Prozessen des Miteinanders statt Nebeneinanders bei.

Die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen durch Kinder mit Migrationshintergrund z. B. ist annähernd vergleichbar der Inanspruchnahme durch Kinder ohne Migrationshintergrund. Die Kindertagesstätten leisten damit einen bedeutsamen Beitrag zur Integration.

Auf die Verschiedenartigkeit der Ressourcen und Belastungen von Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund antwortet die Kinder- und Jugendhilfe mit geschlechtsspezifischen Ansätzen. In dieser Arbeit steckt die stetige Herausforderung, nicht den öffentlich und medial angebotenen Klischees

zu folgen, sondern dem Anspruch der Jungen und Mädchen auf Wahrnehmung ihrer Individualität und eigenen Verortung in ihrem Lebenskontext Rechnung zu tragen.

Das gesellschaftlich vorherrschende getrennte Nebeneinander von Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund stellt für die Einrichtungen der offenen Jugendhilfe jedoch nach wie vor eine große Herausforderung dar, alle jungen Menschen gleichermaßen in ihre Angebote einzubeziehen. Empirische Studien zeigen deutlich, dass von einer flächendeckenden interkulturellen Öffnung der Kinder- und Jugendhilfe noch keinesfalls die Rede sein kann.



Stand der Aktion Mensch auf dem Markt der Kinder- und Jugendhilfe

Gleiches ist für Ausbildung und Studium der wichtigsten Berufe in der Kinder- und Jugendhilfe zu festzustellen: Die Vermittlung von Kompetenz im Umgang mit Vielfalt und von interkultureller Kompetenz gehören nicht zu den Qualitätsstandards der Aus- und Fortbildungen, auch wenn es in den allermeisten Angeboten der beruflichen Aus- und Fortbildung einzelne Veranstaltungen vielfaltsbezogenen Themen gibt. Die Förderung von Mehrsprachigkeit und Mehrkulturalität aller Kinder und Jugendlichen ist als generelles Ziel der Kinder- und Jugendhilfe noch nicht verankert.

Die bisher vorliegenden Daten zur Nutzung von weiteren Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe durch Kinder, Jugendliche und ihre Eltern mit Migrationshintergrund, die sich auf deren Nationalität beziehen, lassen nur sehr vorsichtige Schlüsse zu: So sind ausländische Familien in den Hilfen zur Erziehung insgesamt nicht entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil und eher bei bereits erheblichem Hilfebedarf vertreten.

Der gemeinsame Einbezug von Vätern und Müttern mit Migrationshintergrund in die Angebote für Eltern bleibt wie in der Kinder- und Jugendhilfe allgemein eine bisher nicht befriedigend beantwortete Herausforderung. Es fehlen weitgehend noch erfolgversprechende Konzepte, die auch die schwieriger anzusprechenden Zielgruppen unter den Eltern erreichen.

### Für eine Politik, die Ausgrenzung verhindert!

Das Konzept von Vielfalt als Bereicherung muss auf allen Ebenen der Kinder- und Jugendhilfe verankert werden wie auch das Verständnis von Integration als Miteinander von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die alle zugehöriger Teil unserer Gesellschaft sind. Kinder- und Jugendhilfe muss sich mehr als bisher als Anwalt für die Integration verstehen. Im Verbund mit anderen gesellschaftlichen Akteuren gilt es immer wieder zu prüfen, ob Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund ihr Recht auf die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und ihr Recht auf die Verwirklichung der eigenen Lebenspläne verwirklichen können und ob es gelingt, ein wertschätzendes Miteinander auf allen Ebenen der Gesellschaft zu leben.



Letzte Vorbereitungen am Informations-counter



Ghanaische Delegation am Stand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Träger von Einrichtungen und übergeordnete Verbände müssen Integration zum Bestandteil ihrer eigenen Strukturen, ihrer Konzeptionen, ihrer Führungsaufgaben und ihrer Aktivitäten machen. Öffnung für die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft muss umgesetzt werden durch:

- Angebote, die das Miteinander von jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und deren Familien fördern und dabei sowohl deren besondere Stärken als auch Bedarfe berücksichtigen. Dazu gehört auch die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund auf den verschiedenen Ebenen der Entscheidung über Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe ebenso wie über die Angebote und Maßnahmen.
- Eine öffentliche Kommunikation, die die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und ihre Medien ausdrücklich und direkt anspricht und einbezieht.
- Standards des fachlichen Handelns, die die unterschiedlichen Zielgruppen in die (Weiter-)Entwicklung der Standards einbeziehen und die ihre Bedarfe berücksichtigen. Die Sicherung einer differenzierten Verständigung ist unabdingbarer Bestandteil solcher Standards. Die Umsetzung der Standards sollte durch die Formulierung von messbaren Indikatoren und deren regelmäßige Erhebung abgesichert werden.
- Die Entwicklung interkultureller Kompetenz der Fachkräfte, die sich durch Empathiefähigkeit, Ambiguitätstoleranz, Selbstreflexion, Handlungsfähigkeit für interkulturelle Situationen und Wissen über kulturelle und soziale Kontexte auszeichnet.
- Die gezielte berufliche Förderung fachlich qualifizierten Nachwuchses mit Migrationshintergrund.
- Aus- und Fortbildungen für die vor Ort oder in übergeordneten z. B. verbandlichen Funktionen arbeitenden Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, die Aspekte von Vielfalt und Integration als integralen Bestandteil aller Ausbildungselemente enthalten, die auch sehr praktische Elemente für die Arbeit in interkulturellen Kontexten vermitteln wie z. B. die Fähigkeit, Dolmetscher zu nutzen.

## Gerechtigkeit durch Teilhabe

Teilhabe ist der umfassendste Begriff zur Klärung der Rolle der Heranwachsenden in der Gesellschaft. Der Begriff schließt neben der Beschäftigung mit Beteiligung Fragen nach der Befähigungs- und Verwirklichungsgerechtigkeit ein, die Voraussetzung für eine wirkliche Teil-Habe sind.

Teilzuhaben an der Gesellschaft und am gesellschaftlichen Leben ist grundlegendes Recht eines jeden jungen Menschen und gleichzeitig Voraussetzung dafür, als mündiger Bürger in eine Demokratie und ein lebendiges Gemeinwesen hereinzuwachsen.

- **Regionenvergleich – ein Beispiel: Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg: 5,7 %, in Brandenburg: 18 % (im Jahr 2006; Quelle: Bundesagentur für Arbeit)**
- **Tagessatz für Kinder (unter 14 Jahren) von Hartz-IV-Empfängern für Lebensmittel: 2,57 € (Quelle: Forschungsinstitut für Kinderernährung)**
- **Monatlicher Regelsatz für die Wahrnehmung kultureller Aktivitäten (inkl. Schulmaterialien und Freizeitgestaltung): 22,88 € (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)**

Kindern und Jugendlichen wird die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und auch an Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, erschwert. Darüber hinaus haben Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Herkunft und anderen individuellen Voraussetzungen benachteiligt werden, in der Regel einen schwierigeren Zugang zu grundlegenden Bedingungen für eine Teilhabe an der Gesellschaft:

- Kinder und Jugendliche aus ländlichen Räumen, die von Abwanderung und dem Abbau der Infrastruktur betroffen sind, haben oft geringere Teilhabechancen. Dies wird verstärkt durch im Elternhaus fehlende materielle und immaterielle Ressourcen, Zugänge z. B. zu Vereinen, Jugendarbeit, Musikschulen, Bibliotheken und Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen.
- Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder gesundheitlichen Einschränkungen sind in ihrer Teilhabe aufgrund des Fehlens integrativer Einrichtungen und der häufig mangelnden Akzeptanz ihrer Umwelt – auch mancher Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe – eingeschränkt.
- Die soziokulturelle Herkunft beeinflusst die Teilhabechancen an Bildung und damit auch die Zugangsmöglichkeiten zu Arbeit und Beschäftigung. Auch das Geschlecht hat nach wie vor einen Einfluss auf die Bildungschancen, auch wenn sich das Verhältnis geändert hat: in Bezug auf die Bildungsabschlüsse sind nun eher die jungen Männer benachteiligt. Gleichzeitig wählen junge Frauen nach wie vor eher nicht adäquat vergütete Berufe mit geringeren Aufstiegschancen und Einflussmöglichkeiten. Dies hat Auswirkungen auf die Teilhabemöglichkeiten und damit auf das zur Verfügung stehenden Spektrum von Verwirklichungschancen.

- Die regionalen Disparitäten beeinflussen die Teilhabechancen junger Menschen; so geht eine hohe Jugendarbeitslosigkeit mit dem Druck, in wirtschaftlich stärkere Regionen abzuwandern einher und hat damit auch Einfluss auf die Gestaltung sozialer Netzwerke und der Lebenswelten besonders von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Fehlende Ressourcen verstärken sich gegenseitig und verwehren jungen Menschen die Chancen auf Partizipation, Mitbestimmung und Interessensvertretung und damit auf Teilhabe.

### Gerechtigkeit durch Teilhabe – Wo stehen wir?

Ein wichtiger Beitrag der Kinder- und Jugendhilfe liegt in der Ermöglichung von Teilhabe für alle jungen Menschen jenseits von soziokultureller Herkunft, Geschlecht und Behinderung und in der Kompensation von Benachteiligung durch individuelle Förderung, wie sie in den entsprechenden Paragraphen des SGB VIII (§ 1, § 8, § 9) gefordert wird. Die Aufgaben liegen einerseits darin, junge Menschen zur Teil-

habe zu befähigen, andererseits aber auch darin, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Verwirklichungschancen zur Verfügung gestellt werden.

Die Selbstorganisation der Jugendverbandsarbeit mit ihren Möglichkeiten der Partizipation und Mitwirkung spielt hier eine große Rolle. Sie bietet vielen jungen Menschen eine soziale Heimat und Möglichkeiten der Identitätsentwicklung und Anerkennung ihrer Leistungen. Soziales und politisches Engagement in organisierter Form, aber auch als projektorientierte Beteiligung befähigt Kinder und Jugendliche, ihre eigenen Ressourcen zu erkennen und zu entwickeln. Interkulturelle Jugend-

arbeit, kulturelle und politische Jugendbildung, integrative Arbeit und Jugendsozialarbeit leisten ihren Beitrag, Teilhabe für alle Kinder und Jugendliche zu ermöglichen. Die enge Verzahnung von Bildung, Integration und Teilhabe wird hier besonders deutlich.



Am Stand der Gemini

Die Förderung politischer Partizipation durch Beteiligungsprojekte in der Jugendbildung können Kindern und Jugendlichen – neben der Einübung demokratischer Spielregeln – vermitteln, dass sie einen wichtigen Platz in der Gesellschaft einnehmen und dass sie teilhaben an gesellschaftlichen Prozessen.

Neben diesen Formen der Partizipation an Gesellschaft sind auch die Hilfen zur Erziehung zu nennen, die besonders auf den Schutz der Rechte junger Menschen und auf die Förderung der individuellen Ressourcen ausgerichtet sind. Da die soziokulturelle Herkunft einen großen Einfluss auf die Teilhabechancen junger Menschen hat, ist für spezielle Zielgruppen eine besondere Begleitung notwendig, die durch die Unterstützung und Förderung individueller Ressourcen auf Befähigungsgerechtigkeit ausgerichtet ist. Heimbeiräte und sonstige strukturell verankerte Formen der Beteiligung junger Menschen in den Hilfen zur Erziehung (wie auch in den Hilfeplanverfahren) sind hier als wichtige Instrumente zu nennen.

Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag in der frühen Förderung und der Entwicklung von Selbstbildungsfähigkeiten, die helfen, dass Kinder und Jugendliche in späteren Jahren Benachteiligungen kompensieren können.

Eine weitere Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist die Anwaltschaft für die Interessen junger Menschen in deren Lebensumfeld aber auch auf politischer Ebene. Für die stellvertretende Interessenswahrung im Gemeinwesen spielen die Jugendhilfeausschüsse mit ihrer besonderen Struktur eine große Rolle. Die Kinder- und



Auf dem Innenhof der Messe Essen

Jugendhilfe stellt eine wichtige Instanz dar, um die direkte und indirekte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozesse sicherzustellen, zu Teilhabe zu befähigen und sich für eine Erweiterung der Verwirklichungschancen einzusetzen.

Eine Kinder- und Jugendhilfe, die sich aktiv für die Teilhabe junger Menschen einsetzt, muss die in der praktischen Umsetzung liegenden Schwierigkeiten mitreflektieren. Eine Gefahr bei Beteiligungsprojekten für Kinder und Jugendliche ist ihre Instrumentalisierung. Dies bezieht sich zum einen darauf, dass z. B. bei Spielplatzplanungen oder in der Stadtplanung die Politik bestrebt ist, sich ein kinder- und jugendfreundliches Gesicht zu geben, die Beteiligungsprozesse aber oft so angelegt sind, dass sich nur wenige junge Menschen beteiligen und diese sehr stark an den Spielregeln der Erwachsenen ausgerichtet sind. In solchen Prozessen steckt die Gefahr einer reinen Alibi-Beteiligung.



Impressionen vom Markt der Kinder- und Jugendhilfe

Manche Zielgruppen der Kinder- und Jugendarbeit benötigen intensive Förderung, um sie zu einer aktiven Teilhabe zu befähigen. Besonders die Arbeit mit sozial benachteiligten jungen Menschen findet häufig in Projekten statt, die zwar auf individuelle Förderung ausgelegt sind, aber nicht in kontinuierliche und auf Nachhaltigkeit angelegte Strukturen überführen. Diese auf spezifische Zielgruppen zugeschnittenen Projekte leisten so nur wenig für die soziale Integration, die Gruppen bleiben „unter sich“. Nachhaltige gesellschaftliche Teilhabe kann auf diesem Wege nur schwer ermöglicht werden.

Manche Gruppen von jungen Menschen sind weitestgehend von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Hierzu gehören die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ebenso wie die hier lebenden Kinder von Menschen ohne Aufenthaltsstatus.

Eine weitere Herausforderung an die Kinder- und Jugendhilfe ist der verstärkte Einbezug junger Menschen mit Behinderungen in ihre Angebote und die Sicherstellung gleichberechtigter Teilhabe.

In den Hilfen zur Erziehung wird häufig der Spagat zwischen der Ermöglichung von Teilhabe, der Beteiligung an Entscheidungen und dem Schutz- und Kontrollauftrag der Kinder- und Jugendhilfe deutlich. Diese Balance stellt hohe Anforderungen an die Professionalität der beteiligten Fachkräfte und unterstreicht den Anspruch, eine verantwortungsbewusste Anwaltschaft für junge Menschen zu übernehmen.

Gleichzeitig richten sich viele Beteiligungsprojekte, aber auch Teile der Jugendverbandsarbeit an spezifische Zielgruppen. Insbesondere eine stark organisierte und verbindliche Arbeit über einen längeren Zeitraum erreicht häufig die Kinder und Jugendlichen, die die Voraussetzungen für eine gelingende Teilhabe bereits in großem Umfang mitbringen.

Finanzschwache und durch den demographischen Wandel betroffene Kommunen kürzen die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zunehmend. Insbesondere in Quartieren, in denen oft mehrere Faktoren, durch die Teilhabe junger Menschen erschwert wird, zusammenkommen, werden Kindern und Jugendlichen wenige Möglichkeiten geboten, sich und ihre Ideen auszuprobieren und ihrer Meinung Geltung zu verschaffen. Hier werden die Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe deutlich und die Fachpolitik ist gefordert, im Interesse der jungen Menschen bessere Rahmenbedingungen für Teilhabe und Verwirklichungschancen einzufordern.



Stand des Bundesjugendwerkes der AWO



Prominent besetztes Podium der Fachveranstaltung  
„Gerechtes Aufwachsen in Europa. Mythos oder Wirklichkeit?“



### Für eine Politik, die Teilhabechancen für alle Kinder und Jugendlichen eröffnet!

Ein zentrales Anliegen der Kinder- und Jugendhilfe muss die Ermöglichung und Sicherung einer umfassenden Teilhabe junger Menschen an der Gesellschaft sein.

Allen Kindern und Jugendlichen muss – jenseits der materiellen Ausstattung ihrer Elternhäuser – die Möglichkeit offen stehen, Angebote der Kinder- und Jugendhilfe in Anspruch zu nehmen. Insbesondere in Bezug auf die Kindertagesbetreuung, in der Kinder nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert werden sollen, setzt dies eine Erweiterung der integrativen Angebote, die Abschaffung der Elternbeiträge sowie eine verstärkte Qualifizierung der Fachkräfte voraus.

Projektorientierte Formen der Beteiligung müssen so nachhaltig angelegt sein, dass im Anschluss gewecktes Interesse an Engagement nicht im Sande verläuft. Um dies umzusetzen, muss aber eine kontinuierliche Finanzierung sichergestellt sein, die es ermöglicht, auch über längere Zeiträume mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern konzeptionell zu arbeiten und Anschlussprojekte zu planen. Neben den projektorientierten Formen ist zur Sicherung von Teilhabe eine strukturelle Verankerung der Beteiligung junger Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe notwendig.

Die Kinder- und Jugendhilfe muss – um die eigentlichen Ziele bei der Beteiligung junger Menschen nicht aus dem Blick zu verlieren – ihre Arbeit an der Ermöglichung von Teilhabe ausrichten und ihre Angebote dahingehend überprüfen. Konzepte, die sich besonders an Teilhabe und an einer gerechten Verteilung der Befähigungs- und Verwirklichungschancen ausrichten, müssen entwickelt und durch die Kinder- und Jugend(hilfe)politik als Lobby für junge Menschen aktiv in politischen Zusammenhängen vertreten werden.

Die demografische Entwicklung macht die Frage nach der Teilhabe junger Menschen, deren Anteil an der Bevölkerung kleiner wird, immer wichtiger. Dies hat auch ökonomische Gründe: Der drohende Mangel an gut ausgebildeten jungen Menschen wird es auf Dauer nicht erlauben, Teile der jungen Bevölkerung aus der Gesellschaft auszuschließen. Aber auch der Blick auf die Zukunft junger Menschen in einer immer älter werdenden Gesellschaft macht es notwendig, ihnen eine starke Stimme zu geben.

### Für eine gerechte Kinder- und Jugend(hilfe)politik

Kinder- und Jugendhilfe benötigt ein Wissen über Zusammenhänge von soziokultureller Herkunft, individuellen Voraussetzungen, Lebenswelten, Bildung und Teilhabechancen. In der Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte müssen Erkenntnisse über diese Zusammenhänge und über geeignete Forschungsmethoden einen zentralen Platz finden. Auch die Kinder- und Jugendhilfeforschung ist aufgefordert, diese Beziehungen verstärkt in den Blick zu nehmen.

In der nationalen Kinder- und Jugend(hilfe)politik liegt die Aufgabe der Akteure vor allem darin, auf Ungerechtigkeiten und die Zusammenhänge zwischen Herkunft und verweigerter Teilhabechance hinzuweisen und auf eine strukturelle Veränderung hinzuarbeiten.

Da solche Zusammenhänge aber keine national beschränkten Phänomene sind, ist es von großer Bedeutung, grenzübergreifende Vernetzungen in Kinder- und Jugend(hilfe)politik zu nutzen, um auf europäischer Ebene an politischen Priorisierungen mitzuwirken. Die Mitarbeit der deutschen Kinder- und Jugend(hilfe)politischen Strukturen in internationalen Foren und Netzwerken ist daher ebenso wichtig wie die Teilnahme an der Diskussion über Perspektiven und Instrumenten für eine gerechte europäische Kinder- und Jugend(hilfe)politik.

**Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (§ 1 Abs. 1 SGB VIII).**

**Gerechtes Aufwachsen ist möglich!**

# Rückblick und Ausblick

Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!



13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008

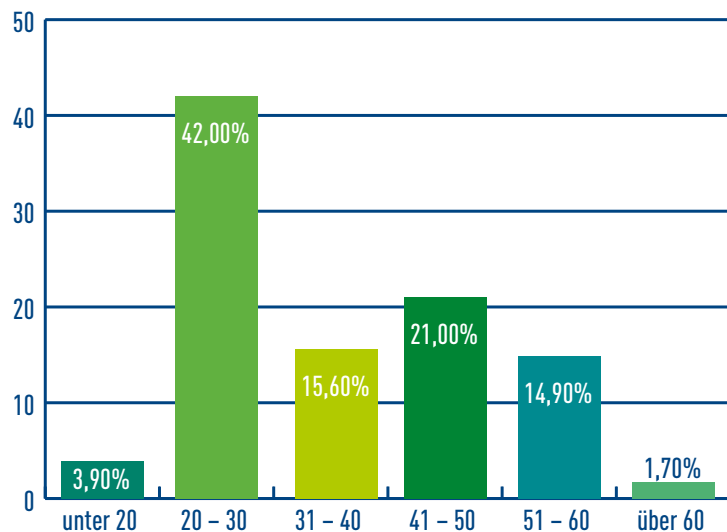


## Der 13. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag in Zahlen

Was lässt sich nun im Rückblick über den 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag sagen? Da der Blick der Veranstalterin naturgemäß getrübt ist, lassen wir hier diejenigen sprechen, die den DJHT hautnah erlebt haben, als Besucherinnen und Besucher, als Ausstellerinnen und Aussteller sowie als Mitveranstalterinnen und Mitveranstalter. Die Evaluation, die von einem Studierendenteam der Universität Münster unter Leitung von Prof. Dr. Karin Böllert durchgeführt wurde, gewährt uns viele differenzierte Einblicke.

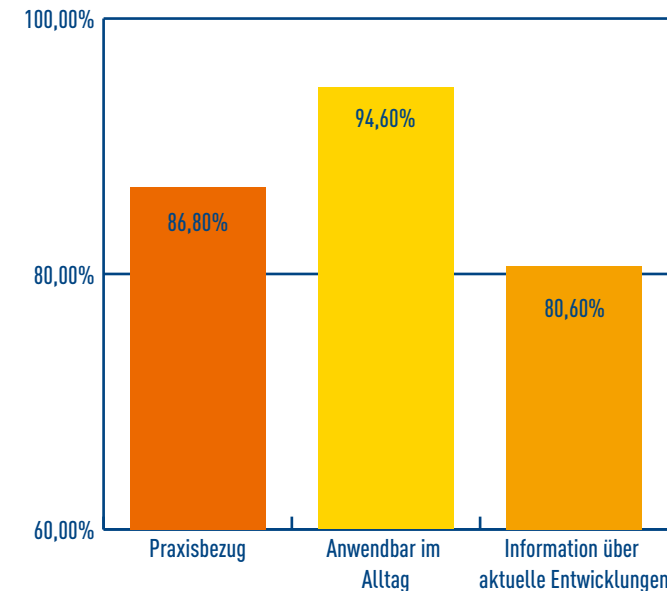
Ein Großteil der Besucherinnen und Besucher, die einen Fragebogen ausgefüllt und abgegeben haben, gehört zur Gruppe derjenigen, die den DJHT in diesem Jahr zum ersten Mal besuchen. Diese Zielgruppe ist überwiegend jung und befindet sich noch in der Ausbildung. Dies könnte zu einer leichten Verzerrung der Ergebnisse führen. Dass der DJHT eine große Gruppe junger Menschen erreicht, ist gleichzeitig auch als sehr positiv zu bewerten, vor allem in Hinblick darauf, dass über 90 Prozent der Befragten angeben, weitere Jugendhilfetage besuchen zu wollen und die Veranstaltung weiterzuempfehlen. Hier baut der DJHT ein großes Potenzial für die Zukunft auf.

### Alter der befragten Besucherinnen und Besucher



Insgesamt bescheinigen die Besucherinnen und Besucher dem DJHT einen guten bis sehr guten Praxisbezug (86,8 Prozent) und eine hervorragende Anwendbarkeit der Themen für die alltägliche Arbeit (94,6 Prozent). Sie fühlen sich außerdem über Entwicklungen und innovative Modelle der Jugendhilfe informiert (80,6 Prozent). In Bezug auf das Motto und die Themenschwerpunkte des DJHT haben alle befragten Gruppen der AGJ bescheinigt, ein aktuelles und gesellschaftspolitisch bedeutsames Thema gewählt zu haben.

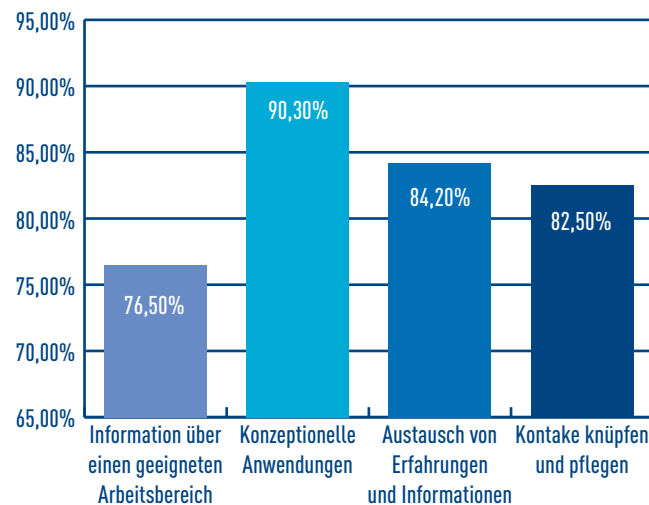
### „Gut“ bis „Sehr Gut“ für ...



Die beiden Hauptelemente des DJHT – der Fachkongress und die Fachmesse – haben sich als unverzichtbare Bestandteile erwiesen: Über 60 Prozent der Befragten geben an, wegen beider Veranstaltungsteile zu kommen. Ein differenziertes Bild zeichnet sich für die zentralen Veranstaltungen ab (Eröffnungs- und Abschlussveranstaltung sowie die drei Eröffnungssymposien): Die Besucherinnen und Besucher halten diese Veranstaltungsformen für weniger relevant; gleichzeitig werden sie aber von den Mitveranstalterinnen und Mitveranstaltern als bedeutsam eingestuft, und die breite Öffentlichkeitswirksamkeit bestätigt die Bedeutung dieser Veranstaltungen für die Arbeit der AGJ.

Sehr hoch sind die Erwartungen in Hinblick auf das Knüpfen von Kontakten und die Gelegenheit zum fachlichen Austausch. Dies zeigt die zentrale Bedeutung des DJHT als Treffpunkt für die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe – hier liegt das Interesse nicht nur im Erwerb von Wissen, sondern besonders auch in der Netzwerkarbeit. Auf diesen Punkt sollten die Kinder- und Jugendhilfetage der Zukunft besonderen Wert legen und spezielle Angebote machen.

#### Erwartungen an den 13. DJHT



Die Fachveranstaltungen wurden sowohl von Gremienmitgliedern der AGJ als auch von Studierenden besucht und durch Fragebögen und Veranstaltungsprotokolle bewertet. Betrachtet man diese beiden Auswertungen, lässt sich eine hervorragende Bilanz des Fachkongresses ziehen: Die Veranstaltungen wurden überwiegend als informativ, gut vorbereitet und strukturiert beschrieben. Die Atmosphäre in den Veranstaltungen war größtenteils konzentriert und interessiert. Trotz der teilweise als schwierig zu bewertenden Raumsituation war wenig störende Unruhe zu bemerken.

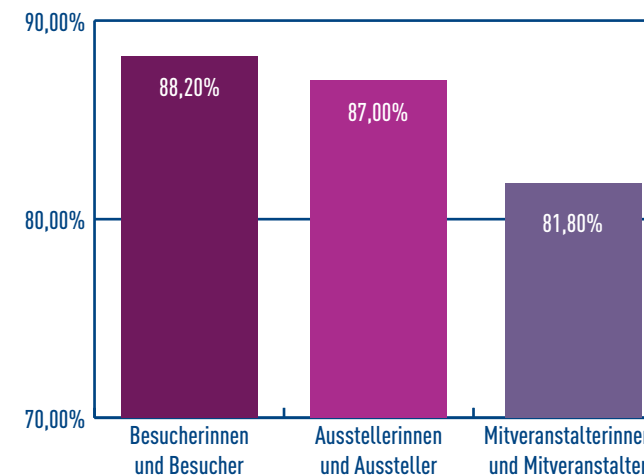
Ein sehr wichtiges Ergebnis, das auch in den offenen Interviews zutage trat, war der Wunsch nach kontroversen Diskussionen. Viele der Befragten wünschen sich kontroverse Meinungen und Positionen sowie Zeit für Diskussionen – sowohl auf dem Podium als auch mit dem Plenum. In den Fragebögen zeigte sich, dass es einen entscheidenden Einfluss auf die positive Gesamtbewertung der Veranstaltung hatte, ob die Zeit für Diskussionen als angemessen bewertet wurde. Zusammengefasst mit den Ergebnissen aus der Befragung der Besucherinnen und Besucher wird damit deutlich, dass besonders

Kommunikation, Austausch und fachliche Auseinandersetzung im Mittelpunkt des Interesses stehen und weniger reine Informations- und Wissensvermittlung. Diesen Bedürfnissen sollte bei künftigen Jugendhilfetagen besonders Rechnung getragen werden.

Bei den Ausstellerinnen und Ausstellern gibt es einen „harten Kern“ von über 35 Prozent, der zum zweiten Mal oder öfter auf dem Jugendhilfetag vertreten ist; über 85 Prozent aller, die auf dem 13. DJHT präsent waren, planen auch einen weiteren Auftritt auf kommenden Jugendhilfetagen. In Hinblick auf die Besucherströme ist für die ausstellenden Institutionen besonders der erste Tag, an dem viele Besucherinnen und Besucher in den zentralen Veranstaltungen gebunden sind und wenig Bewegung stattfindet, ein eher negativer Tag. Zum Teil scheint auch das Konzept des zentralen Haupteingangs und die Leitung der Besucherströme über das gesamte Messegelände bis hin zum Congress Center am Ende der Messe nicht voll aufgegangen zu sein, sodass sich für künftige Jugendhilfetage – je nach räumlichen Gegebenheiten – wieder eine zentriertere Messe anbieten sollte.

Mit der Organisation und den Serviceleistungen durch die AGJ waren alle befragten Gruppen sehr zufrieden (Besucherinnen und Besucher: 88,2 Prozent, Mitveranstalterinnen und Mitveranstalter: 81,8 Prozent, Ausstellerinnen und Aussteller: 87 Prozent).

#### Zufriedenheit mit den Serviceleistungen der AGJ



Sehr differenziert wurde von allen befragten Gruppen die Angebotsvielfalt des 13. DJHT bewertet. Einerseits wurde es als positiv angesehen, dass die Kinder- und Jugendhilfe sich in ihrer sehr beeindruckenden Vielfalt einer breiten Öffentlichkeit darstellt. Andererseits wurde aber auch – und dies wurde besonders in den offenen Interviews deutlich – angemerkt, dass eine Grenze erreicht sei, da die Vielfalt auch eine Überforderung im Hinblick auf die Orientierung und die Aufnahmekapazitäten des Einzelnen darstellt. Diese Überforderung zeigt sich ebenfalls an den Beurteilungen des Veranstaltungskalenders, der als zu schwer und zu unübersichtlich kritisiert wurde.

In einem solchen Rückblick können nur einige wenige Schlaglichter auf die umfassende Gesamtevaluation geworfen werden. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der 13. DJHT im Hinblick auf Organisation, Themen, Theorie- und Praxisbezug sowie Aktualität ein voller Erfolg war.

Ein letzter Punkt bleibt noch zu erwähnen: Verschiedentlich wurde erwähnt, dass eine stärkere Positionierung der Kinder- und Jugendhilfe in politischen Zusammenhängen gewünscht sei – besonders auch in der Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen. Dies ist und bleibt Aufgabe einer kritischen, aufgeklärten und aktiven Profession. Hierfür sollen künftige Kinder- und Jugendhilfetage Forum sein!